

INTEGRIERTER FINANZ- UND AUFGABENPLAN 2005 - 2009

Der Regierungsrat des Kantons Luzern an den Grossen Rat

Sehr geehrter Herr Präsident

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2005 - 2009 mit folgendem Bericht:

Inhaltsverzeichnis

I.	ÜBERSICHT	5
II.	PLANUNGSGRUNDLAGEN	7
III.	CHANCEN UND RISIKEN	15
IV.	ÜBERSICHT ÜBER DIE ERGEBNISSE	17
V.	FINANZPOLITISCHE BEURTEILUNG	22
VI.	VORGABEN DER REGIERUNG UND MASSNAHMEN ZUM LEGISLATURPROGRAMM 2003 – 2007	25
VII.	FUNKTION UND BEDEUTUNG DES IFAP	36
VIII.	AUFGABEN UND FINANZEN	39
0.	Allgemeine Verwaltung	40
1.	Öffentliche Sicherheit	44
2.	Bildung	51
3.	Kultur und Freizeit	60
4.	Gesundheit	64
5.	Soziale Wohlfahrt	71
6.	Verkehr	77
7.	Umwelt und Raumordnung	81
8.	Volkswirtschaft	85
9.	Finanzen und Steuern	89
IX.	STRASSENWESEN	94
X.	INVESTITIONEN KANTONALE HOCHBAUTEN	97
	GROSSRATSBESCHLUSS	98

I. Übersicht

Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan zeigt die vorgesehene Entwicklung der Finanzen und Aufgaben des Kantons Luzern in den nächsten fünf Jahren. Im Zahlenteil des Planes sind nur diejenigen Vorhaben eingerechnet, welche die Regierung schon beschlossen hat bzw. welche sich nur mittel- und langfristig beeinflussen lassen (z.B. Konkordatsbeiträge an Bildungsinstitutionen). Neue Vorhaben, die von den Departementen geplant werden, sind nicht eingerechnet. Sie werden jedoch beschrieben und ihre Kosten geschätzt. Aus der Bundesfinanzpolitik haben wir nebst dem erwarteten Mittelzufluss aus der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) auch die geschätzten Verschlechterungen aus Lastenabwälzungen des Entlastungsprogramms 2004, aus geringeren Kantonsanteilen an den Erträgen der Nationalbank und aus Mehrkosten durch die Revision des Krankenversicherungsgesetzes berücksichtigt.

Die Laufenden Rechnungen schliessen mit einem Aufwandüberschuss von 33,9 Millionen Franken, 38 Millionen Franken, 16,2 Millionen Franken und 15,2 Millionen Franken in den Jahren 2006 bis 2009 ab. Die Nettoinvestitionen steigen von 185,8 Millionen Franken im Jahr 2006 auf 212,7 Millionen Franken im Jahr 2009.

Aus der Gesamtrechnung resultieren Finanzierungsfehlbeträge von 36,1 Millionen Franken, 43,6 Millionen Franken, 25,6 Millionen Franken und 18,9 Millionen Franken in den Jahren 2006 bis 2009. Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad beträgt 83,8 Prozent.

Für 2008 ist eine zweite Teilrevision des kantonalen Steuergesetzes vorgesehen. Wir haben dafür 50 Millionen Franken aus dem erwarteten Mittelzufluss der NFA reserviert. Die Mittel sollen vor allem in die Revision der Ehe- und Familienbesteuerung fliessen. Im Weiteren soll die bundesrechtliche Lösung zur Unternehmenssteuerreform II umgesetzt und allenfalls der Ausgleich der kalten Progression vorgenommen werden. Die Steuerzahlerinnen und -zahler sollen mit dieser Teilrevision bei den Staats- und Gemeindesteuern um 110 Millionen Franken entlastet werden.

Die Verschuldung ist durch den Kauf der Berufsschulliegenschaften auf 1'122 Millionen Franken gestiegen (Stand Ende 2003). Sie wird in den Jahren 2004 bis 2009 voraussichtlich weiter zunehmen. Deshalb können wir die ehrgeizigen Ziele des Legislaturprogramms 2003-2007 betreffend Schuldenabbau nicht erfüllen. Wir wollen diese Ziele deshalb in kleineren Schritten erreichen. Um in den Jahren 2006 bis 2009 einen Selbstfinanzierungsgrad von über 100 Prozent zu erreichen, werden wir diesen Herbst das Projekt „Reform 2006“ starten. Mit kurzfristigen Massnahmen und Leistungsverzicht soll 2006 eine ausgeglichene Rechnung erreicht werden. Mit längerfristigen und nachhaltigen Einsparungen in gleicher Grössenordnung soll der Staatshaushalt ab 2007 entlastet werden.

Wir halten an der im Legislaturprogramm genannten Stossrichtung fest: Selbstfinanzierungsgrad über 100 Prozent, Schuldenabbau und eine Annäherung der Steuerbelastung der natürlichen Personen an den Durchschnitt der übrigen Kantone. Das braucht weiterhin grosse Anstrengungen des Grosses Rats, des Regierungsrats und der Verwaltung sowie den entsprechenden politischen Willen.

II. Planungsgrundlagen

1. Allgemeine Annahmen

	(in Prozent)						
	R 2003	B 2004	B 2005	2006	2007	2008	2009
BIP real	0,0	1,0	1,0	1,5	1,5	1,5	1,5
Teuerung	0,6	1,0	0,8	1,2	1,2	1,2	1,2
Sachaufwand	2,8	1,0	0,8 ²	0,0	1,2	1,2	1,2
Personalaufwand (budgetwirksam)	8,3 ¹	0,2	-1,0 ³	0,8	1,4	1,4	1,4
Beiträge an Dritte (Staatsbeiträge)	10,6	0,2	0,5 ²	0,8	1,2	1,2	1,2
Staatssteuern (pro Einheit)	-1,4	3,0	-4,6	3,0	3,0	3,0	3,0
Steuerfuss	1,7 E	1,7 E	1,7 E	1,7 E	1,7 E	1,7 E	1,7 E
Gebühren/Entgelte	6,6	1,0	0,8	1,2	1,2	1,2	1,2

¹ Davon entfallen 5,5 Prozent (=45,6 Millionen Franken) auf die Kantonalisierung der Berufsschulen

² Ursprüngliche Vorgaben; durch das Sparpaket 2005 wurden die Vorgaben in unterschiedlichem Ausmass gekürzt

³ Vorgabe aus dem Sparpaket 2005

2. Bemerkungen zu den Zuwachsraten

a. Wirtschaftsentwicklung

Die Schätzung des Realwachstums des Bruttoinlandprodukts (BIP real) bezieht sich auf das gesamtschweizerische Wirtschaftswachstum. Die konjunkturelle Entwicklung hat sich im Vergleich zum letzten Jahr wesentlich verbessert. Aufgrund der positiven wirtschaftlichen Signale aus den USA und aus Asien und der Schätzungen zur Entwicklung des BIP in der Schweiz rechnen wir für die Planperiode mit einem stabilen Wachstum der schweizerischen Wirtschaft. Aufgrund dieser Annahme haben wir mit steigenden Teuerungsraten gerechnet.

b. Lohnzuwachs

Wir haben den Personalaufwand mit Zuwachsraten zwischen 0,8 und 1,4 Prozent hochgerechnet. Diese Werte ergeben sich aus nominalen Lohnzuwachsraten von 1,8 bis 2,4 Prozent (Kaufkraftsicherung und Individuelle Besoldungsanpassung (IBA)) abzüglich des Mutationseffektes von 1 Prozent. Damit entwickelt sich der budgetwirksame Personalaufwand tiefer als das von uns prognostizierte Wirtschaftswachstum. Die Lohnzuwachsraten vermögen jedoch die für das entsprechende

Jahr erwartete Teuerung auszugleichen (Kaufkraftsicherung), und die IBA kann ausgerichtet werden. Die Lohnzuwachsrate 2007 erhöht sich gegenüber dem IFAP 2004-2008 um 0,4 Prozent und vermag somit die Nullrunde 2005 teilweise zu kompensieren.

c. Zuwachs der Staatssteuererträge

Bei den Steuererträgen 2003 haben wir festgestellt, dass sich die ordentlichen Steuererträge wie erwartet um 3 Prozent entwickelt haben. Die Nachträge haben sich hingegen durch die Verbesserung des Veranlagungsstandes reduziert. Deshalb liegt der Ertrag der Staatssteuern für 2005 um 4,6 Prozent unter dem budgetierten Ertrag 2004 (vgl. weiter gehende Ausführungen im „Voranschlag 2005“). Massgebend für die zukünftige Entwicklung der Steuererträge ist vor allem die allgemeine Lohnentwicklung. Basis für den Staatssteuerertrag eines bestimmten Jahres sind die Löhne des vorangehenden Jahres. Weil Steuerzahlerinnen und -zahler (nachfolgend Steuerzahler genannt) bei einer Zunahme ihres Einkommens in eine höhere Steuerprogression kommen, multiplizieren wir die geschätzte Lohnentwicklung jeweils mit einem Progressionsfaktor von 1,25. Sodann haben wir berücksichtigt, dass die Anzahl der Steuerpflichtigen im Kanton Luzern aufgrund der demografischen Entwicklung zunimmt.

3. Bundesfinanzpolitik

a. Steuerpolitik des Bundes

Das Volk hat am 16. Mai 2004 das Steuerpaket 2001 abgelehnt. Somit treffen die Entlastungen von 50 Millionen Franken bei der direkten Bundessteuer ab 2006 nicht ein. Wir gehen davon aus, dass im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung der Bund neben dem Splitting-Modell neu auch die Individualbesteuerung prüft. Diese kann aber nach unserer Einschätzung bis zur nächsten kantonalen Revision nicht umgesetzt werden. Um Familien steuerlich zu entlasten, sind die Erhöhung bisheriger bzw. die Einführung neuer Abzüge bei der direkten Bundessteuer in den nächsten Jahren wahrscheinlich. Es sind noch keine konkreten Vorschläge vorhanden. Deshalb haben wir mögliche Ausfälle bei der direkten Bundessteuer nicht berücksichtigt. Diesen Frühling wurden drei mögliche Modelle der Unternehmenssteuerreform II in Vernehmlassung gegeben. Wir nehmen an, dass diese 2008 in Kraft tritt. Da das Modell noch nicht bekannt ist, können die Konsequenzen noch nicht beziffert werden. Im Weiteren rechnen wir damit, dass keine neuen Vorschläge für den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung gemacht werden.

b. Entlastungsprogramme 2003 und 2004

Der Bundeshaushalt ist weiterhin stark in Schieflage. 2003 musste ein Defizit in der Staatsrechnung von 2,8 Milliarden Franken ausgewiesen werden (Defizit 2002: 3,3 Mia. Fr.). Parlament und Bundesrat wollen die negative Entwicklung korrigieren. Das Parlament hat ein Entlastungsprogramm 2003 verabschiedet, welches schrittweise umgesetzt wird und ab 2006 eine jährliche Entlastung von 3 Milliarden Franken bringen wird. Der Kanton Luzern hat die Auswirkungen auf 3-4 Millionen Franken jährlich geschätzt.

Mit dem Entlastungsprogramm 2003 werden die Rechnungen des Bundes noch nicht Schuldenbremse-konform abschliessen können. Der Bundesrat ist deshalb zurzeit im Begriff, das Entlastungsprogramm 2004 (EP04) auszuarbeiten. Es soll zusammen mit den Ausgabenkürzungen zum Bundesbudget 2005 und einer Aufgabenverzichtsplanung für 2006 Einsparungen von 0,9 Milliarden und ab 2007 Einsparungen von 1,6 Milliarden Franken bringen. Die Eidgenössische Finanzverwaltung hat am 30. Juni 2004 Planungsbeschlüsse zum EP04 kommuniziert. Die Kantone werden voraussichtlich in der Prämienverbilligung gemäss KVG, im Asylbereich, in der Bildung und im Verkehr (Kürzung der nicht werkgebundenen Beiträge, Regionalverkehr) betroffen sein. Wir schätzen, dass der Kanton Luzern mit 10 Millionen Franken im Jahr 2006 und mit 20 Millionen Franken ab 2007 vom EP04 betroffen ist. Die Hälfte dieser Lastenabwälzungen wollen wir durch eine restriktive kantonale Ausgabenpolitik auffangen. Die verbleibenden 5 Millionen Franken für 2006 und 10 Millionen Franken ab 2007 haben wir, stellvertretend für die noch nicht genau bekannten betroffenen Aufgabenbereiche, als Ertragsminderung beim Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer im IFAP 2005-2009 eingestellt.

c. Gewinnanteile Schweizerische Nationalbank und überschüssige Goldreserven

Ab 2005 können wir gemäss Berechnungen der eidgenössischen Finanzverwaltung mit einem Anteil am Reingewinn von 95 Millionen Franken und aus Erträgen der überschüssigen Goldreserven von 16 Millionen Franken rechnen. Diese Schätzungen gehen davon aus, dass die Kantone weiterhin zwei Drittel der Ausschüttungen erhalten. Diese Zahlen sind im IFAP 2005-2009 enthalten. Die Volksinitiative KOSA möchte nun die Nationalbankgewinne künftig an einen AHV-Fonds ausschütten und den Kantonsanteil auf 1 Milliarde Franken begrenzen. Dies würde einer Halbierung der bisher vorgesehenen Ausschüttung entsprechen. Der Nationalrat hat einen Gegenvorschlag zur KOSA erarbeitet. Er schlägt vor, von den Erträgen aus den überschüssigen Goldreserven zwei Drittel und von der ordentlichen Gewinnausschüttung die Hälfte an die AHV auszuschütten. Wir gehen davon aus, dass der Ständerat die Ausfälle für die Kantone weiter reduziert. Wir haben deshalb eine Er-

lösminderung von 16 Millionen Franken, also die Hälfte des Ausfalls aus dem Gegenvorschlag, im IFAP 2005-2009 einberechnet.

d. Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Am 28. November 2004 findet die Volksabstimmung zur NFA statt. Die Einführung ist auf 2008 vorgesehen. Der Kanton Luzern wird nach der neu berechneten Globalbilanz mit rund 60 Millionen Franken netto von der NFA profitieren. Diese Nettoverbesserung ist im IFAP 2005-2009 enthalten.

Gleichzeitig mit der NFA des Bundes führen wir das Projekt „Finanzreformen 08“ durch. Wir haben für die Gemeinden diesen Frühling zu diesem Thema Informationsveranstaltungen durchgeführt. Wir haben an diesen Veranstaltungen die betroffenen Aufgabenbereiche und den Terminplan erläutert. In einzelnen Aufgabenbereichen existieren bereits Vorstellungen von neuen Aufgabenteilungen. Da die Aufgabenreform aber haushaltsneutral umgesetzt werden soll und die Gesamtschau momentan noch fehlt, sind diese Vorschläge über veränderte Aufgabenteilungen im IFAP 2005-2009 nicht enthalten.

e. Revision des Gesetzes über die Krankenversicherung (KVG) in Paketen

Die Revision des KVG als Gesamtpaket ist in den eidgenössischen Räten gescheitert. Der Bundesrat hat nun die Massnahmen priorisiert und nach Dringlichkeit in Teilpakete zusammengefasst. Im ersten Teilpaket schlägt der Bundesrat vor, für die Prämienverbilligung ein Sozialziel zu definieren. Da der Bund sich an den systembedingten Mehrkosten nur geringfügig beteiligen würde, hätte dieses Sozialziel grosse Kostenfolgen für die Kantone. Ebenfalls grosse finanzielle Auswirkungen auf die Kantone könnten Änderungen in der Spitalfinanzierung haben. Hier würde vorab eine Mitfinanzierung von Privatspitälern durch die Kantone zu Mehrkosten führen. Im Weiteren könnten die vorliegenden Vorschläge zur Änderung der Pflegefinanzierung zu höheren Ergänzungsleistungen führen. Wir haben die Auswirkungen der Revision des KVG auf 10 Millionen Franken ab 2006 geschätzt. Diese sind zentral als Verschlechterung in der Funktion Gesundheit eingestellt.

f. Zusammenfassung der Auswirkungen der Bundesfinanzpolitik

Die nachstehende Tabelle zeigt, dass wir in den Jahren 2006 und 2007 mit erheblichen Verschlechterungen aus der Finanzpolitik des Bundes rechnen müssen. Ab 2008 ergibt sich dank den Nettoerträgen aus der NFA eine Verbesserung. Dies unter dem Vorbehalt, dass das Volk am 28. November 2004 der NFA zustimmt. Wir haben in dieser Tabelle gegenüber den in laufenden politischen Diskussionen genannten Zahlen reduzierte Beträge geschätzt und berücksichtigt. Die negativen Auswirkungen könnten, vor allem was die Ausschüttungen der Nationalbank betrifft, wesentlich höher ausfallen.

Thema	Verbucht als	Finanzielle Auswirkung in Mio. Fr. (+ = Verbesserung, - = Verschlechterung)			
		2006	2007	2008	2009
Steuerpolitik des Bundes	Keine Quantifizierung im IFAP 2005-2009	-	-	-	-
Entlastungsprogramm 2004	Minderertrag beim Kantonsanteil direkte Bundessteuer (Hauptaufgabe 9 „Steuern und Finanzen“)	- 5	- 10	- 10	- 10
Erträge Nationalbank	Minderertrag beim Kantonsanteil an den Erträgen der Nationalbank (Hauptaufgabe 9 „Steuern und Finanzen“)	-	-16	-16	-16
NFA des Bundes	Mehrertrag beim Kantonsanteil direkte Bundessteuer (Hauptaufgabe 9 „Steuern und Finanzen“)	-	-	60	60
Revision KVG	Verschlechterung bei den Spitälern (Hauptaufgabe 4 „Gesundheit“)	- 10	- 10	- 10	- 10
Total geschätzte Auswirkungen der Bundesfinanzpolitik		- 15	- 36	24	24

4. Unsere Steuerpolitik

Mit der Botschaft B 50 haben wir Ihnen eine Teilrevision des Steuergesetzes auf den 1. Januar 2005 vorgelegt. Damit nehmen wir dort Anpassungen vor, wo der Handlungsbedarf am grössten ist. Wir haben im Budget 2005 und im IFAP 2005-2009 die Ausfälle berücksichtigt, wie sie sich aus der 1. Lesung der Teilrevision in Ihrem Rat vom 21. Juni 2004 ergeben haben. Der Steuerzahler wird durch diese Revision gesamthaft um 63 Millionen Franken entlastet (Staats- und Gemeindesteuern).

Gemäss Finanzleitbild und Legislaturprogramm 2003-2007 halten wir am Ziel fest, die Steuerbelastung der natürlichen Personen an den Durchschnitt der übrigen Schweizer Kantone anzunähern. Ihr Rat hat diese Absicht mit einer zum IFAP 2004-2008 überwiesenen Bemerkung bekräftigt.

Durch die Ablehnung des Steuerpakets 2001 des Bundes haben die Kantone einen marginal grösseren Spielraum für eine eigene Steuerpolitik. Wir wollen die zusätzlichen Nettomittel aus der NFA in eine zweite, grössere Teilrevision des Steuergesetzes und den Schuldenabbau investieren. Wir haben für die zweite Teilrevision ab 2008 50 Millionen Franken reserviert. Diese Mittel sollen vor allem in die Revision der Ehe- und Familienbesteuerung fliessen. Die Umsetzung der bundesrechtlichen Lösungen zur Unternehmenssteuerreform II soll ebenfalls unabhängig von den Übergangsfristen mit der Teilrevision 2008 umgesetzt werden. Schliesslich prüfen wir die Abschaffung der nachträglichen Vermögenssteuer für landwirtschaftliche Liegenschaften in der zweiten Teilrevision. Allenfalls muss 2008 auch der Ausgleich der kalten Progression vorgenommen werden.

Bei Revisionen des kantonalen Steuergesetzes werden die Steuerzahlerinnen und -zahler (nachfolgend Steuerzahler genannt) sowohl von Staats- als auch von Gemeindesteuern entlastet. Deshalb sind wir überzeugt, dass Steuergesetzrevisionen (z.B. Tarifkorrekturen, Erhöhung der Abzüge) wirkungsvoller sind als lineare Steuersenkungen. Aufgrund des engen finanziellen Spielraums und der möglichen Auswirkungen der momentanen Bundespolitik sehen wir deshalb in der Planungsperiode keine Möglichkeiten für lineare Steuersenkungen.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entlastungen für die Steuerzahler bei den Staats- und Gemeindesteuern in den Jahren 2001 bis 2009. Obwohl es sich dabei um nachhaltige Massnahmen handelt, ist nur jeweils die erstmalige Entlastung aufgeführt. Aufgrund der unklaren Steuerpolitik des Bundes haben wir ab 2003 keine Entlastungen bei der direkten Bundessteuer aufgeführt.

(in Mio. Franken)

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Entlastung bei den Staatssteuern	29	25	75		28			50	
Entlastung bei den Gemeindesteuern	31		*	*	35			60	
Total	60	25	75	0	63	0	0	110	0

* Auch diverse Gemeinden haben 2003 und 2004 lineare Steuersenkungen vorgenommen.

5. Steuerinitiative der FDP

Am 10. Oktober 2003 hat die FDP des Kantons Luzern die Volksinitiative „Steuern vors Volk“ eingereicht. Die Initiative verlangt, dass die Festsetzung der Staatssteuer durch den Grossen Rat der Volksabstimmung (obligatorisches Referendum) unterliegt, wenn der Steuerfuss

- in den Jahren 2005 bis 2007 mehr als 1,65 Einheiten und
- ab 2008 mehr als 1,5 Einheiten beträgt.

Die Initianten wollen damit die Position des Kantons Luzern im interkantonalen Steuervergleich verbessern und die Abwanderung von Steuerzahlern stoppen.

Die Regierung hat im Legislaturprogramm 2003 – 2007 das Ziel bekräftigt, die Steuerbelastung der natürlichen Personen an den Durchschnitt der übrigen Schweizer Kantone anzunähern. Wir verfolgen also das gleiche Ziel wie die Initiative der FDP. Aus folgenden Gründen bevorzugen wir hingegen eine Verbesserung im interkantonalen Steuervergleich mittels Revisionen des Steuergesetzes:

- Die Entlastung erfolgt nicht linear, sondern bei den Kategorien von Steuerzahlern, bei welchen wir am weitesten vom schweizerischen Durchschnitt entfernt sind.
- Von Senkungen des kantonalen Steuerfusses profitiert der Steuerzahler nur bei den Staatssteuern. Bei Revisionen des Steuergesetzes erfolgt hingegen eine Entlastung bei Staats- und Gemeindesteuern.

Eine Steuersenkung um 1/20 einer Einheit für 2005 hätte den Steuerzahler um rund 25 Millionen Franken entlastet. Mit der Steuergesetzesrevision 2005 beträgt die Entlastung bei den Staats- und Gemeindesteuern 63 Millionen Franken. Somit ist materiell die Forderung der FDP-Initiative erfüllt.

Um die Auswirkungen der FDP-Initiative auf die Steuerzahler und den Staatshaushalt darzustellen, haben wir dem Vorschlag der Regierung zwei Szenarien gegenübergestellt.

Vorschlag der Regierung: Entlastung mittels zwei Teilrevisionen des Steuergesetzes

	2005	2006	2007	2008	2009
Entlastung Staatssteuern	28 Mio.			50 Mio.	
Entlastung Gemeindesteuern	35 Mio.			60 Mio.	
Gesamte Entlastung	63 Mio.			110 Mio.	
Finanzierungsüberschuss / -fehlbetrag (-)	- 7,5 Mio.	- 36,1 Mio.	- 43,6 Mio.	- 25,6 Mio.	- 18,9 Mio.
Selbstfinanzierungsgrad	95,1 %	79,9 %	77,3 %	87,4 %	90,6 %

Szenario 1: FDP-Initiative anstelle der Teilrevisionen des Steuergesetzes

	2005	2006	2007	2008	2009
Entlastung Staatssteuern	25 Mio.			75 Mio.	
Entlastung Gemeindesteuern	-			-	
Gesamte Entlastung	25 Mio.			75 Mio.	
Finanzierungsüberschuss / -fehlbetrag (-)	- 4,5 Mio.	- 32,8 Mio.	- 40,2 Mio.	- 46,9 Mio.	- 41,8 Mio.
Selbstfinanzierungsgrad	96,7 %	81,6 %	79,1 %	77,4 %	79,8 %

Szenario 2: FDP-Initiative und Teilrevisionen des Steuergesetzes

	2005	2006	2007	2008	2009
Entlastung Staatssteuern	53 Mio.			125 Mio.	
Entlastung Gemeindesteuern	35 Mio.			60 Mio.	
Gesamte Entlastung	88 Mio.			185 Mio.	
Finanzierungsüberschuss / -fehlbetrag	- 32,5 Mio.	- 62,8 Mio.	- 72,2 Mio.	- 131,1 Mio.	- 131,8 Mio.
Selbstfinanzierungsgrad	81,3 %	65,6 %	62,9 %	37,7 %	37,5 %

Ein Vergleich des Vorschlags der Regierung mit dem Szenario 1 zeigt, dass beim Szenario 1 bei einer vergleichbaren Entwicklung der Verschuldung in den Jahren 2006 und 2007 der Steuerzahler wesentlich geringer entlastet wird (keine Entlastung bei der Gemeindesteuer). Ab 2008 nimmt die Verschuldung stärker zu als beim Vorschlag der Regierung. Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad in den Jahren 2006 bis 2009 würde bei 79,5 Prozent liegen (zum Vergleich: aus dem IFAP 2005-2009 ergibt sich ein durchschnittlicher Selbstfinanzierungsgrad von 83,8 Prozent in den Jahren 2006 bis 2009).

Das Szenario 2 zeigt, dass eine Kumulation der FDP-Initiative mit den geplanten Teilrevisionen des Steuergesetzes zu einer finanzpolitisch nicht verantwortbaren Zunahme der Verschuldung führen würde. Der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad in den Jahren 2006 bis 2009 würde bei 50,9 Prozent liegen.

III. Chancen und Risiken

Chancen

Die bundesstaatliche NFA soll für den Kanton Luzern ab 2008 einen Netto-Mehrertrag von 60 Millionen Franken bringen. Wir wollen damit Steuern senken und Schulden abbauen. Somit stärken wir die Attraktivität des Kantons Luzern als Wohn- und Arbeitskanton weiter.

Im Legislaturprogramm 2003 – 2007 haben wir die folgenden politischen Vorgaben formuliert:

- Den Standort Luzern stärken und den Kanton vorwärts bringen.
- Mit unseren Mitteln haushälterisch umgehen.
- Die Ziele ohne unnötigen Aufwand erreichen.

Um diese politischen Vorgaben zu erfüllen, wollen wir das Projekt „Reform 2006“ in Angriff nehmen. Damit wollen wir die Leistungsangebote unseres Kantons

- den aktuellen und künftigen Bedürfnissen unserer Bevölkerung anpassen und
- mit den finanziellen Möglichkeiten unserer Bevölkerung in Einklang bringen.

In finanzieller Hinsicht bedeutet dies, dass wir mit diesem Projekt den Kantonshaushalt 2006 um zirka 40 Millionen Franken und ab 2007 um einen Betrag in ähnlicher Grössenordnung entlasten müssen. Nur so wird es uns gelingen, unseren Kanton nachhaltig zukunftsfähig zu machen ohne dass wir in eine für die folgende Generation verhängnisvolle und unsoziale Schuldenwirtschaft abstürzen.

Die Wirtschaftsprognosen 2004 und 2005 wurden in den letzten Monaten nach oben korrigiert. Auch der für uns wichtige Tourismus erholt sich. Diese Entwicklung könnte zu Lohnerhöhungen, höheren Unternehmensgewinnen und einem höheren Konsum führen. Wir würden durch höhere Steuererträge vom Aufschwung profitieren.

Risiken

Sollte das Stimmvolk am 28. November 2004 die NFA ablehnen, ist die Steuergesetzrevision 2008 in der momentan vorgesehenen Form nicht zu finanzieren. Das Entlastungsprogramm 2004, die KVG-Revision (Prämienverbilligung, Spital- und Pflegefinanzierung) und mögliche Kürzungen der Ausschüttungen der Nationalbank (Gewinnanteile und überschüssige Goldreserven) sind weitere Risiken, welche sich aus der aktuellen Bundespolitik ergeben. Wir haben die Auswirkungen dieser

Geschäfte auf den Kanton Luzern geschätzt und in die Berechnungen einbezogen. Wir verweisen hierzu auf die Ausführungen im Kapitel III, Teil „3. Bundesfinanzpolitik“. Die negativen Auswirkungen könnten, vor allem was die Ausschüttungen der Nationalbank betrifft, höher sein als wir im IFAP 2005-2009 berücksichtigt haben.

Beim Schuldenabbau wurden wir durch die Rechnung 2003 zurückgeworfen. Auch die Hochrechnung 2004 und der Voranschlag 2005 sehen eine weitere Zunahme der Verschuldung vor. Die Ausgaben – vorab in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Wohlfahrt – haben sich stärker entwickelt als die Einnahmen. Wenn wir nicht Gegensteuer geben, belasten wir die zukünftigen Generationen mit höheren Abschreibungen und Zinsen.

Der Voranschlag 2005 und der IFAP 2005-2009 beinhalten die Umsetzung aller Massnahmen des Sparpakets 2005, wie sie Ihr Rat beschlossen hat. Gegen die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer und der Schiffssteuer wurden zwei separate Referenden eingereicht. Sollte das Volk die beiden Steuererhöhungen am 28. November 2004 ablehnen, verschlechtern sich die finanziellen Perspektiven in allen Jahren der Finanzplanperiode 2005 bis 2009.

IV. Übersicht über die Ergebnisse

Gesamtergebnis

(in Mio. Franken)

	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009
Gesamtaufwand	2'615.5	2'599.2	2'663.0	2'715.5	2'811.6	2'789.9	2'838.4
Jährliche Veränderung in Prozenten	9,5	2,5	2,5	2,0	3,5	-0,8	1,7
Aufwand-/Ertragsüberschuss (-)	3,9	-0,1	15,2	33,9	38,0	16,2	15,2
Abschreibungen	177.4	183.2	188.4	183.6	192.2	203.1	208.9
Nettoinvestitionen	209.0	177.6	180.7	185.8	197.8	212.4	212.7
Finanzierungsüberschuss(-)/- fehlbetrag	53.6	-5.7	7.5	36.1	43.6	25.6	18.9
Selbstfinanzierungsgrad in Prozenten	73,8	102,8	95,1	79,9	77,3	87,4	90,6
Schuldendienst in Prozenten des Nettostaatssteuerertrags	15,9	15,7	15,1	14,3	15,1	17,0	17,4

Der Zuwachs des Gesamtaufwands (definiert als: Aufwand Laufende Rechnung und Ausgaben Investitionsrechnung abzüglich Abschreibungen, interne Verrechnungen, Einlagen in Spezialfinanzierungen, durchlaufende Beiträge, Darlehen und Beteiligungen) liegt in den Jahren 2005 und 2007 über dem geschätzten Wirtschaftswachstum (BIP nominal). Für den Voranschlag 2005 haben wir vorsichtig ein Wachstum des realen BIP von 1 Prozent angenommen. Vom Zuwachs von 3,5 Prozent zwischen den Jahren 2006 und 2007 entfallen 1,2 Prozent (= 32,8 Millionen Franken) auf den Bau und Unterhalt von Nationalstrassen. Diese Aufwendungen werden zu 84 bzw. 85 Prozent vom Bund getragen. Da wir ab 2008 mit Einführung der NFA voraussichtlich nicht mehr Bauherr für die Nationalstrassen sind, reduziert sich der Gesamtaufwand 2008 gegenüber dem Vorjahr.

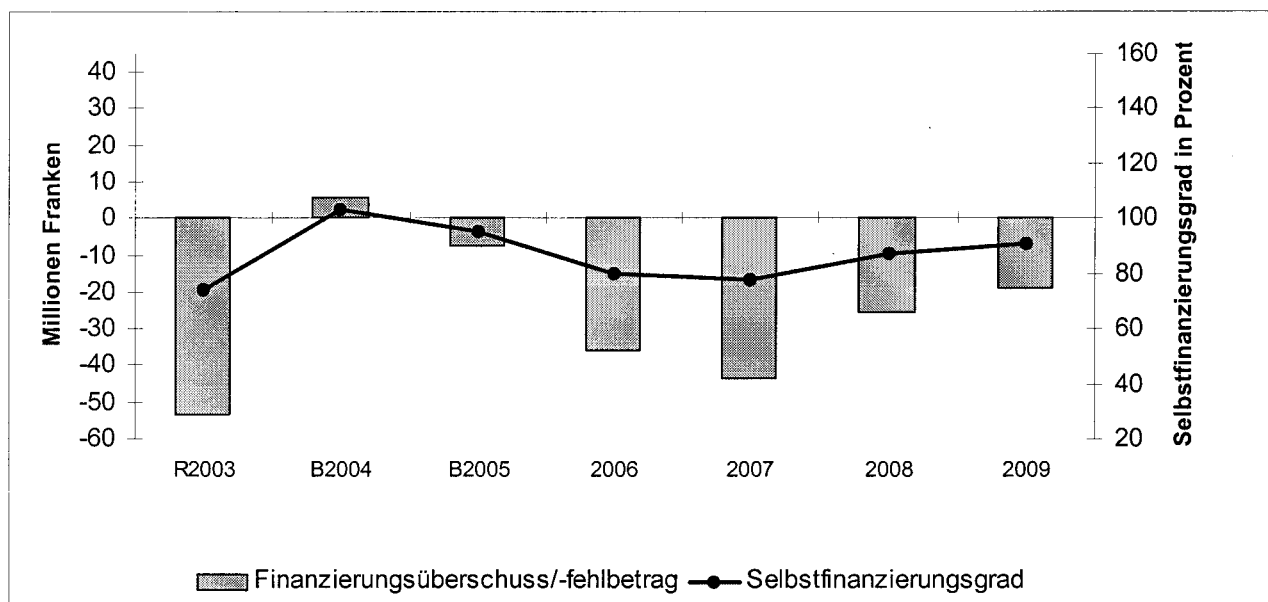
Die Laufenden Rechnungen der Jahre 2006 bis 2009 sehen Aufwandüberschüsse von 33,9 Millionen, 38 Millionen, 16,2 Millionen und 15,2 Millionen Franken vor. Da die Aufwandüberschüsse der Vorjahre abgeschrieben werden müssen, nehmen die Abschreibungen (ohne Abschreibungen auf dem Finanzvermögen) ab 2007 zu.

Die Nettoinvestitionen nehmen von 180,7 Millionen Franken im Jahr 2005 auf 212,7 Millionen Franken im Jahr 2009 zu. Der Globalkredit für kantonale Hochbauten wird von 65 Millionen Franken im Voranschlag 2005 in mehreren Stufen auf 74 Millionen Franken in den Jahren 2008 und 2009 erhöht. In der Strassenrechnung haben wir für den Neu- und Ausbau von Kantonsstrassen die Mittel

von 30 Millionen Franken im Jahr 2005 auf 63 Millionen Franken im Jahr 2009 aufgestockt. Damit soll unter anderem der Zubringer Rontal realisiert werden. Voraussetzung für diese starke Aufstockung der Mittel für den Kantonsstrassenbau sind die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer, wie wir sie im Sparpaket 2005 vorgeschlagen haben, und die Einführung der NFA auf 2008.

Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt in den Jahren 2006 bis 2009 zwischen 77,3 und 90,6 Prozent. Dies ergibt einen durchschnittlichen Selbstfinanzierungsgrad von 83,8 Prozent, was einer Schuldzunahme von 124,2 Millionen Franken entspricht.

Als neue Kennzahl haben wir den Schuldendienst in Prozenten des Nettostaatssteuerertrages berechnet. Dieser nimmt durch steigende Abschreibungen der Bilanzfehlbeträge und höhere Schuldzinsen von 14,3 Prozent im Jahr 2006 auf 17,4 Prozent im Jahr 2009 zu.



Total Aufwand der Laufenden Rechnung nach funktionaler Gliederung

(in Mio. Franken)

	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	% ¹
Total	3'138.9	3'197.1	3'320.7	3'383.7	3'447.4	3'517.1	3'577.7	7,7
Allgemeine Verwaltung	327.2	306.1	337.6	342.7	339.9	345.1	348.1	3,1
Öffentliche Sicherheit	214.6	212.3	220.9	225.7	229.4	232.6	235.7	6,7
Bildung	638.9	638.3	673.7	692.1	710.7	727.5	743.1	10,3
Kultur und Freizeit	40.7	43.9	46.4	46.8	47.4	47.9	48.5	4,4
Gesundheit	557.3	607.3	632.4	646.5	656.9	667.3	678.5	7,3
Soziale Wohlfahrt	661.2	643.7	684.4	706.0	724.9	744.8	767.4	12,1
Verkehr	109.5	104.3	112.6	113.0	112.4	109.4	110.2	-2,1
Umwelt und Raumordnung	33.3	23.6	26.5	26.1	26.3	26.5	26.9	1,3
Volkswirtschaft	251.0	231.9	238.7	241.3	244.0	246.1	249.0	4,3
Finanzen und Steuern	305.3	385.8	347.4	343.5	355.6	369.8	370.5	6,6

¹ Diese Spalte zeigt die Veränderung zwischen den Jahren 2005 und 2009 in Prozenten.

Durch die Departementsreform sind verschiedene Dienststellen zusammengelegt worden. Wir haben versucht, die Zuordnungen in der funktionalen Gliederung möglichst analog dem IFAP 2004-2008 vorzunehmen. Dennoch kommt es zu geringfügigen Verschiebungen, weshalb die Rechnung 2003 und das Budget 2004 mit den Folgejahren nur bedingt verglichen werden können. Wir haben deshalb die Analyse der Aufwandentwicklung auf die Jahre 2005 bis 2009 beschränkt.

Der Aufwand der Laufenden Rechnung nimmt zwischen 2005 und 2009 um 7,7 Prozent zu. Deutlich über dem Durchschnitt sind die Zunahmen bei den Funktionen Soziale Wohlfahrt (12,1 %) und Bildung (10,3 %). Die Funktion Gesundheit wächst mit 7,3 Prozent knapp unterdurchschnittlich. Der Anteil dieser drei Funktionen am Gesamtaufwand erhöht sich von 59,9 Prozent im Jahr 2005 auf 61,2 Prozent im Jahr 2009. Bereits in der Vergangenheit wurden bei diesen Funktionen die grössten Steigerungen verzeichnet.

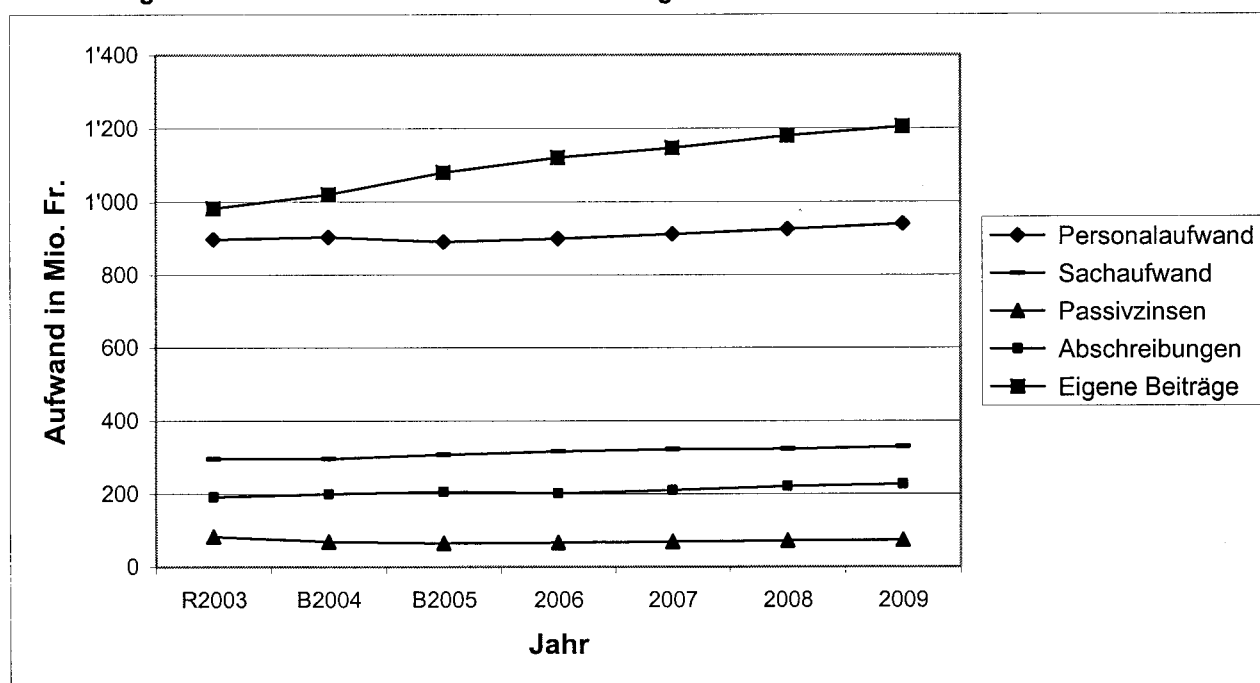
Aufwand Laufende Rechnung

(in Mio. Franken)

	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009
Total Aufwand	3'138.9	3'197.1	3'320.7	3'383.7	3'447.4	3'517.1	3'577.7
Personalaufwand	897.5	904.0	890.3	900.1	911.9	926.1	939.8
Sachaufwand	296.4	296.8	308.9	316.9	323.2	323.6	329.9
Passivzinsen	83.3	69.0	64.7	66.6	69.1	72.0	74.1
Abschreibungen	192.1	200.5	206.3	202.0	210.6	221.5	227.4
Eigene Beiträge/Staatsbeiträge	982.8	1'020.4	1'080.3	1'121.1	1'147.2	1'180.4	1'205.4

Durch das Sparpaket 2005 haben wir den Personalaufwand gegenüber den Vorjahren reduziert. Ab 2006 nimmt der Personalaufwand wieder zu. Hauptursache für das Wachstum des Aufwands der Laufenden Rechnung sind die eigenen Beiträge (Staatsbeiträge). Kräftig ist das Wachstum in der Berufsbildung, in der tertiären Bildung und in der sozialen Wohlfahrt (Prämienverbilligung, Ergänzungsleistungen). Der Anstieg beim Sachaufwand wird vor allem durch den höheren medizinischen Bedarf bei den Spitälern verursacht. Die Abschreibungen (inklusive Abschreibungen auf dem Finanzvermögen) nehmen durch die Bilanzfehlbeträge (=Aufwandüberschüsse der Vorjahre) stetig zu. Da durch die Finanzierungsüberschüsse die Schulden zunehmen und wir in den nächsten Jahren höhere Zinsen erwarten, steigen auch die Passivzinsen.

Entwicklung des Aufwands der Laufenden Rechnung



Ertrag Laufende Rechnung

(in Mio. Franken)

	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009
Total Ertrag	3'135.1	3'197.2	3'305.4	3'349.8	3'409.4	3'500.8	3'562.5
Steuern	1'002.2	1'064.3	1'029.0	1'057.3	1'086.4	1'066.3	1'095.6
Entgelte ¹	505.5	484.1	508.2	504.0	510.4	516.5	523.1
Beiträge und Anteile ²	855.8	880.4	918.0	940.4	957.6	1'053.8	1'072.1
Übrige Erträge ³	92.3	86.5	98.3	89.6	89.6	91.6	91.6

¹ Gebühren, Schulgelder und Spitaltaxen

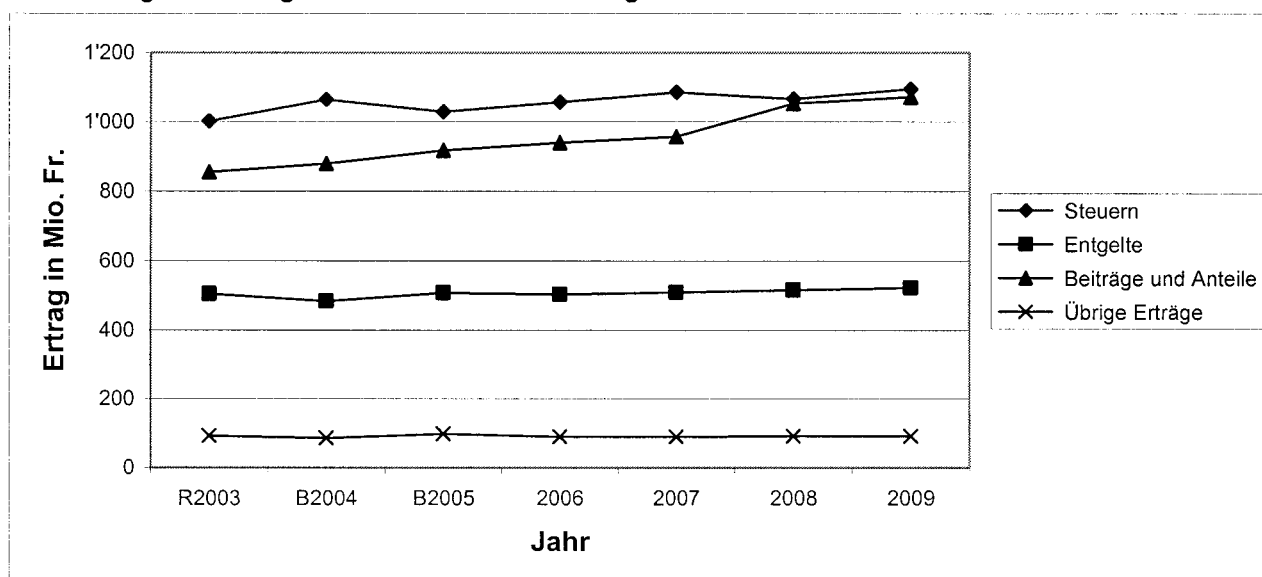
² Subventionen und Kantonsanteile an Bundeseinnahmen

³ Regalien, Konzessionen und Vermögenserträge

Wir mussten aufgrund der Analyse der Rechnung 2003 die Steuererträge ab 2005 gegenüber dem IFAP 2004-2008 nach unten korrigieren. Eine weitere Reduktion ergibt sich aus der zweiten Teilrevision des Steuergesetzes, welche auf 2008 vorgesehen ist.

Die höheren ausbezahlten Staatsbeiträge führen dazu, dass wir auch höhere Beiträge des Bundes und der Gemeinden erhalten. Nach dem Nein zum Steuerpaket 2001 des Bundes und aufgrund der Wirtschaftsprognosen erwartet der Bund steigende Erträge bei der direkten Bundessteuer. Wir profitieren davon mit höheren Kantonsanteilen. Schliesslich haben wir ab 2008 einen Netto-Mehrertrag von 60 Millionen Franken, welcher sich aus der NFA ergeben sollte, eingerechnet. Diese Umstände führen zu einem starken Wachstum der Beiträge und Anteile.

Entwicklung des Ertrags der Laufenden Rechnung



V. Finanzpolitische Beurteilung

Ihr Rat hat den IFAP 2004-2008 mit Grossratsbeschluss vom 27. Oktober 2003 nur teilweise genehmigt und uns beauftragt, das Entschuldungsziel des Finanzleitbildes prioritär einzuhalten. Im Weiteren haben Sie in einer Bemerkung festgehalten, dass am Leitbildziel, wonach die Steuerbelastung an den Durchschnitt der übrigen Kantone anzunähern ist, festgehalten werden soll. Um diese Aufträge umzusetzen, haben wir Ihnen die Botschaft B 43 über Massnahmen für gesunde Staatsfinanzen und den Schuldenabbau (Sparpaket 2005) unterbreitet.

Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt im Voranschlag 2005 95,1 Prozent und in der IFAP-Periode 2006 bis 2009 durchschnittlich 83,8 Prozent. Eine für 2008 vorgesehene zweite Teilrevision des Steuergesetzes bringt für die Steuerzahler eine jährliche Entlastung von 110 Millionen Franken bei den Staats- und Gemeindesteuern. Die Verschuldung beträgt Ende 2009 rund 1'250 Millionen Franken.

Ihr Rat hat das Sparpaket 2005 mit geringen Änderungen verabschiedet. Auch das Nein zum Steuerpaket 2001 des Bundes verbessert die finanziellen Perspektiven des Kantons. Dennoch liegt der Selbstfinanzierungsgrad in allen Jahren unter 100 Prozent. Dies hat vor allem folgende Gründe:

- Wir haben im IFAP 2004-2008 die Staatssteuern aus heutiger Sicht zu optimistisch budgetiert. Auch die Teilrevision 2005 des Steuergesetzes führt zu höheren Ausfällen als von uns vorgeschlagen. Die Brutto-Staatssteuern 2005 sind deshalb um 60,5 Millionen Franken tiefer, als wir im IFAP 2004-2008 angenommen haben.
- Die Analyse der Rechnung 2003 hat gezeigt, dass wir im IFAP 2004-2008 in einigen Bereichen von zu tiefen Werten ausgegangen sind (z.B. Staatsbeiträge für Bildung und Heimfinanzierung). Wir haben nun die Basis an die Ist-Zahlen 2003 angepasst, was zu Verschlechterungen gegenüber dem IFAP 2004-2008 führt.
- Aus der Bundesfinanzpolitik ergeben sich absehbare Verschlechterungen für die Kantone. Im IFAP 2004-2008 haben wir diese Themen lediglich als Risiko aufgeführt, sie jedoch nicht einberechnet. Die Vorschläge sind nun konkreter und die Umsetzung wahrscheinlicher. Deshalb haben wir Verschlechterungen von 15 Millionen Franken für 2006 und von jährlich 36 Millionen Franken ab 2007 einberechnet.

Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Steuerbelastung der natürlichen Personen an den Durchschnitt der übrigen Schweizer Kantone anzunähern. Ob wir dieses Ziel erreichen, hängt auch von den anderen Kantonen ab. Diese haben die Steuern teilweise kräftig gesenkt (z.B. Waadt und Tessin). Deshalb hat sich trotz linearer Steuersenkungen in den Jahren 2002 und 2003 unsere Position kaum verbessert. Wir schlagen deshalb nach der Teilrevision 2005 des Steuergesetzes eine zweite

Teilrevision vor. Wir haben dafür ab 2008 50 Millionen Franken reserviert. Zusammen mit den Gemeindesteuern wird der Steuerzahler um 110 Millionen Franken entlastet. Wir wollen bei der zweiten Teilrevision die Ehe- und Familienbesteuerung revidieren und die Unternehmenssteuerreform II des Bundes nachvollziehen. Allenfalls muss auch die kalte Progression ausgeglichen werden. Wir werden bei der zweiten Teilrevision die Abschaffung der nachträglichen Vermögenssteuer für landwirtschaftliche Liegenschaften prüfen. Voraussetzung für die Finanzierung der zweiten Teilrevision des Steuergesetzes ist, dass das Schweizer Stimmvolk am 28. November 2004 der NFA zustimmt.

Beim Schuldenabbau erreichen wir die ehrgeizigen Ziele des Legislaturprogramms 2003–2007 voraussichtlich nicht. Der Kauf der Berufsschulliegenschaften im Jahr 2003 hat uns beträchtlich zurückgeworfen. Die Finanzierungsrechnungen 2005 bis 2009 führen dazu, dass sich die Verschuldung von 1'122 Millionen Franken per Ende 2003 auf rund 1'250 Millionen Franken per Ende 2009 erhöht. Weitere Änderungen der Verschuldung könnten sich aus der Rechnung 2004 (tendenziell eine Schuldenzunahme) bzw. aus Buchgewinnen durch Desinvestitionen (Schuldenreduktion) ergeben. Im IFAP 2004-2008 war für das Jahr 2005 ein Abbau von 100 Millionen Franken aus dem Verkauf eines weiteren Aktienpakets der Luzerner Kantonalbank enthalten. Wir halten am Verkauf eines weiteren Aktienpakts fest, wobei der Zeitpunkt und der Umfang noch offen sind. Deshalb haben wir im IFAP 2005-2009 keine Buchgewinne eingestellt.

Wir wollen für die kommenden Jahre einen Selbstfinanzierungsgrad von je über 100 Prozent erreichen. Trotz des Sparpakets 2005 weist der IFAP in allen Planjahren einen Selbstfinanzierungsgrad von weit unter 100 Prozent aus. Die Aussage ist eindeutig. Unser Haushalt ist strukturell überlastet. Das heisst: Der Kanton bietet mehr Leistungen an, als er finanzieren kann.

Im Legislaturprogramm 2003 – 2007 haben wir die folgenden politischen Vorgaben formuliert (vgl. Seite 25):

- Den Standort Luzern stärken und den Kanton vorwärts bringen.
- Mit unseren Mitteln haushälterisch umgehen.
- Die Ziele ohne unnötigen Aufwand erreichen.

Um diese politischen Vorgaben zu erfüllen, wollen wir das Projekt „Reform 2006“ in Angriff nehmen. Damit wollen wir die Leistungsangebote unseres Kantons

- den aktuellen und den künftigen Bedürfnissen unserer Bevölkerung anpassen und
- mit den finanziellen Möglichkeiten unserer Bevölkerung in Einklang bringen.

In finanzieller Hinsicht bedeutet dies, dass wir mit diesem Projekt den Kantonshaushalt 2006 um zirka 40 Millionen Franken und ab 2007 um einen Betrag in ähnlicher Grössenordnung entlasten müssen. Nur so wird es uns gelingen, unseren Kanton nachhaltig zukunftsfähig zu machen, ohne

dass wir in eine für die folgenden Generationen verhängnisvolle und unsoziale Schuldenwirtschaft abstürzen. Bei der Umsetzung wollen wir auf erneute lineare Kürzungen beim Personal verzichten. Wir müssen entscheiden, welche geplanten oder bestehenden Leistungen der Kanton künftig nicht mehr oder in geringerem Umfang erbringen soll.

Wir halten an unserer langfristigen Politik fest: ausgeglichene Rechnungen, Abbau der Schulden und Reduktion der Steuern. Das braucht weiterhin grosse Anstrengungen der Verwaltung, der Regierung und des Grossen Rates. Und den entsprechenden politischen Willen. Nur ein finanziell gesunder Staat ist ein sozialer Staat und ein starker Staat.

VI. Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm 2003 – 2007

Politische Vorgaben

1. Wir wollen den Standort Luzern stärken und den Kanton vorwärts bringen

Mit einem attraktiven Bildungs- und Kulturangebot, einer guten und bezahlbaren Gesundheitsversorgung, mit starken Gemeinden und mit funktionsfähigen Infrastrukturen bleibt der Kanton Luzern konkurrenzfähig.

Die Luzernerinnen und Luzerner sollen sicher sein, dass sie am „richtigen Ort“ leben und arbeiten.

2. Wir müssen mit unseren Mitteln haushälterisch umgehen

Unser finanzieller Handlungsspielraum ist eng begrenzt. Wir werden am richtigen Ort investieren und nicht am falschen Ort sparen. Oberstes Ziel bleibt ein gesunder Staatshaushalt.

Die Luzernerinnen und Luzerner sollen sicher sein, dass Steuern und Gebühren gerecht erhoben und sinnvoll verwendet werden.

3. Wir werden unsere Ziele ohne unnötigen Aufwand erreichen

Der Kanton verfügt über ein Budget von rund drei Milliarden Franken. Er ist der grösste Investor und der grösste Arbeitgeber im Kanton Luzern. Wir sind uns der damit verbundenen Verantwortung bewusst und setzen alles daran, die staatlichen Leistungen qualitativ gut und preiswert zu erbringen. Wir sorgen für transparente Arbeitsabläufe und verbessern die Voraussetzungen, um effizient mit anderen Gemeinwesen und mit Privaten zusammenzuarbeiten.

Die Luzernerinnen und Luzerner sollen sicher sein, dass der Kanton für sie da ist, dass Regierung und Verwaltung ihr Vertrauen verdienen.

Finanzielle Vorgaben

In der Amtszeit 2003 – 2007 müssen wir die Ausgaben im Griff halten, die Ansprüche mit den finanziellen Möglichkeiten in Einklang bringen und unsere Mittel gezielt einsetzen. Wir erachten dies als Herausforderung, nach tauglichen und finanzierbaren Lösungen zu suchen, die den Kanton Luzern weiterbringen. Wir werden uns auf das Notwendige und Wichtige beschränken und dazu stehen, dass der Staat nicht alle Bedürfnisse befriedigen kann.

Umsetzung des Legislaturprogramms

Die Ziele Nr. 1.3, 9.5, 9.6, 9.7, 10.6, 10.7, 11.3, 11.4 und 11.5 sind Bemerkungen des Grossen Rats zum Legislaturprogramm. Gemäss § 79a, Grossratsgesetz, informiert der Regierungsrat den Grossen Rat mit dem nächsten Jahresbericht über die Behandlung der Bemerkungen.

* Vorbemerkung zur Spalte „Bezug zur Hauptaufgabe“

Wir haben neu alle beschlossenen und eingerechneten Vorhaben, alle geplanten Vorhaben und alle Gesetzesänderungen mit einer Identifikationsnummer versehen. Das ermöglicht die Verknüpfung der Kapitel „VI. Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm 2003-2007“ und „VIII. Aufgaben und Finanzen“. Diese Verknüpfung wird mit dem hier aufgeführten „Bezug zur Hauptaufgabe“ hergestellt. Das Nummerierungssystem hat folgende Bedeutung:

1. Stelle zeigt den betroffenen Hauptaufgabenbereich 4.x.x (=Gesundheit)
2. Stelle zeigt die Art des Vorhabens x.1.x (=Beschlossen/Eingerechnet)
- x.2.x (=Geplant)
- x.3.x (=Gesetzesänderungen)
3. Stelle ist die laufende Nummerierung innerhalb der Kategorie, welche sich aus der 1. und 2. Stelle ergibt (z.B. 4.1.x bei allen beschlossenen und eingerechneten Vorhaben im Hauptaufgabenbereich Gesundheit).

Nr.	Ziel			
1.	Eine Staatsorganisation für die Zukunft Die grossen Reformprojekte – Luzern '99, wirkungsorientierte Verwaltung WOV und neuer Finanzausgleich – haben die Regierungs- und Verwaltungsarbeit im Kanton Luzern in den vergangenen Jahren verbessert. Dem Kanton gelingt es, die meisten Aufgaben speditiv, preiswert und kundenorientiert zu erfüllen.			
1.1	Wir wollen die Organisation unseres Staates weiter verbessern und zukunftsfähig erhalten			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur * Hauptaufgabe</i>
	Reform 2006	FD	2006	-
1.2	Erarbeitung einer neuen Staatsverfassung. Sie soll verständlich, übersichtlich und in moderner Sprache abgefasst sein			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Vernehmlassung neue Staatsverfassung	JSD	2005	0.3.1
	Volksabstimmung zur neuen Staatsverfassung	JSD	2007	0.3.1
1.3	Bemerkung des Grossen Rats: Der Kanton leistet gezielte, effiziente und nachhaltige Förderung aller Regionen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Gemeinsame Erarbeitung des Entwurfs Waldentwicklungsplan Entlebuch mit der UnescoBiosphäre Entlebuch.	BUWD	2006	-
	Erstmalige Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts „Ländlicher Raum“ gemäss Neuer Regionalpolitik des Bundes (NRP).	BUWD	2005 - 2007	-
	Inbetriebnahme S-Bahn ganzes Kantonsgebiet (siehe auch Ziele Nr. 12.2 und 12.5).	BUWD	2004	6.1.1
2.	Selbständige Gemeinden Der Regierungsrat hat mit Luzern '99 einen Reformprozess in Gang gesetzt, der die Gemeinden in ihrer Autonomie stärken wird. Zukunftsfähige Verwaltungseinheiten durch Gemeindefusionen, neue Zusammenarbeitsmodelle und der neue Finanzausgleich versetzen die Gemeinden in die Lage, selbständiger als bisher über ihre Mittel zu verfügen und sie wirksam einzusetzen.			
2.1	Wir führen das Projekt Gemeindereform 2000+ im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Kantons weiter.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>

Nr.	Ziel			
	Aufgabenteilungsprojekt Kultur: Anpassung der damit verbundenen politischen und rechtlichen Grundlagen (v.a. Revision Denkmalschutzgesetz und Kulturförderungsgesetz).	BKD	2008	3.3.2 und 3.3.3
	Kantonalisierung der städtischen Mittelschulen. Übernahme Trägerschaft durch Kanton gemäss Vertrag mit der Stadt Luzern (Mittelschuloptimierung) auf 2007 vorgesehen.	BKD	2007	-
	Kantonales Anschlussprojekt NFA in Zusammenarbeit mit den Gemeinden.	FD	2005-2007	-
	Aufgabenteilungsprojekt gesellschaftliche Integration und Soziales: Anpassung der damit verbundenen politischen und rechtlichen Grundlagen und Erstellen eines Vernehmlassungsentwurfs.	GSD	2006	-
	Wirkungsbericht zum kantonalen Finanzausgleich.	JSD	2005	-
3.	Starkes Zentrum für einen starken Kanton In der dicht besiedelten, kleinräumigen Agglomeration Luzern sind die Reformziele schwieriger zu erreichen als auf der Landschaft. Die Stadt und die umliegenden Gemeinden versuchen, die Zusammenarbeit untereinander zu verbessern und zu verstärken. Die Strukturen dieser Zusammenarbeit sind heute kompliziert (für jede Aufgabe eine spezielle Organisation). Wir unterstützen daher alle Bestrebungen, diese Zusammenarbeit zu vereinfachen. Wir unterstützen die Diskussion über eine markante Vergrösserung der Stadt Luzern auf deutlich über 100'000 Einwohner durch Zusammenschluss von Gemeinden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	-			
4.	Grenzen überwinden			
4.1	Wir führen die enge Zusammenarbeit mit den Zentralschweizer Kantonen weiter. Langfristig halten wir das Zusammenwachsen der Zentralschweiz zu einem einheitlichen Lebensraum für wünschbar.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Gemeinsame Regelung der Ursprungsbezeichnungen (AOC) der Zentralschweizer Kantone mit den Branchenverbänden.	BUWD	2005	-
	Zentralschweizer Umweltdirektorenkonferenz (ZUDK): Umsetzung des gemeinsamen Massnahmenplanes Luftreinhalte.	BUWD	2004 – 2007	-
	Überprüfung der Zusammenführung der Konkordate Fachhochschule Zentralschweiz und Pädagogische Hochschule Zentralschweiz.	BKD	2008	-
	Verhandlungen mit den Kantonen OW, NW, ZG betreffend Errichtung eines gemeinsamen Dienstleistungszentrums Opferhilfe.	GSD	2005	-
	Zentralschweizer Lösung für ein gemeinsames Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht.	JSD	2006	-
4.2	Wir orientieren uns gleichzeitig stärker Richtung Zürich, Aargau und Nordwestschweiz. Wir wollen die Zusammenarbeit mit diesen Regionen in den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit, Raumplanung, Sicherheit, Verkehr und Kultur ausbauen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Gemeinsame Planung und Bestellung von grenzüberschreitenden Bahnangeboten mit Nachbarkantonen.	BUWD	2004 – 2007	-
	Weiterpflegen der bestehenden, vielfältigen Zusammenarbeit mit der Abteilung Umweltschutz des Baudepartements des Kantons Aargau.	BUWD	2004 – 2007	-
	Zusammenschluss der Kantone entlang der Gotthardachse im Gotthard-Komitee.	BUWD	2004 – 2007	-

Nr.	Ziel			
	Beitritt zur Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen.	BKD	2005	-
	Realisierung gemeinsamer Projekte im Rahmen der Nordwestschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK).	BKD	ab 2005	-
	Aufbau und Realisierung der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch.	JSD	2007	-
	Aufnahme der Haftanstalt und des Untersuchungsgefängnisses Grosshof in das Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Zentralschweiz.	JSD	2007	-
4.3	Wir lehnen isolierte Zusammenschlüsse von Luzerner Gemeinden mit Gemeinden anderer Kantone ab			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
4.4	Wir verfolgen gegenüber unseren Nachbarkantonen eine Politik der fairen Abgeltung von Zentrumsleistungen. Eine enge Zusammenarbeit mit anderen Kantonen macht nur dann Sinn, wenn davon auch der Kanton Luzern profitiert.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Unterstützung des Projektes der Zentralschweizer Finanzdirektoren über die Abgeltung von Standortvorteilen.	FD	2004-2007	-
	Entwicklung aller Schulabkommen in Richtung volle Kostenabgeltung.	BKD	2005	-
5.	Verwaltung weiter straffen Die Luzernerinnen und Luzerner haben 2002 der Volksinitiative „für eine effiziente Regierung und schlanke Verwaltung“ und damit der Verkleinerung des Regierungsrates auf fünf Mitglieder zugestimmt. Wir haben die Departemente neu gegliedert und dabei darauf geachtet, dass möglichst homogene Aufgabenbereiche entstehen, dass die Arbeitsbelastung gleichmässig auf die Departementsvorsteherinnen und -vorsteher verteilt wird und dass das politische Gewicht der einzelnen Departemente möglichst ausgeglichen ist.			
5.1	Wir wollen in einer zweiten Phase der Departementsreform die Synergien nutzen, die durch die Reduktion auf fünf Departemente entstanden sind. Die Organisation soll weiter gestrafft und Verwaltungsabläufe sollen vereinfacht werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Überprüfung und Optimierung von Organisation und Leistungen im Bildungs- und Kulturdepartement.	BKD	2005	-
	Einheitliche Informatikstrategie für die Verwaltung erarbeiten und umsetzen.	FD	2005 - 2007	-
	Ablösung Lohnsystem LUPIS: Mit der neuen Software sollen die Prozesse vereinheitlicht und vereinfacht werden.	FD	2006	0.1.1
	Optimierung der Verwaltung der kantonalen Liegenschaften.	FD	2007	-
	Nutzen des Datenpools für die automatisierte Übermittlung von Abstimmungs- und Wahlergebnissen der Gemeinden an den Kanton.	JSD	2005	-
	Möglichkeiten zur Effizienz- und Qualitätsverbesserung in der Rechnungsführung prüfen.	FD	2005	-
5.2	Wir werden innerhalb der Departemente noch Feinabstimmungen vornehmen, Dienststellen zusammenlegen, einzelne Tätigkeitsbereiche von Dienststellen abtrennen und auch departementsübergreifend einer anderen Dienststelle zuordnen oder bestimmte Aufgaben auf Stellen ausserhalb der Zentralverwaltung übertragen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Zusammenführung der Kantonalen Mittelschule Seetal in Baldegg.	BKD	2006	2.2.10

Nr.	Ziel			
	Überführung des Instituts für schulische Heilpädagogik und der Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung in die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz.	BKD	2005	-
	Reduktion der schulischen Dienststellen im Bereich Berufsbildung von neun auf vier Dienststellen.	BKD	2005	2.1.6
6.	Wirkungsorientiert, aber einfacher Im Jahr 2005 wird die wirkungsorientierte Verwaltung flächendeckend eingeführt sein. Das neue Verwaltungsmodell funktioniert, die angestrebte Kosten- und Leistungstransparenz wurde weitgehend erreicht. Regierung und Verwaltung arbeiten mit verlässlichen Führungsinstrumenten.			
6.1	Wir wollen die Arbeit der Regierung und des Parlaments mit verbesserten Planungs- und Steuerungsinstrumenten unterstützen. Zu diesem Zweck müssen die Instrumente der Verwaltungsführung und der politischen Steuerung besser aufeinander abgestimmt werden und sich auf die wesentlichen Inhalte konzentrieren.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Weiterentwicklung IFAP entsprechend den Anforderungen des Parlamentes und der Regierung mit dem Ziel, die Durchgängigkeit der Instrumente Legislaturprogramm, IFAP und politischer Leistungsauftrag sicherzustellen.	FD	2007	-
	Einführung von LOG (leistungsorientierte Gerichte) im Gerichtswesen.	Obergericht/ Verwaltungsgericht	2006	-
6.2	Der Kanton Luzern soll künftig über ein ausgereiftes, durchgängiges System von politischer Steuerung und Verwaltungsführung mit einfachen Strukturen und klaren Abläufen verfügen			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Einführung einheitlicher Instrumente für die betriebliche Führung der Departemente und Dienststellen.	FD	2006	-
7.	Können es andere besser oder kostengünstiger? In den vergangenen Jahren haben wir die Arbeitsabläufe in der Zentralverwaltung transparenter gestaltet. Heute wissen wir weitgehend, was die Leistungen des Staates tatsächlich kosten.			
7.1	Wir wollen abklären, ob sich durch die Ausgliederung von Aufgaben aus der Zentralverwaltung, die Verselbständigung einzelner Verwaltungseinheiten oder eine engere Zusammenarbeit mit Dritten, anderen Gemeinwesen oder Privaten Kosten einsparen lassen. Anhand einzelner Bereiche oder Dienststellen (z.B. Spitäler, Strassenverkehrsamt) werden wir diese Möglichkeiten prüfen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Wir erarbeiten dort, wo sinnvoll, neue Branchenlösungen (delegierter Vollzug der Betriebskontrollen, Qualitätskontrolle durch die Dienststelle Umwelt und Energie).	BUWD	2004 - 2007	-
	Neues Spitalgesetz	GSD	2007	4.3.1
	Prüfen der Verselbständigung des Strassenverkehrsamtes.	JSD	2006	-
	Reform 2006	FD	2006	-
8.	Sicherheit als Daueraufgabe Wir erachten den Schutz von Leib und Leben sowie die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung als eine unserer wichtigsten Daueraufgaben. Polizei und Strafverfolgungsbehörden haben in den vergangenen Jahren gute Arbeit geleistet. Verschiedenen Untersuchungen belegen, dass sich die Luzernerinnen und Luzerner sicher fühlen dürfen.			
8.1	Die Polizei soll eine kantonale Aufgabe bleiben.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	2. Phase Personalaufstockung Kantonspolizei gemäss Planungsbericht vom 27. Mai 2002	JSD	2006	1.1.4
8.2	Wir sorgen für eine gute Ausbildung der Polizei und unterstützen den Aufbau der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch.			

Nr.	Ziel			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Ausbildung unserer Polizeirekruten an der interkantonalen Polizeischule in Hitzkirch	JSD	2007	1.1.6
8.3	Wir sind bereit, unseren Teil dazu beizutragen, dass die kantonalen Polizeikörper im Alltag und bei aussergewöhnlichen Ereignissen (z.B. WEF, Davos) noch enger zusammenarbeiten können.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Verstärkung der Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeikörpern, auch über die Zentralschweiz hinaus.	JSD	2004 - 2007	
8.4	Wir sind überzeugt, dass insbesondere Sozial- und Familienpolitik sowie Integrationspolitik wesentlich dazu beitragen, unsere Gesellschaft noch sicherer zu machen. Wir werden daher die Familien stärken. Dazu gehört unter anderem eine steuerliche Entlastung. Das Leitbild unserer Ausländer- und Integrationspolitik bleibt gültig. Wir befürworten, erleichtern und fördern die Einbürgerung von integrierten einbürgerungswilligen Ausländerinnen und Ausländern (Leitbild).			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Einführung von Tagesstrukturen in der Volksschule.	BKD	ab 2005	2.1.3
	Unterstützung von Schulen mit hohem Anteil an Fremdsprachigen.	BKD	2005	2.1.3
	Steuergesetzrevision I: Erhöhung der Abzüge für Familien mit Kindern.	FD	2004	-
	Umsetzung des Leitbildes zur Ausländer- und Integrationspolitik (insbesondere Förderung der Einbürgerungen, Öffentlichkeitsarbeit, Weiterbildung des kantonalen Personals, Projektförderung und Bekämpfung des Missbrauchs im Ausländerrecht).	JSD	2007	-
9.	Bildung ist unsere Investition in die Zukunft Das Schulangebot im Kanton Luzern ist qualitativ gut und attraktiv. Dies verdanken wir in erster Linie den Lehrerinnen und Lehrern. Gut ausgebildete Menschen, die befähigt sind, die Zukunft zu meistern, sind unverzichtbar für die Funktionsfähigkeit unserer Demokratie und die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft. Deshalb wollen wir unser Bildungsangebot immer wieder den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anforderungen anpassen.			
9.1	Im Rahmen des Projekts „Schule in Diskussion“ haben wir uns grundsätzliche Überlegungen zum Volksschulunterricht gemacht und die Rolle aller Beteiligten geklärt. Die Erkenntnisse aus diesem Projekt dienen als Entscheidungsgrundlagen im Hinblick auf die weitere Schulentwicklung. Es ist unbestritten, dass das Unterrichtsangebot angepasst werden muss und eine stärkere Konzentration auf die wesentlichen Unterrichtsinhalte gewünscht wird. Welche Fremdsprachen wann in der Volksschule unterrichtet werden sollen, klären wir in enger Abstimmung mit den anderen Kantonen ab. Dem Grossen Rat werden wir im Sommer 2004 einen Planungsbericht zu diesen Themen unterbreiten.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht über die Schulentwicklung nach 2005 an den Volksschulen des Kantons Luzern an den Grossen Rat.	BKD	2004	2.1.3
	Planungsberichte über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Schulen und Lehrpersonen (Renaissance des Lehrberufs) und über den PC-Einsatz in Schulen an den Grossen Rat.	BKD	2005	2.2.1, 2.2.2
9.2	Wir werden auch in Zukunft in allen Regionen des Kantons Luzern eine gymnasiale Maturitätsschule führen. Wir erachten es indessen als sinnvoll, Strukturen und Inhalte der gymnasialen Ausbildung breit zu überprüfen, bevor wir teure Neuinvestitionen vornehmen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Überprüfung des Gymnasialangebotes im Kanton Luzern. Bericht an den Regierungsrat.	BKD	2004	-
	Konzentration der Mittelschulen im Seetal in Baldegg.	BKD	2006	2.2.10

Nr.	Ziel			
	Bereitstellung der erforderlichen Infrastrukturen in der Agglomeration Luzern.	BKD	2006	2.1.8, 2.2.4, 2.2.5, 2.2.7
9.3	Wir wollen den dualen Berufsbildungsweg stärken und die Partnerschaft mit der Wirtschaft intensivieren. Im schulischen Bereich beabsichtigen wir, Strukturen und Organisation der Berufsschulen im Kanton Luzern an die Erfordernisse des neuen Berufsbildungsgesetzes anzupassen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Umsetzung der neuen Bildungsverordnungen (bisher: Ausbildungsreglemente) in sämtlichen Berufen.	BKD	2006	2.1.6, 2.2.11, 2.2.12, 2.2.13, 2.3.1
	Reorganisation der Berufsschulkreise und Berufszuordnungen.	BKD	2007	2.1.6
	Errichtung der Fachmittelschulen (Nachfolge der Diplommittelschule DMS).	BKD	2005	-
	Kantonalisierung der Baldegger Schule für Gesundheits- und Krankenpflege Sursee.	BKD	2005	-
	Kantonalisierung der städtischen Mittelschulen.	BKD	2007	-
9.4	Luzern soll zu einem Zentrum für Hochschulbildung werden und als solches auch wahrgenommen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es notwendig, dass unsere Universität mit ihren drei Fakultäten den Neubau am Kasernenplatz im Jahr 2008 beziehen kann. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass die Zusammenarbeit und die Vernetzung der verschiedenen Hochschulen untereinander enger und effizienter wird (Campus Luzern).			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Massnahme zu Uni-Neubau siehe Ziel Nr. 9.7.			-
	Konsequente Umsetzung der Uni-Strategie.	BKD	ab 2005	2.1.7, 2.2.6
	Den „Offenen Campus“, den Hochschulsport und die Kinderkrippe weiterführen und konsolidieren. Das Schwergewicht der Zusammenarbeit wird auf die Nutzung von besonderen Kompetenzen und Synergien gelegt.	BKD	ab 2005	-
9.5	Bemerkung des Grossen Rats: Eine Gesamtschulplanung (inkl. Musikschule) mit Kostenfolge soll für das ganze kantonale Bildungsangebot gemacht werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht über die Schulentwicklung nach 2005 an den Volksschulen des Kantons Luzern an den Grossen Rat.	BKD	2004	2.1.3
9.6	Bemerkung des Grossen Rats Die Untergymnasien sind dort zu erhalten, wo sie pädagogisch oder wirtschaftlich Vorteile oder zumindest keine Nachteile bringen			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Siehe Massnahmen unter Ziel Nr. 9.2.			
9.7	Bemerkung des Grossen Rats Das Uni-Projekt ist unter Berücksichtigung der neuen Ausgangslage zügig weiterzuentwickeln.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Spezialkommission eingesetzt, Bericht an den Grossen Rat.	FD in Zusammenarbeit mit BKD	2005	-
10.	Gesundheit muss bezahlbar sein Die öffentliche Diskussion über das Gesundheitswesen ist heute meist eine Diskussion über steigende Kosten und Prämienhöhungen. Das ärztliche und pflegerische Angebot im Kanton Luzern ist qualitativ gut. Die Versicherten gelangen indessen allmählich an die Grenzen ihrer finanziellen Belastbarkeit.			
10.1	Als grösster Anbieter von Gesundheitsleistungen im Kanton Luzern werden wir uns daher in erster Linie bemühen, die Kosten für unsere hochwertige Gesundheitsversorgung im Griff zu halten und – wo möglich – zu senken. Nur was wirtschaftlich, zweckmässig und wirksam ist, soll in Zukunft von Kanton und Grundversicherung mitfinanziert werden.			

Nr.	Ziel			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Neues Abgeltungsmodell in den Akutspitälern (Ab-lösung der Tagespauschale durch ein Fallpauschalensystem (DRG)).	GSD	2005 - 2007	-
	Weiterentwicklung der Kostenträgerrechnung in den Spitälern.	GSD	2006 - 2007	4.1.1, 4.1.3, 4.1.6
	Flächendeckende Leistungserfassung in den Spitälern.	GSD	2006 - 2007	4.1.6
	Einführung neuer Organisations- und Leitungsstrukturen mit klaren Verantwortlichkeiten (Massnahme ist integriert in den Planungsbericht Gesundheitsversorgung und im Spitalgesetz).	GSD	2005 - 2007	4.1.1, 4.2.1
10.2	Wir werden das Angebot in der Gesundheitsversorgung präziser auf die Bedürfnisse der Patientinnen und Patienten abstimmen und die Zusammenarbeit unter den öffentlichen und privaten Leistungsanbietern verbessern. In den Bereichen Einkauf, Personal, Logistik und Rechnungswesen können damit Synergien genutzt werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) an den Grossen Rat.	GSD	2004	-
	Totalrevision des Gesundheitsgesetzes	GSD	2006 - 2007	4.3.2
	Neues Spitalgesetz.	GSD	2007	4.3.1
10.3	Wir prüfen, ob das Zentrumsspital auch in Zukunft alle bisherigen Leistungen anbieten muss.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) an den Grossen Rat.	GSD	2005	-
10.4	Künftig sollen möglichst viele Patientinnen und Patienten ambulant statt stationär behandelt werden. Dies setzt voraus, dass ambulante und stationäre Medizin (Kliniken/Ärzte) sowie Pflege (Spitex/Heime) im Sinn einer eigentlichen Behandlungskette vernetzt werden.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Diese Zielsetzung wird in den Berichten zur Pflegeheimplanung und zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) erörtert. Konkrete Massnahmen werden nach der Beratung durch den Grossen Rat festgelegt.	GSD	2005	-
10.5	Wir verzichten auf die Erstellung neuer Infrastrukturen, bauen Überkapazitäten ab und reduzieren – wo vertretbar – bestehende stationäre Angebote.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) an den Grossen Rat.	GSD	2004	-
	Die Kosten im Heimwesen sind in den letzten Jahren überproportional gestiegen. Wir sind daher dabei, ein Controlling aufzubauen um die Kosten besser zu steuern.	GSD	2005 -2007	-
	Revision des Heimfinanzierungsgesetzes mit dem Ziel, neue Finanzierungsmodelle mit mehr Steuermöglichkeiten einzuführen.	GSD	2007	5.3.1
10.6	Bemerkung des Grossen Rats Der Grosse Rat muss in der Versorgungsplanung und in der Spitalplanung besser eingebunden werden.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) an den Grossen Rat.	GSD	2004	-
10.7	Bemerkung des Grossen Rats Die Planung und Weiterentwicklung des luzernischen Spital- und Gesundheitswesens hat sich an den finanziellen Möglichkeiten des Kantons Luzern zu orientieren.			

Nr.	Ziel			
	Massnahme:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
	Planungsbericht zur Gesundheitsversorgung (Spitalplanung) an den Grossen Rat.	GSD	2004	-
11.	Gute Dienstleistungen für die Wirtschaft			
11.1	Der Wirtschaft und ansiedlungswilligen Unternehmen stellt der Kanton Luzern eine gute Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung und sorgt für eine verlässliche Raumplanung, zügige Bewilligungsverfahren und moderate Steuern.			
	Massnahmen:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
	Erneuerung der amtlichen Vermessung.	BUWD	2005 - 2009	-
	Gesamthafte Überprüfung Kantonalen Richtplan.	BUWD	2006 - 2008	-
	Bereitstellung von Geodaten (GIS Kanton Luzern) und Raumkataster.	BUWD	2006 - 2008	-
	Umsetzung kantonale Energiepolitik auf der Basis des neuen Konzeptes.	BUWD	2005 - 2007	-
	Abbau bürokratischer Hemmnisse in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft: Bildung einer Task force mit den Branchenvertretern zur Erarbeitung von Vorschlägen.	BUWD	2004 - 2005	-
	Altlastenuntersuchungen und Sanierungen vorantreiben.	BUWD	2007	7.1.1
	Kantonale Steuergesetzrevision I (siehe auch Ziel Nr. 13.4)	FD	2004	-
	Kantonale Steuergesetzrevision II (siehe auch Ziel Nr. 13.4)	FD	2008	9.1.2
11.2	Die Luzerner Wirtschaft soll mittelfristig weniger abhängig von Tourismus und Landwirtschaft werden.			
	Massnahmen:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
	Ausbau der Promotionsmassnahmen im Bereich Wirtschaftsförderung (Ansiedlung neuer Betriebe im Kanton Luzern).	BUWD	2006 - 2009	8.1.2
	Gemeinsam mit der Branche und Experten wird eine Strategie für die Landwirtschaft entwickelt mit dem Ziel, die Ressourcen optimal einsetzen zu können. Anschliessend Planungsbericht an den Grossen Rat und Gesetzesanpassungen.	BUWD BUWD	2004 2005 2006	-
11.3	Bemerkung des Grossen Rats Die Ansiedlung von wertschöpfungsintensiven Unternehmungen im Bereich Dienstleistungen, Technologie und Biotechnologie wird fokussiert.			
	Massnahme:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
	Weiterentwicklung und Umsetzung Wirtschaftsförderungskonzept.	BUWD	2005 - 2006	8.1.2
11.4	Bemerkung des Grossen Rats Die regionale Nahrungsmittelversorgung und Pflege des ländlichen Naherholungsraums werden als nachhaltige Wertschöpfung von Landwirtschaft, Gastronomie und Tourismus anerkannt und gefördert.			
	Massnahmen:	Verantwortlich	Termin	Bezug zur Hauptaufgabe
	Umsetzung Agrarpolitik 2007.	BUWD	2007	-
	Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaftsbetriebe.	BUWD	2007	-
	Erstmalige Erarbeitung eines Entwicklungskonzepts „ländlicher Raum“ gemäss Neuer Regionalpolitik des Bundes (NRP).	BUWD	2005 - 2007	-
	Koordination Beiträge Naturschutz und Landwirtschaft weiterpflegen und optimieren.	BUWD	2004 - 2007	-
	Angepasste Nutzung nachwachsender Energieträger sicherstellen und fördern.	BUWD	2004 - 2007	-

Nr.	Ziel			
	Artenvielfalt sicherstellen sowie erforderlichen Schutz und ökologische Aufwertung der Landschaft fördern.	BUWD	2004 - 2007	-
11.5	Bemerkung des Grossen Rats Der Bestandespflege der bestehenden Betriebe ist die gleich hohe Priorität einzuräumen wie der Ansiedlung neuer Betriebe.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Abstimmung Bestandespflege gemäss Wirtschaftsförderungs-Konzept mit den regionalen Partnern und Gemeinden.	BUWD	2004 - 2007	-
12.	Agglomeration Luzern muss erreichbar bleiben.			
12.1	Wir wollen die Mobilität sicherstellen, das heisst den öffentlichen Verkehr und den Individualverkehr effizient, wirksam und umweltverträglich gestalten.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Umsetzung Gesamtstrategie Verkehr gemäss Letter of Understanding vom 26.6.2000.	BUWD		6.1.1, 6.1.2, 6.1.4
	Agglomerationsprogramm Luzern Massnahmenpaket zur Sicherstellung einer nachhaltigen Entwicklung mit den Schwerpunkten Verkehr und Siedlungsplanung erarbeiten. Mitfinanzierung durch Bund frühestens ab 2007.	BUWD	2005	-
12.2	Wir achten besonders darauf, dass die Agglomeration Luzern zugänglich bleibt und dass ihre Erreichbarkeit auch in Zukunft sichergestellt ist.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Neuer Autobahnanschluss Schlund mit neuem Zubringersystem zur Erschliessung des Entwicklungsschwerpunktes Schlund.	BUWD	2004	- (aufgeführt im Kapitel IX.)
	Neuer Autobahnanschluss Rothenburg erschliesst den Entwicklungsschwerpunkt Rothenburg-Station (siehe auch Ziel Nr. 12.5).	BUWD	2008	- (aufgeführt im Kapitel IX.)
	Neuer Autobahnanschluss Buchrain mit Zubringer Rontal zur Erschliessung des Entwicklungsschwerpunktes Rontal (siehe auch Ziel Nr. 12.5).	BUWD	2010	- (aufgeführt im Kapitel IX.)
	Inbetriebnahme und Weiterausbau S-Bahn Luzern (siehe auch Ziel Nr. 12.5).	BUWD	2004 - 2020	6.1.1, 6.1.2
	Umsetzung Bauprogramm Kantonsstrassen.	BUWD	2003 - 2006	(vgl. im Kapitel IX.)
12.3	Der Transitverkehr und ein wesentlicher Teil des regionalen Individualverkehrs sollen auf einem übergeordneten Strassennetz geführt werden, das die Erschliessung der fünf Subzentren und der regionalen Entwicklungsschwerpunkte sicherstellt.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Umsetzung Bauprogramm Kantonsstrassen.	BUWD	2003 - 2006	- (aufgeführt im Kapitel IX.)
	Neue Finanzplanung Kantonsstrassen bis 2014.	BUWD	2004	-
12.4	Im Hinblick auf den weiteren Ausbau der Nord-Süd-Transitachse werden wir uns beim Bund dafür einsetzen, dass im Grossraum Luzern der Transitverkehr vom Agglomerationsverkehr getrennt wird.			
	<i>Massnahme:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Neuer Bypass kurz stellt langfristige Erreichbarkeit der Agglomeration Luzern sicher. Planungsarbeiten werden zusammen mit dem Bund aufgenommen. ▪ 1. Schritt: Zweckmässigkeitsprüfung ▪ Realisierung	BUWD BUWD	2004/2005 2020	-
12.5	Unsere wichtigsten Vorhaben sind der weitere Ausbau der S-Bahn zur Kapazitätssteigerung im öffentlichen Regionalverkehr sowie die Erstellung der Autobahnanschlüsse Buchrain und Rothenburg.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>

Nr.	Ziel			
	Realisierung der 1. und 2. Etappe der S-Bahn Luzern.	BUWD	2007	6.1.1, 6.1.2
	Autobahnanschluss Buchrain und Zubringer Rontal: <ul style="list-style-type: none"> Genehmigung Generelles Projekt durch Bundesrat Volksabstimmung Kredit Planaufgabe Genehmigung Detailprojekt UVEK Inbetriebnahme 	BUWD	2004 2005 2005 2007 2010	- (aufgeführt im Kapitel IX.)
	Autobahnanschluss Rothenburg: <ul style="list-style-type: none"> Planaufgabe Projektbewilligung durch UVEK Inbetriebnahme unter Vorbehalt 	BUWD	2005 2006 2008	- (aufgeführt im Kapitel IX.)
13.	Gesunde Finanzen und tragbare Steuern			
13.1	Wir wollen unsere erfolgreiche Finanzpolitik auch in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld weiterführen. Mit einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik schaffen wir auch in den kommenden Jahren die Voraussetzungen für ausgeglichene Staatsrechnungen. Der Selbstfinanzierungsgrad soll in der Periode 2004 bis 2008 jeweils über 100 Prozent betragen.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Zielsetzung wird in die IFAP- und Voranschlag-Vorgaben übernommen.	FD	2005 - 2008	-
	Umsetzung Sparpaket 2005.	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2004 - 2007	-
	Projekt „Reform 2006“.	alle Departemente, Gerichte, Staatskanzlei	2005	-
13.2	Die Verschuldung des Kantons soll bis Ende 2009 auf 750 Millionen Franken reduziert werden. Als Zwischenziel haben wir uns eine Verschuldung von 900 Millionen bis Ende 2007 gesetzt.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Verkauf von LUKB-Aktien und weiteren Wertschriften	FD	2004 - 2009	-
	Periodischer Abbau der Strassenschuld.	BUWD	2009	- (enthalten im Kapitel IX.)
	Realisierung eines Selbstfinanzierungsgrades von über 100% in den Jahren 2006 – 2009.	FD	2005 - 2009	-
	Konsequente Überprüfung des Liegenschaftsportfolios und Verkauf/Desinvestition von nicht benötigten Liegenschaften des Finanzvermögens.	FD	2004 - 2009	-
13.3	Wir halten daran fest, die Steuerbelastung der natürlichen Personen an den Durchschnitt der übrigen Schweizer Kantone anzunähern.			
	<i>Massnahmen:</i>	<i>Verantwortlich</i>	<i>Termin</i>	<i>Bezug zur Hauptaufgabe</i>
	Kantonale Steuergesetzrevision I (siehe auch Ziel Nr. 11.1).	FD	2005	-
	Kantonale Steuergesetzrevision II (siehe auch Ziel Nr. 11.1).	FD	2008	9.3.1

VII. Funktion und Bedeutung des IFAP

Grundsätzliches

Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan (IFAP) ist seit 2002 das Instrument für die mittelfristige Planung. Er ist vorab eine Auslegeordnung. Er zeigt zusammenfassend die finanziellen Auswirkungen der bereits beschlossenen Projekte, der Bundespolitik, der eigenen Steuerpolitik und orientiert über zusätzlich geplante Vorhaben und deren mutmassliche Kosten. Der IFAP dient der Regierung und dem Grossen Rat dazu, Prioritäten zu setzen und die im Legislaturprogramm und im Finanzleitbild formulierten übergeordneten Ziele zu erreichen.

Wir zeigen im IFAP die voraussichtliche Entwicklung der zehn staatlichen Hauptaufgaben. Zu jeder Hauptaufgabe finden Sie einen Berichtsteil und einen Zahlenteil.

Die Rahmenbedingungen können von einem Voranschlagsjahr zum nächsten erheblich ändern. Dies gilt für die volkswirtschaftlichen Annahmen wie auch für die Auswirkungen der Bundespolitik. Auch die politische Meinung der Entscheidungsträger kann ändern. Im Weiteren beruhen die Kosten sämtlicher Projekte und Investitionen auf Schätzungen. Je weiter der Planungshorizont, desto mehr handelt es sich bei den Planzahlen um blosse Leitplanken.

Die im Text erwähnten Zahlen zu den geplanten Vorhaben dienen der zusätzlichen Information. Sie sind in den Berechnungen des IFAP 2005-2009 aber noch nicht enthalten. Über die von den Departementen geplanten Vorhaben haben wir noch keine politische Diskussion geführt. Wir führen diese Vorhaben im Text dennoch auf. Dies ergibt einen besseren Überblick und erlaubt dem Regierungsrat und Ihrem Rat, rechtzeitig Schwerpunkte zu setzen.

Sie können den IFAP genehmigen, teilweise genehmigen oder nicht genehmigen. Die Integrierten Finanz- und Aufgabenpläne 2003-2007 und 2004-2008 haben Sie nur teilweise genehmigt. Sie können auch Bemerkungen beschliessen und zu einzelnen Vorhaben parlamentarische Vorstösse einreichen. Da es sich beim IFAP um einen Planungsbericht handelt, stellt die Genehmigung keine Bewilligung konkreter Projekte dar. Mit der Genehmigung geben Sie lediglich zum Ausdruck, dass Sie mit der allgemeinen Stossrichtung einverstanden sind. Für Vorhaben, welche in Ihren Zuständigkeitsbereich fallen, werden wir Ihnen wie bisher eine separate Vorlage unterbreiten.

2. Formale Anpassungen gegenüber dem IFAP 2004-2008

Mit dem neuen Kapitel „VI. Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm 2003-2007“ wird die Verknüpfung der übergeordneten Planungsinstrumente mit dem IFAP hergestellt. Damit wird die Durchgängigkeit dieser Instrumente ermöglicht und gleichzeitig ein ausdrücklicher Wunsch des Grossen Rats aus der Behandlung des Legislaturprogramms 2003-2007 erfüllt.

Bisher haben wir zu den zehn staatlichen Hauptaufgaben die Dienststellen aufgeführt, welche unter diese Aufgabe fallen („Leistungserbringer“). Neu werden praktisch alle Dienststellen nach den Grundsätzen der wirkungsorientierten Verwaltung (WOV) geführt. Deshalb zeigen wir neu auf der zweiten Stufe der funktionalen Gliederung (z.B. „10 Rechtsaufsicht“), welche Leistungsgruppen welcher Dienststellen in den entsprechenden Zahlen enthalten sind.

Erstmals stellen wir vorab zu jeder Hauptaufgabe die Veränderungen gegenüber dem IFAP des Vorjahrs dar. Die Analyse der finanziellen Veränderung beschränkt sich auf die Jahre 2005-2008. Beim Vergleich sind die Vorzeichen wie folgt zu lesen: Ein Minuszeichen stellt eine Verschlechterung des IFAP 2005-2009 gegenüber dem Vorjahr dar (Aufwand-/Ausgabensteigerung oder Ertrags-/Einnahmenreduktion). Ein Pluszeichen entspricht folglich einer Verbesserung. Wesentliche Veränderungen zum IFAP 2004-2008 ergeben sich in den Hauptaufgaben aufgrund der Einführung der Anlagebuchhaltung und der höheren Abschreibungen des Verwaltungsvermögens. Die Detailzahlen dazu sind in den Veränderungen zu den Hauptaufgaben aufgeführt.

Im Zahlenteil haben wir wie bisher die beschlossenen Vorhaben eingerechnet. Gleichzeitig haben wir auch erwartete Kostenentwicklungen, die keiner ausdrücklichen Beschlüsse unseres Rates bedürfen, eingerechnet (z.B. Kostenentwicklung des medizinischen Bedarfs, Konkordatsbeiträge aufgrund der prognostizierten Schüler- und Studierendenzahlen).

Wir haben neu alle beschlossenen und eingerechneten Vorhaben, alle geplanten Vorhaben und alle Gesetzesänderungen mit einer Identifikationsnummer versehen. Das ermöglicht die Verknüpfung dieses Teils mit dem Kapitel „VI. Vorgaben der Regierung und Massnahmen zum Legislaturprogramm 2003-2007“ und kann auch für die interne Führung verwendet werden. Das Nummerierungssystem hat folgende Bedeutung:

- | | | |
|-----------|--|-----------------------------------|
| 1. Stelle | zeigt den betroffenen Hauptaufgabenbereich | 4.x.x (=Gesundheit) |
| 2. Stelle | zeigt die Art des Vorhabens | x.1.x (=Beschlossen/Eingerechnet) |
| | | x.2.x (=Geplant) |
| | | x.3.x (=Gesetzesänderungen) |

3. Stelle ist die laufende Nummerierung innerhalb der Kategorie, welche sich aus der 1. und 2. Stelle ergibt (z.B. 4.1.x bei allen beschlossenen und eingerechneten Vorhaben im Hauptaufgabenbereich Gesundheit).

Die Investitionen für kantonale Hochbauten haben im IFAP in den letzten Jahren immer wieder zu Diskussionen und Missverständnissen geführt. Für diese Investitionen wird jeweils ein Globalkredit gewährt. Das Amt für Hochbauten und Immobilien erstellt in Zusammenarbeit mit den Departementen eine rollende Mittelfristplanung. Die Ergebnisse dieser Planung fliessen in den IFAP ein, indem wir die grössten Projekte namentlich aufführen. Zahlenmässig sind in der Mittelfristplanung die beschlossenen, die geplanten und weitere kleinere, im IFAP nicht erwähnte Projekte enthalten. Wie der Tabelle im Kapitel „X. Investitionen kantonale Hochbauten“ entnommen werden kann, übersteigen die Kosten für Investitionsprojekte die zur Verfügung stehenden Globalbudgets. Dies ist jedoch normal und war bereits vor der Einführung des IFAP der Fall. Dennoch kann jeweils ein grosser Teil der geplanten Projekte realisiert werden.

3. Ausblick

Wir werden den IFAP in den nächsten Jahren weiterentwickeln und den Teil „VII. Aufgaben und Finanzen“ ausbauen. Mit dem Einbezug der parlamentarischen Begleitgruppe New Public Management (BG NPM) stellen wir sicher, dass bei dieser Weiterentwicklung die Bedürfnisse Ihres Rates berücksichtigt werden. Wir werden dabei darauf achten, dass das Dokument bezüglich Umfang und Informationsgehalt eine effiziente Vorbereitung und Behandlung durch Ihren Rat ermöglicht.

VIII. Aufgaben und Finanzen

Übersicht

(in Mio. Franken)

In Mio. Franken	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	% ¹
Laufende Rechnung								
Gesamte Verwaltung								
Aufwand	3'138.9	3'197.1	3'320.7	3'383.7	3'447.4	3'517.1	3'577.7	7.7
Ertrag	3'135.1	3'197.2	3'305.4	3'349.8	3'409.4	3'500.8	3'562.5	7.7
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.9	-0.1	15.2	33.9	38.0	16.2	15.2	
Investitionsrechnung								
Gesamte Verwaltung								
Ausgaben	354.7	304.3	321.5	313.0	361.3	288.7	289.8	-9.8
Einnahmen	125.4	126.2	145.5	132.0	168.3	81.1	81.9	-43.7
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	229.2	178.1	175.9	180.9	193.0	207.6	207.9	
Staatsbeiträge								
Gesamte Verwaltung								
Laufende Rechnung								
Aufwand	982.8	1'020.4	1'080.3	1'121.1	1'147.2	1'180.4	1'205.4	11.6
Ertrag	489.0	502.0	528.5	545.3	560.4	577.7	596.0	12.8
Aufwand-/Ertragsüberschuss	493.8	518.4	551.8	575.8	586.8	602.7	609.5	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	31.9	31.3	28.6	27.9	34.5	31.9	31.9	11.7
Einnahmen	98.1	105.1	107.9	105.1	141.4	54.2	55.0	-49.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-66.2	-73.8	-79.3	-77.3	-107.0	-22.3	-23.1	

¹ Diese Spalte zeigt in dieser und in allen nachfolgenden Zeitreihenvergleichen immer die Veränderung zwischen den Jahren 2005 und 2009 in Prozenten.

0. Allgemeine Verwaltung

Zuteilung der Leistungsgruppen der Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
01 Legislative und Exekutive	Grosser Rat	Staatskanzlei	SK
	Regierungsrat	Staatskanzlei	SK
02 Allgemeine Verwaltung	Finanzkontrolle	Finanzkontrolle	SK
	Publikationen	Staatskanzlei	SK
	Departementssekretariat	Departementssekretariat BUWD	BUWD
	Departementsführung und Dienstleistungen Departementssekretariat	Departementssekretariat FD	FD
	Dienstleistungen Informatikgesamtverantwortlicher	Departementssekretariat FD	FD
	Ertrag aus Leistungsgruppe „Sonderbereich“	Departementssekretariat FD	FD
	Finanzdienstleistungen	Amt für Finanzdienstleistungen	FD
	Verschiedene Positionen aus der Leistungsgruppe „Sonderbereiche“	Amt für Finanzdienstleistungen	FD
	Finanzverwaltung	Finanzverwaltung	FD
	Steuerverwaltung	Steuerverwaltung	FD
	Bau- und Immobilienmanagement	Amt für Hochbauten und Immobilien	FD
	Personalmanagement	Personalamt	FD
	Sonderbereich	Personalamt	FD
	OID	Organisations- und Informatikdienste	FD
	Statistik	Amt für Statistik	FD
	Departementsführung und Dienstleistungen	Departementssekretariat JSD	JSD
	Besondere Dienstleistungen (exkl. Sport-Toto)	Departementssekretariat JSD	JSD
	Regierungsstatthalter	Regierungsstatthalter	JSD
	Aufsicht, Vollzug und Beratung	Amt für Gemeinden	JSD
	Gemeindeentwicklung, Teil Verwaltung	Amt für Gemeinden	JSD
	Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht	Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht	JSD
	Dienstleistungen	Staatsarchiv	JSD
	Forschen und publizieren	Staatsarchiv	JSD
	Abschreibungen auf Strassen und Ertrag aus Steuern	Verkehr und Infrastruktur	BUWD
	Aufwand für Übertrag Steuern	Strassenverkehrsamt	JSD
03 Leistungen Pensionierte	Sonderbereich, Teil Magistratenpensionsordnung	Finanzverwaltung	FD
09 Nicht aufteilbare Aufgaben	Staats- und Mietliegenschaften	Amt für Hochbauten und Immobilien	FD
	Sonderbereich, Teil Versicherungen	Finanzverwaltung	FD

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2004-2008

a) Inhaltliche Veränderungen

Im Vergleich zum IFAP 2004-2008 haben sich folgende wesentliche inhaltliche Veränderungen ergeben:

Organisatorische Anpassungen	-
Mutationen der Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> - Wir verzichten auf die Nennung einzelner Informatik-Projekte. - Kauf Seminar Baldegg / Verkauf Kantonsschule Hochdorf wurde beschlossen und ist im Budget 2005 enthalten. - Wir verbuchen den Buchgewinn aus dem Baurechtszins des Seminars Hitzkirch nicht einmalig, sondern gestaffelt über die Baurechtsdauer. - Wir haben die Teilrevision des Finanzhaushaltgesetzes verschoben.
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	- Totalrevision Gemeindegesetz.
Neue Gesetzesänderungen	-

b) Veränderungen der finanziellen Entwicklung der Jahre 2005-2008

(alle Beträge in Mio. Franken)	2005	2006	2007	2008
Laufende Rechnung				
- Aufwand:				
IFAP 2004-2008	311.4	313.3	321.0	324.0
IFAP 2005-2009	337.6	342.7	339.9	345.1
Veränderung	-26.2	-29.4	-18.9	-21.1
- Ertrag:				
IFAP 2004-2008	223.9	237.0	230.6	233.7
IFAP 2005-2009	290.6	285.0	288.0	293.2
Veränderung	66.7	48.0	57.4	59.5
Begründung:				
<ul style="list-style-type: none"> - Durch die Anlagebuchhaltung nimmt der Aufwand 2005 gegenüber dem IFAP 2004-2008 um 13,5 Mio. Fr. zu. - Die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer führt zu einer Aufwand- und Ertragssteigerung von je über 10 Mio. Fr. - Wir verbuchen den Ertrag aus kalkulatorischen Zinsen von 41,6 Mio. Fr. neu in der Hauptaufgabe „Allgemeine Verwaltung“ (vorher „Finanzen und Steuern“). - Im Ertrag 2005 ist neu ein Buchgewinn von 8,7 Mio. Fr. enthalten (Kantonsschule Hochdorf). 				
Investitionsrechnung				
- Ausgaben:				
IFAP 2004-2008	23.0	10.2	8.8	8.7
IFAP 2005-2009	9.9	8.5	8.6	8.8
Veränderung	13.1	1.7	0.2	-0.1
- Einnahmen:				
IFAP 2004-2008	11.2	1.2	1.2	1.2
IFAP 2005-2009	0.5	0.2	0.2	0.2
Veränderung	-10.7	-1.0	-1.0	-1.0
Begründung:				
<ul style="list-style-type: none"> - Kürzung der Informatikinvestitionen 2005 und 2006 gegenüber dem IFAP 2004-2008. - Die Verbuchung des Kaufs des Seminars Hitzkirch und der Verkauf der Kantonsschule Hochdorf waren im IFAP 2004-2008 zu Lasten der Hauptaufgabe „Allgemeine Verwaltung“ vorgesehen. Neu wird dieser Kauf analog dem Globalkredit für kantonale Hochbauten auf verschiedene Hauptaufgaben verteilt. 				
Staatsbeiträge (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung)				
- Aufwand/Ausgaben				
IFAP 2004-2008	2.5	2.5	2.5	2.5
IFAP 2005-2009	3.2	6.8	0.8	0.8
Veränderung	-0.7	-4.3	1.7	1.7

- Ertrag/Einnahmen				
IFAP 2004-2008	0.5	0.5	0.5	0.5
IFAP 2005-2009	0.4	0.5	0.5	0.5
Veränderung	-0.1	-	-	-
Begründung:				
- Die Fusionsbeiträge an Gemeinden betragen im Jahr 2006 6 Mio. Fr. Im IFAP 2004-2008 waren nur 1,5 Mio. Fr. vorgesehen. Dafür sind ab 2007 keine Gelder für Fusionsbeiträge mehr eingestellt.				

Generelle Entwicklung

Wir werden Ende 2005 die flächendeckende Einführung der Wirkungsorientierten Verwaltung (WOV) abschliessen. Wir nehmen die Einführung von WOV dezentral vor. Die Departemente und Dienststellen werden dabei von der Geschäftsstelle WOV unterstützt.

Wir bereiten die Ersatzbeschaffung eines neuen Personalinformationssystems für alle Bereiche der kantonalen Verwaltung vor. Wir streben ein integriertes Gesamtsystem an, das für die verschiedenen Aufgaben wie Personalbeschaffung, Lohn- und Gehaltsadministration und Personalcontrolling eine prozessorientierte Verarbeitung ermöglicht und die vorhandenen Risiken senkt.

Die Verfassungskommission hat einen Entwurf zur Totalrevision der Staatsverfassung in die Vernehmlassung gegeben. Die Regierung wird sich nach Abschluss der Vernehmlassung zum Entwurf äussern. Die Volksabstimmung ist auf September 2007 vorgesehen.

Vorhaben und Projekte

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken
Beschlossene / einberechnete Vorhaben			
0.1.1 Ablösung des Personalinformationssystems LUPIS; Reduktion der Betriebskosten gegenüber bisheriger Lösung	ab 2006	- 1,9	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
0.2.1 Internet-Auftritt Wahlen und Abstimmungen	2006 - 2007	0,4	
Gesetzesänderungen			
0.3.1 SRL Nr. 1: Totalrevision Staatsverfassung	bis 2007	1,1	

Laufende Rechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Aufwand	327.2	306.1	337.6	342.7	339.9	345.1	348.1	3.1
Ertrag	241.6	219.0	290.6	285.0	288.0	293.2	296.3	2.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	85.6	87.1	47.1	57.8	51.8	52.0	51.8	
01 Legislative und Exekutive								
Aufwand	2.6	2.6	3.1	3.1	3.1	3.2	3.2	
Ertrag	0.1	-	2.5	2.6	2.6	2.6	2.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.5	2.6	0.5	0.5	0.5	0.6	0.6	
02 Allgemeine Verwaltung								
Aufwand	317.1	241.3	266.7	271.4	267.7	270.1	272.1	
Ertrag	167.3	107.4	169.5	171.4	173.3	175.2	177.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	149.8	133.9	97.2	100.0	94.4	94.9	95.0	
03 Leistungen für Pensionierte								
Aufwand	4.3	6.4	6.0	6.0	6.1	6.2	6.3	
Ertrag	0.2	0.7	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	4.1	6.4	6.0	6.0	6.1	6.2	6.3	
09 Nicht aufteilbare Aufgaben								
Aufwand	3.1	55.8	61.9	62.2	63.0	65.7	66.5	
Ertrag	74.0	111.6	118.5	111.0	112.2	115.3	116.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-70.8	-55.8	-56.6	-48.8	-49.2	-49.6	-50.1	
Investitionsrechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Ausgaben	58.9	11.0	9.9	8.5	8.6	8.8	8.8	-11.9
Einnahmen	3.5	1.2	0.5	0.2	0.2	0.2	0.2	-65.3
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	55.4	9.8	9.4	8.3	8.5	8.6	8.6	
Staatsbeiträge	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	1.5	0.9	3.2	6.8	0.8	0.8	0.4	-88.1
Ertrag	25.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	4.5
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-23.8	0.7	3.0	6.6	0.6	0.6	0.1	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	0.2	0.2	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2	64.9
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-0.2	-0.2	-0.1	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	

1. Öffentliche Sicherheit

Zuteilung der Leistungsgruppen Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
10 Rechtsaufsicht	Geoinformation/Vermessung	Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi)	BUWD
	Ist 2005 noch nicht WOV	Grundbuchinspektorat	Gerichte
	Sind 2005 noch nicht WOV	Grundbuchämter	Gerichte
	Schlichtungsbehörde Miete und Pacht	Schlichtungsbehörde Miete und Pacht	JSD
	Handelsregisteramt	Handelsregisteramt	JSD
	Aufenthalt und Niedergelassene	Amt für Migration	JSD
	Asyl	Amt für Migration	JSD
	Sind 2005 noch nicht WOV	Konkursämter	Gerichte
	Ist 2005 noch nicht WOV	Schätzungskommission	Gerichte
	Teil Passbüro	Kantonspolizei	JSD
11 Polizei	Technische Verkehrssicherheit	Strassenverkehrsamt	JSD
	Administrative Verkehrssicherheit	Strassenverkehrsamt	JSD
	Verkehrs- und Schiffssteuern (ohne Ertrag Motorfahrzeugsteuer)	Strassenverkehrsamt	JSD
	Besondere Dienstleistungen	Strassenverkehrsamt	JSD
	Kriminalpolizei	Kantonspolizei	JSD
	Verkehrspolizei	Kantonspolizei	JSD
	Sicherheitspolizei	Kantonspolizei	JSD
	Gastgewerbe und Gewerbepolizei	Kantonspolizei	JSD
	Polizeischule Zentralschweiz	Kantonspolizei	JSD
12 Rechtssprechung	Staatsanwaltschaft	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	5 Amtsstatthalterämter	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	Jugendanwaltschaft	Strafverfolgungsbehörden	JSD
	Ist 2005 noch nicht WOV	Obergericht	Gerichte
	Ist 2005 noch nicht WOV	Kriminalgericht	Gerichte
	Ist 2005 noch nicht WOV	Arbeitsgericht	Gerichte
	Sind 2005 noch nicht WOV	Amtsgerichte	Gerichte
	Ist 2005 noch nicht WOV	Verwaltungsgericht	Gerichte
13 Strafvollzug	Untersuchungshaft	Grosshof	JSD
	Straf- und Massnahmenvollzug inkl. Vorbereitungs- und Ausschaffungshaft	Grosshof	JSD
	Halboffener Strafvollzug	Strafanstalt Wauwilermoos	JSD
	Betriebe	Strafanstalt Wauwilermoos	JSD
	Vollzugs- und Bewährungsdienste	Vollzugs- und Bewährungsdienste	JSD
14 Feuerwehr	Geringe Beiträge an bzw. von einzelnen Dienststellen		BUWD/FD
15 Militärische Landesverteidigung	Logistik und Betriebe (Teil Militär)	Amt für Militär und Zivilschutz	JSD
	Wehrpflicht	Amt für Militär und Zivilschutz	JSD
16 Zivile Landesverteidigung	Logistik und Betriebe (Teil Zivilschutz)	Amt für Militär und Zivilschutz	JSD
	Schutz und Einsatz	Amt für Militär und Zivilschutz	JSD

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2004-2008

a) Inhaltliche Veränderungen

Im Vergleich zum IFAP 2004-2008 haben sich folgende wesentliche inhaltliche Veränderungen ergeben:

Organisatorische Anpassungen	<ul style="list-style-type: none"> - Integration des Amtes für Gastgewerbe in die Kantonspolizei / Gewerbepolizei - Zusammenlegung Amt für Militär und Zivilschutz. - Zusammenlegung Schutzaufsicht- und Fürsorgeamt und Straf- und Massnahmenvollzug zu Vollzugs- und Bewährungsdienste. - Organisatorische Zusammenlegung der Strafverfolgungsbehörde zu einem Buchungskreis (Juga, Staatsanwaltschaft und Amtstatthalter).
Mutationen der Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> - 2. Phase Personalaufstockung Kantonspolizei wurde auf 16 zusätzliche Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen reduziert. - Wir verzichten auf den Umzug des Amtes für Zivilschutz nach Sempach. - Wir haben diverse neue Projekte und Bauvorhaben in den IFAP 2005-2009 aufgenommen.
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	<ul style="list-style-type: none"> - SRL Nr. 370: Teilrevision des Gesetzes über zivile Schutzmassnahmen.
Neue Gesetzesänderungen	<ul style="list-style-type: none"> - SRL Nr. 40: Revision des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege. - SRL Nr. 305: Revision des Gesetzes über die Strafprozessordnung.

b) Veränderungen der finanziellen Entwicklung der Jahre 2005-2008

(alle Beträge in Mio. Franken)	2005	2006	2007	2008
Laufende Rechnung				
- Aufwand:				
IFAP 2004-2008	213.1	213.1	215.3	218.4
IFAP 2005-2009	220.9	225.7	229.4	232.6
Veränderung	-7.8	-12.6	-14.1	-14.2
- Ertrag:				
IFAP 2004-2008	126.9	125.1	126.5	128.2
IFAP 2005-2009	135.1	135.9	137.8	139.3
Veränderung	8.2	10.8	11.3	11.1
Begründung: <ul style="list-style-type: none"> - Durch die Anlagebuchhaltung nimmt der Aufwand 2005 gegenüber dem IFAP 2004-2008 um 4,7 Mio. Fr. zu. - Höhere Abgeltung für die Leistungen der Stadtpolizei Luzern. - Mehrertrag durch Erhöhung Schiffs- und Motorfahrzeugsteuern. 				
Investitionsrechnung				
- Ausgaben:				
IFAP 2004-2008	6.3	6.6	8.2	8.7
IFAP 2005-2009	10.6	11.5	10.8	10.8
Veränderung	-4.3	-4.9	-2.6	-2.1
- Einnahmen:				
IFAP 2004-2008	0.2	0.2	0.2	0.2
IFAP 2005-2009	0.7	0.3	0.3	0.3
Veränderung	0.5	0.1	0.1	0.1

Begründung:				
- Investitionen für die amtliche Vermessung von jährlich 3 Mio. Fr. sind neu unter „Sicherheit“ verbucht (im IFAP 2004-2008 in der Hauptaufgabe „Umwelt und Raumordnung“).				
Staatsbeiträge (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung)				
- Aufwand/Ausgaben				
IFAP 2004-2008	0.4	0.4	0.4	0.4
IFAP 2005-2009	1.7	1.7	1.7	1.7
Veränderung	-1.3	-1.3	-1.3	-1.3
- Ertrag/Einnahmen				
IFAP 2004-2008	0.5	0.5	0.5	0.6
IFAP 2005-2009	0.3	0.4	0.4	0.4
Veränderung	-0.2	-0.1	-0.1	-0.2
Begründung:				
- Die von der Leistungsgruppe Gastgewerbe und Gewerbepolizei ausgerichteten Staatsbeiträge sind neu unter „Sicherheit“ verbucht (im IFAP 2004-2008 in der Hauptaufgabe „Volkswirtschaft“).				

Generelle Entwicklung

Wir haben das Projekt Interkantonale Polizeifachschule Hitzkirch (IPH) zügig vorangetrieben. Das Konzept ist beschlossen, die Umsetzungsarbeiten sind geplant und können gestartet werden. Wegen der Beitrittsverzögerungen in einzelnen Kantonen kann die neue Schule mit rund 350 Auszubildenden nicht wie geplant im Jahr 2006 sondern vermutlich erst im Jahr 2007 starten. Wegen der beachtlichen Investitionskosten ist mit einer Erhöhung der Betriebsbeiträge zu rechnen.

Nach dem Entscheid des Bundesrates zum Bericht USIS (Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit der Schweiz) ist die Erweiterung der polizeilichen Zusammenarbeit mit dem Bund in Frage gestellt. Wir konzentrieren uns vor allem auf die Zusammenarbeit mit den kantonalen Polizeikörpern, auch über die Zentralschweiz hinaus.

Mit der auf den 1. Januar 2006 geplanten Inkraftsetzung des Allgemeinen Teils des schweizerischen Strafgesetzbuches (AT StGB) erfahren die Strafverfolgung und der Strafvollzug markante Neuerungen. Kurzstrafen bis zu 6 Monaten werden durch Geldstrafen oder gemeinnützige Arbeit ersetzt, was zu Kosteneinsparungen im Strafvollzug führen wird. Demgegenüber wird der Aufwand für die Abklärung der finanziellen Verhältnisse des Täters für die Festlegung der Geldstrafe stark ansteigen. Die Untersuchungsbehörden sind dafür personell zu verstärken. Das neue Recht schreibt weitaus mehr als heute die Einholung von psychiatrischen Gutachten vor. Netto rechnen wir mit jährlichen Mehrkosten von einer Million Franken.

Auch bei den Gerichten führt die Revision des AT StGB zu einem Mehraufwand. Auch die vorgesehene eidgenössische Strafprozessordnung, die eidgenössische Zivilprozessordnung und die Revision des Vormundschaftsrechts werden zu wesentlichen Mehraufgaben für das Obergericht und die erstinstanzlichen Gerichte führen.

Es ist vorgesehen, dass die Rechtsweggarantie zusammen mit dem Bundesgerichtsgesetz in Kraft treten wird (frühestens 1. Januar 2007). Welche Auswirkungen dies auf die Tätigkeit der Gerichte - zusätzliche Fälle, umfassendere Prüfung - haben wird, kann heute noch nicht abgeschätzt werden. Insgesamt wird aber dieser Umstand eine Erhöhung des Personalbestandes erfordern.

Das Inkrafttreten des Geoinformationsgesetzes (GIG, SRL Nr. 29) veränderte die Ausgangslage in der Geoinformation und Vermessung sehr stark. Die Kantonalisierung des Vermessungswesens und der grosse Bedarf der Erneuerung der amtlichen Vermessung machen weiterhin Investitionen von jährlich 3 Millionen Franken notwendig.

Die Entwicklung der Fahrzeugbestände wirkt sich auf das Auftragsvolumen des Strassenverkehrsamtes bei den periodischen Fahrzeugprüfungen aus. Eine jährliche Zunahme von 2 Prozent bei den Personenwagen ergibt für die erste Nachprüfung (4 Jahre nach der 1. Inverkehrsetzung) einen zusätzlichen Arbeitsaufwand von ca. 1500 Stunden. Dies entspricht praktisch der Nettoarbeitsleistung eines Experten. Kommt noch hinzu, dass die EU eine Verkürzung der heutigen Prüfintervalle für Lieferwagen plant. In den letzten drei Jahren konnte der Expertenbestand kontinuierlich aufgestockt werden.

Im Infrastrukturbereich besteht beim Strassenverkehrsamt Investitionsbedarf. Die Situation hat sich inzwischen verschärft, nachdem das Projekt Schwerverkehrskontrollzentrum Reiden auf unbestimmte Zeit sistiert ist und auch der Bau einer Filiale Sursee finanzpolitisch kaum Chance hat. Wir werden versuchen, in den nächsten Jahren die bestehenden (gemieteten) Infrastrukturen auszubauen und besser zu nutzen.

Vorhaben und Projekte

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben			
1.1.1 Erhöhung der Abschreibungskosten bei den Gerichten	ab 2006	2,0	
1.1.2 Zivilschutz; Ertragsausfall durch den Wegfall der Beiträge der Trägerorganisationen an die Ausbildung	ab 2006	4,0	
1.1.3 Strassenverkehrsamt; Personelle Aufstockung des Expertenteams - Erhöhung Personalaufwand - Mehreinnahmen Fahrzeugprüfung	ab 2007	0,7 - 1,6	
1.1.4 2. Phase Personalaufstockung Kantonspolizei gemäss Planungsbericht vom 27. Mai 2002 (Aufstockung um 8 Stellen für 2006)	ab 2006	3,2	
1.1.5 Erhöhung der Abgeltung an die Stadtpolizei Luzern für die Übernahme von kantonalen Polizeiaufgaben	ab 2005	5	
1.1.6 Höhere Ausbildungskosten für auszubildende Polizistinnen und Polizisten an der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch	ab 2007	1,3	
1.1.7 Mehraufwand durch die Umsetzung des allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches (Abklärung der wirtschaftlichen Verhältnisse, forensische Gutachten)	ab 2006	4,2	
1.1.8 Zusätzliche Kosten im Wahljahr 2007	2007	0,5	

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet; Berücksichtigung der Hochbauten gemäss Kapitel X.)			
1.2.1 3. Phase Personalaufstockung Kantonspolizei (Aufstockung um 24 Stellen, je 8 in den Jahren 2007, 2008 und 2009)	2007-2009	4,8	
1.2.2 Kantonspolizei; Erweiterung Büro und Einstellhalle (gesamte Investitionen 7 Mio. Fr.)	2008 - 2011		3,5
1.2.3 Strassenverkehrsamt; Erweiterung Nordanbau	2006 - 2010		2,9
1.2.4 Zeughaus Musegg, Luzern; Umnutzung und Sanierung (gesamte Investitionen 14,5 Mio. Fr.)	2006 - 2010		11,8
1.2.5 Schwerverkehrskontrollzentrum Reiden (Beitrag des Kantons)	2008 - 2009		3,0
1.2.6 Ausbau Fahrzeugprüfstelle Rothenburg	2008		0,7
1.2.7 Kantonspolizei; Gemeinsames Funknetz Polycom (zusammen mit Stadtpolizei und anderen kantonalen Dienststellen; Gesamte Investition 29 Mio. Fr.)	2006 - 2009		13,5
1.2.8 Kantonspolizei; Umrüstung des bestehenden Funknetzes Astro VSELP	2006	0,8	
Gesetzesänderungen			
1.3.1 SRL Nr. 40: Revision des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Umsetzung der Rechtsweggarantie)	2007		
1.3.2 SRL Nr. 305: Revision des Gesetzes über die Strafprozessordnung (Umsetzung des Allgemeinen Teils des schweizerischen Strafgesetzbuches)	2006	4,2 (vgl. 1.1.7)	

Laufende Rechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Aufwand	214.6	212.3	220.9	225.7	229.4	232.6	235.7	6.7
Ertrag	126.2	125.5	135.1	135.9	137.8	139.3	141.3	4.6
Aufwand-/Ertragsüberschuss	88.4	86.8	85.8	89.8	91.6	93.2	94.4	
10 Rechtsaufsicht								
Aufwand	30.5	30.1	33.1	33.1	33.6	34.0	34.4	
Ertrag	29.7	28.3	30.8	31.2	31.5	31.9	32.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.8	1.8	2.2	2.0	2.0	2.1	2.2	
11 Polizei								
Aufwand	91.9	89.3	94.3	96.2	98.9	100.3	101.8	
Ertrag	53.1	52.7	59.4	60.1	61.2	61.9	63.0	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	38.8	36.6	34.9	36.1	37.7	38.5	38.8	
12 Rechtsprechung								
Aufwand	47.0	47.7	47.4	48.3	48.9	49.5	50.1	
Ertrag	19.3	21.4	19.6	19.8	20.0	20.3	20.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	27.7	26.3	27.8	28.5	28.9	29.2	29.6	
13 Strafvollzug								
Aufwand	28.9	29.0	30.8	32.3	32.5	32.9	33.3	
Ertrag	16.0	15.7	16.3	16.5	16.7	16.9	17.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	12.9	13.4	14.5	15.8	15.8	16.0	16.2	
14 Feuerwehr								
Aufwand	0.3	0.5	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	
Ertrag	0.1	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.2	0.4	0.3	0.2	0.3	0.3	0.3	
15 Militärische Landesverteidigung								
Aufwand	9.5	9.5	9.1	9.1	8.9	9.0	9.1	
Ertrag	5.2	5.1	6.2	6.2	6.2	6.2	6.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	4.3	4.8	2.9	2.9	2.7	2.8	2.9	
16 Zivile Landesverteidigung								
Aufwand	6.4	6.1	5.8	6.3	6.4	6.4	6.5	
Ertrag	2.8	2.3	2.6	2.0	2.0	2.1	2.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.7	3.8	3.2	4.3	4.3	4.4	4.4	
Investitionsrechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Ausgaben	7.0	8.9	10.6	11.5	10.8	10.8	11.0	1.4
Einnahmen	-0.4	0.2	0.7	0.3	0.3	0.3	0.3	-61.8
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	7.4	8.7	9.9	11.2	10.5	10.5	10.8	

Staatsbeiträge	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	0.2	0.2	1.5	1.5	1.5	1.5	1.6	4.5
Ertrag	5.3	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	4.5
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-5.1	-0.1	1.3	1.3	1.3	1.3	1.4	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.0
Einnahmen	0.2	0.2	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2	64.9
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-0.0	-0.0	-0.0	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	

2. Bildung

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
21 Volksschule	Organisation und Entwicklung Volksschulbildung, Teil Staatsbeitrag	Amt für Volksschulbildung	BKD
	Lehrmittel	Lehrmittelverlag/DMZ	FD
	Drucksachen-/Materialzentrale	Lehrmittelverlag/DMZ	FD
22 Sonderschulen	Förderung Lern- u. Geistigbehinderter	HPZ Hohenrain	BKD
	Förderung Hör- u. Sprachbehinderter	HPZ Hohenrain	BKD
	Gemeinwirtsch. Dienstleistungen	HPZ Hohenrain	BKD
	Kinder- und Jugendabteilung	HPZ Sunnebüel	BKD
	Erwachsenenbildung	HPZ Sunnebüel	BKD
	Dienstleistungen	HPZ Sunnebüel	BKD
	Teil Sonderschule der Leistungsgruppe „Soziale Massnahmen“	Kantonales Sozialamt	GSD
23 Berufsbildung	Landwirtschaftliche Bildung	LBBZ Hohenrain	BKD
	Dienstleistungen	LBBZ Hohenrain	BKD
	Landwirtschaftliche Bildung	LBBZ Schüpfheim	BKD
	Dienstleistungen	LBBZ Schüpfheim	BKD
	Milchwirtschaftliche Bildung	Milchwirtsch. Bildungszentrum	BKD
	Dienstleistungen	Milchwirtsch. Bildungszentrum	BKD
	Ausbildungsbeiträge	Amt für Berufsbildung	BKD
	Grundausbildung	Je drei Leistungsgruppen bei: - Berufsbildungszentrum Emmen - Berufsbildungszentrum Sursee - Berufsbildungszentrum Willisau	BKD
	Weiterbildung		
	Dienstleistungen		
	Ist 2005 noch nicht WOV	Höhere Fachschule für Tourismus	BKD
	Ausbildungszentrum für Gesundheitsberufe	Ausbildungszentrum für Gesundheitsberufe	BKD
	Hauswirtschaftliche Bildung	Bildungszentrum für Hauswirtschaft	BKD
	Dienstleistungen	Bildungszentrum für Hauswirtschaft	BKD
	Ist 2005 noch nicht WOV	Hochschule für Gestaltung und Kunst	BKD
24 Lehrerausbildung	Ist 2005 noch nicht WOV	Kindergartenseminar	BKD
	Mittelschulbildung	Pädagogisches Ausbildungszentrum Musegg	BKD
	Gemeinwirtschaftliche Dienstleistungen	Pädagogisches Ausbildungszentrum Musegg	BKD
25 Allgemeinbildende Schulen	Mittelschulbildung	Je beide Leistungsgruppen bei: - Kantonsschule Beromünster - Kantonsschule Luzern - Kantonsschule Reussbühl - Kantonsschule Schüpfheim - Kantonsschule Sursee - Kantonsschule Willisau - Kantonale Mittelschule Seetal	BKD
	Gemeinwirtschaftliche Dienstleistungen		
27 Hochschule und Forschung	Ist 2005 noch nicht WOV	Katechetisches Institut	BKD
	Staatsbeitrag Microcenter Zentralschweiz	Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi)	BUWD

29 Übriges Bildungswesen	Departementssekretariat BKD (die ausgerichteten Staatsbeiträge werden grösstenteils anderen Aufgabenbereichen zugeteilt).	Departementssekretariat BKD	BKD
	Organisation und Entwicklung Volksschulbildung (exkl. Staatsbeitrag)	Amt für Volksschulbildung	BKD
	Personaladministration	Amt für Volksschulbildung	BKD
	Fachstelle für Schulevaluation	Fachstelle für Schulevaluation	BKD
	Fachstelle für Schulberatung	Fachstelle für Schulberatung	BKD
	Informatik Kompetenzzentrum	Informatik Kompetenzzentrum	BKD
	Berufsbildung	Amt für Berufsbildung	BKD
	Ausbildungsbeiträge	Amt für Berufsbildung	BKD
	Information	Berufs- und Studienberatung	BKD
	Beratung	Berufs- und Studienberatung	BKD

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2004-2008

a) Inhaltliche Veränderungen

Im Vergleich zum IFAP 2004-2008 haben sich folgende wesentliche inhaltliche Veränderungen ergeben:

Organisatorische Anpassungen	-
Mutationen der Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> - Mehrkosten der Besoldungsrevision für Lehrpersonen sind neu eingerechnet (kantonale Lehrer und Volksschullehrer). - Erwartete Mehrkosten in den Kantonsschulen, in der Berufsbildung, bei der FHZ, bei den IUV-Beiträgen und der Uni Luzern sind neu einberechnet. - Projekte gemäss Planungsbericht „Schulentwicklung nach 2005“ sind neu eingerechnet.
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	-
Neue Gesetzesänderungen	- Revision Volksschulbildungsgesetz

b) Veränderungen der finanziellen Entwicklung der Jahre 2005-2008

(alle Beträge in Mio. Franken)	2005	2006	2007	2008
Laufende Rechnung				
- Aufwand:				
IFAP 2004-2008	647.5	660.2	675.2	689.5
IFAP 2005-2009	673.7	692.1	710.7	727.5
Veränderung	-26.2	-31.9	-35.5	-38.0
- Ertrag:				
IFAP 2004-2008	167.8	169.7	171.6	174.1
IFAP 2005-2009	177.0	177.3	179.3	181.4
Veränderung	9.2	7.6	7.7	7.3

Begründung:

- Durch die Anlagebuchhaltung nimmt der Aufwand 2005 gegenüber dem IFAP 2004-2008 um 6,8 Mio. Fr. zu.
- Aufgrund der Analyse der Rechnung 2003 mussten die Aufwändungen der Kantonsschulen, der Berufsschulen und der tertiären Bildung ab 2005 nach oben angepasst werden.
- Wir haben die neue Besoldungsordnung für Lehrpersonen und diverse Projekte in der Volksschule neu eingerechnet. Dadurch nehmen die Aufwändungen für die Volksschule zu.
- Die erwarteten Mehrkosten in der Berufsbildung und in der tertiären Bildung sind gegenüber dem IFAP 2004-2008 gestiegen.

Investitionsrechnung

- Ausgaben:				
IFAP 2004-2008	37.9	39.2	39.3	38.3
IFAP 2005-2009	39.0	36.0	36.8	35.5
Veränderung	-1.1	3.2	2.5	2.8
- Einnahmen:				
IFAP 2004-2008	1.7	1.7	1.7	1.7
IFAP 2005-2009	5.4	1.9	1.9	1.9
Veränderung	3.7	0.2	0.2	0.2

Begründung:

- Kauf des Seminars Baldegg und Verkauf der Kantonsschule Hochdorf werden zu 40 Prozent hier verbucht. Dies führt 2005 zu höheren Ausgaben und Einnahmen als im IFAP 2004-2008.
- Die übrigen Investitionen sind geringer als im IFAP 2004-2008.

Staatsbeiträge (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung)

- Aufwand/Ausgaben				
IFAP 2004-2008	318.9	330.2	336.3	345.5
IFAP 2005-2009	344.8	362.0	375.9	384.5
Veränderung	-25.9	-31.8	-39.6	-39.0
- Ertrag/Einnahmen				
IFAP 2004-2008	92.3	93.3	94.4	95.8
IFAP 2005-2009	95.8	96.1	97.2	98.4
Veränderung	3.5	2.8	2.8	2.6

Begründung:

Vgl. Begründungen zur Laufenden Rechnung

Generelle Entwicklung

Die Volksschulen werden bis 2005 und darüber hinaus mit der Umsetzung des Volksschulbildungsgesetzes und des Projektes "Schulen mit Profil" beschäftigt sein. Darüber hinaus werden die Erkenntnisse aus dem Vorhaben "Schule in Diskussion" und die diesbezüglichen Parlamentsdiskussionen (Planungsbericht zur Volksschule) die "Schulentwicklung nach 2005" bestimmen. Zu entscheiden sind insbesondere die Sprachenfrage, die künftigen Unterrichtsinhalte, die Ausgestaltung der Basisstufe und die Verbesserung der schulischen Rahmenbedingungen.

Im Mittelschulbereich geht es darum, Strukturen und Inhalte der gymnasialen Ausbildung zu überprüfen, bevor teure Neuinvestitionen vorgenommen werden. Daneben sind die Infrastrukturen den erhöhten Anforderungen des neuen Maturitäts-Anerkennungs-Reglementes MAR anzupassen. Im Seetal sollen alle Mittelschulen in Baldegg konzentriert werden. Ausserdem ist die Etablierung eines Qualitätssicherungssystems an den Gymnasien vordringlich.

Im Berufsbildungsbereich müssen in den nächsten Jahren in sämtlichen Berufen neue Bildungsverordnungen (bisher: Ausbildungsreglemente) umgesetzt werden, was die beteiligten Berufsbildungspartner (Berufsfachschulen, Betriebe und Berufsverbände) stark fordern wird. Um optimale Voraussetzungen für die Umsetzung des neuen schweizerischen Berufsbildungsgesetzes zu schaffen, werden Strukturen und Organisation der Berufsfachschulen bis 2007 angepasst und auf die künftigen Anforderungen ausgerichtet. Für die Fachmittelschulen (ehemals Diplommittelschulen) werden neue Ausbildungswege gestaltet.

Im Hochschulbereich soll die Zusammenarbeit und Vernetzung der verschiedenen Schulen auf dem Platz Luzern enger und effizienter werden. Die Pädagogische Hochschule Luzern wird nach ihrem Start im Herbst 2003 ihren Betrieb schrittweise zum Vollausbau führen. Ausserdem stehen der Neubau der Universität und der Ausbau der Zentral- und Hochschulbibliothek an.

Die Errichtung der Universität, die fünf jungen Hochschulen der Fachhochschule Zentralschweiz und die im Herbst 2003 erfolgreich gestartete Pädagogische Hochschule eröffnen Chancen, nicht zuletzt im Beschreiten neuer Wege und im Zusammenwirken aller Hochschulinstitutionen in einem CAMPUS Luzern. Die Universität hat an allen Fakultäten Studiengänge nach dem Bachelor/Master-System eingeführt, und die Fachhochschulen starten 2005 mit den Bachelor-Studiengängen. Die Pädagogische Hochschule wird mit ihren innovativen Konzepten die Ausbildung der Volksschullehrpersonen qualitativ verbessern und mit starkem Praxisbezug versehen.

Vorhaben und Projekte

				Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben						
2.1.1	Vermehrter Einsatz von mobilen Geräten mit drahtloser Vernetzung (alle kantonalen Schulen, Sammelkredit)			ab 2006	1,4	
2.1.2	Mehrkosten der neuen Besoldungsordnung (jährliche Kosten 6 Mio. Fr., davon 2 Mio. Fr. bereits ab 2005)			ab 2005	16	
2.1.3	Kosten für Projekte gemäss Planungsbericht „Schulentwicklung nach 2005“:					
	- Projekt Englisch Primarstufe			ab 2005	2	
	- Projekt Lehrplan Ethik und Religionen			ab 2005	0,4	
	- Projekt Lehren und Lernen			ab 2006	1	
	- Projekt Basisstufe			ab 2005	2,8	
	- Projekt Schulsozialarbeit			ab 2006	1,8	
	- Projekt Rahmenbedingungen für einzelne Schulen			ab 2006	2,8	
2.1.4	Höherer Personalaufwand aufgrund Mehrklassen an den Kantonsschulen (eine zusätzliche Klasse kostet jährlich 0,4 Mio. Fr.)					
	- Kantonsschule Luzern			ab 2005	5,2	
	- Kantonsschule Reussbühl			ab 2005	4,3	
	- Kantonsschule Schüpfheim			ab 2005	1,6	
2.1.5	Kostenreduktion durch Beendigung der seminaristischen Lehrerausbildung (unten stehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten):					
		2005	2006	2007 und folgende		
	Kantonale Mittelschule Seetal *	9,9	9,9	9,3	stufenweise bis 2007	-1,8
	Päd. Ausbildungszentrum Musegg *	12,1	11,1	10,7		-5,2
	Kindergartenseminar	1,3	0,7	0,0		-4,5
	Seminar Baldegg	1,0	0,0	0,0		- 4
* Diese Schulen führen gleichzeitig Kurzzeitgymnasien. Die Kosteneinsparung der seminaristischen Ausbildung wird durch Mehrklassen im Gymnasiums-bereich reduziert.						

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken				
2.1.6 Veränderungen in der Berufsbildung							
- Höhere Kosten durch die Umsetzung des eidg. Berufsbildungsgesetzes an den kantonalen Berufsschulen (v.a. Personalaufwand)	ab 2006	5,6					
- Höhere Beiträge an Schulabkommen	ab 2006	15,3					
- Höhere Beiträge an private Schulträger	ab 2006	21,3					
- Kosteneinsparung durch Berufsschulplanung und Dienststellenorganisation	ab 2005	- 1,2					
- Höhere Beiträge an Berufsschulbauten (exkl. Sanierung Baumeisterzentrum Oberkirch)	ab 2006		1,2				
2.1.7 Mehrkosten in der tertiären Bildung (unten stehende Tabelle zeigt die gesamten Kosten):							
	2005	2006	2007	2008	2009		
Staatsbeitrag an FHZ	33,7	35,7	36,7	37,7	38,7	14	
Grundbeitrag Uni Luzern *	6,9	7,5	7,5	7,5	7,5	2,4	
IUV-Beitrag an Uni Luzern	5,0	6,5	8,0	9,0	9,0	12,5	
Übrige IUV-Beiträge	36,0	39,5	43,0	45,0	47,0	30,5	
Aufbau Pädagogische Hochschule Luzern	18,4	21,0	24,1	26,0	28,0	26,5	
* Ist Gegenstand von laufenden Verhandlungen; die Universität Luzern hat einen neuen Grundbeitrag von 9 Millionen Franken in die Diskussion eingebracht.							
2.1.8 Kantonsschule Luzern: Erweiterungsbau (Investitionskosten insgesamt 4,3 Mio. Fr.)	2005-2006						0,3
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet; Berücksichtigung der Hochbauten gemäss Kapitel X.)							
2.2.1 Schulnetz im Kanton Luzern (mögliche Ablösung des Swisscom Gratis-Angebots)	ab 2007	5,6					
2.2.2 Renaissance des Lehrerberufs	ab 2006	14					
2.2.3 Realisierung Höhere Fachschule für Gesundheit in der Zentralschweiz (Ablösung bisheriger Ausbildungen des Ausbildungszentrums für Gesundheitsberufe)	ab 2006	4,9					

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken
2.2.4 Kantonsschule Luzern; Neubau Bibliothek	2008 - 2009		5,5
2.2.5 Neue Schulanlage Agglomeration Luzern (Miete)	2007 - 2009		10
2.2.6 Universität Luzern / Neubau (Projekt Kasernenplatz: Investitionskosten 46 Mio. Fr. netto bzw. 71 Mio. Fr. brutto)	2005 - 2012		25
2.2.7 Kantonsschule Reussbühl; Neubau Turn- und Spielhalle	2006 - 2008		4,5
2.2.8 Kantonsschule Schüpfheim; Erweiterung Naturwissenschaftliche Schulräume (Investitionskosten gesamt 2,8 Mio. Fr.)	2004 - 2006		1,5
2.2.9 Schulgebäude Sentimatt Luzern; Ausbau und Erweiterung (Investitionskosten insgesamt 20 Mio. Fr.)	2006 - 2010		13,5
2.2.10 Kantonsschule Seetal, Baldegg			
- Umnutzung / Sanierung 1. Etappe	04-05		0,3
- Umnutzung / Sanierung 2. Etappe	06-07		2
- Neubau Dreifachturnhalle	06-07		2,8
2.2.11 Berufsbildungszentrum Sursee; Erweiterung	2005 - 2008		10
2.2.12 Berufsbildungszentrum Sursee; Neubau Dreifachturnhalle	2007-2009		8,5
2.2.13 Staatsbeitrag an Sanierung Baumeisterzentrum Oberkirch	2006 - 2009		8
2.2.14 HGKL Rössligasse Luzern; Gesamtsanierung (Investitionskosten gesamt 8 Mio. Fr.)	2006 - 2010		5,5
Gesetzesänderungen			
2.3.1 Neues Gesetz über die Berufsbildung und die Weiterbildung	2005		
2.3.2 SRL 400a: Revision Volksschulbildungsgesetz	2006		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Aufwand	638.9	638.3	673.7	692.1	710.7	727.5	743.1	10.3
Ertrag	177.7	166.7	177.0	177.3	179.3	181.4	183.5	3.7
Aufwand-/Ertragsüberschuss	461.3	471.6	496.7	514.8	531.4	546.1	559.6	
21 Volksschule								
Aufwand	150.1	150.8	161.6	166.4	168.9	170.9	172.7	
Ertrag	17.8	14.5	16.3	16.5	16.7	16.9	17.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	132.3	136.3	145.3	149.9	152.2	154.0	155.6	
22 Sonderschulen								
Aufwand	62.7	68.8	76.5	75.4	75.9	76.9	77.8	
Ertrag	51.0	52.8	56.5	55.8	56.5	57.2	57.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	11.8	16.0	19.9	19.5	19.4	19.7	20.0	
23 Berufsbildung								
Aufwand	156.3	149.7	132.4	134.8	137.6	140.6	143.9	
Ertrag	62.9	54.5	45.7	46.1	46.6	47.1	47.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	93.4	95.1	86.7	88.6	91.0	93.5	96.3	
24 Lehrerausbildung								
Aufwand	30.2	23.8	17.3	15.9	15.0	15.2	15.4	
Ertrag	6.8	4.8	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	23.4	18.9	15.8	14.3	13.4	13.6	13.8	
25 Allgemeinbildende Schulen								
Aufwand	120.3	120.5	117.2	119.0	121.1	123.6	125.4	
Ertrag	33.9	32.7	38.7	39.0	39.5	40.0	40.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	86.4	87.8	78.4	79.9	81.6	83.6	84.9	
27 Hochschulen und Forschung								
Aufwand	79.0	91.5	123.4	135.2	145.9	153.6	160.5	
Ertrag	2.3	0.6	3.1	3.1	3.2	3.2	3.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	76.7	91.0	120.4	132.1	142.7	150.4	157.3	
29 Übriges Bildungswesen								
Aufwand	40.4	33.1	45.2	45.5	46.3	46.8	47.4	
Ertrag	3.1	6.7	15.1	15.1	15.3	15.5	15.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	37.3	26.4	30.1	30.4	31.0	31.3	31.7	
Investitionsrechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Ausgaben	38.3	38.0	39.0	36.0	36.8	35.5	35.5	-9.0
Einnahmen	1.5	1.7	5.4	1.9	1.9	1.9	1.9	-65.3
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	36.8	36.3	33.6	34.2	35.0	33.6	33.6	

Staatsbeiträge	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	284.6	303.4	340.5	357.1	371.4	382.6	393.1	15.4
Ertrag	87.0	90.0	94.7	94.2	95.3	96.5	97.6	3.2
Aufwand-/Ertragsüberschuss	197.6	213.3	245.9	262.9	276.1	286.1	295.5	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	6.6	7.7	4.3	4.9	4.5	1.9	1.9	-54.8
Einnahmen	1.5	1.7	1.1	1.9	1.9	1.9	1.9	64.9
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	5.1	6.0	3.2	3.0	2.6	0.1	0.1	

3. Kultur und Freizeit

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
30 Kulturförderung	Bibliotheksbetrieb	Zentral- und Hochschulbibliothek	BKD
	Dienstleistungen	Zentral- und Hochschulbibliothek	BKD
	Ausstellung und Präsentationen	Naturmuseum	BKD
	Forschung und Dienstleistung	Naturmuseum	BKD
	Ausstellung und Präsentationen	Historisches Museum	BKD
	Forschung und Dienstleistung	Historisches Museum	BKD
	Teil Kulturförderung	Departementssekretariat	BKD
31 Denkmalpflege und Heimatschutz	Denkmalpflege	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	BKD
	Archäologie	Amt für Denkmalpflege und Archäologie	BKD
34 Sport	Sportamt	Sportamt	BKD
	Besondere Dienstleistungen, Teil Sport-Toto	Departementssekretariat JSD	JSD
39 Kirche	Teil Staatsbeitrag an kirchliche Institutionen	Departementssekretariat BKD	BKD

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2004-2008

a) Inhaltliche Veränderungen

Im Vergleich zum IFAP 2004-2008 haben sich folgende wesentliche inhaltliche Veränderungen ergeben:

Organisatorische Anpassungen	-
Mutationen der Vorhaben	-
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	-
Neue Gesetzesänderungen	-

b) Veränderungen der finanziellen Entwicklung der Jahre 2005-2008

(alle Beträge in Mio. Franken)	2005	2006	2007	2008
Laufende Rechnung				
- Aufwand:				
IFAP 2004-2008	44.1	44.5	44.9	45.6
IFAP 2005-2009	46.4	46.8	47.4	47.9
Veränderung	-2.3	-2.3	-2.5	-2.3
- Ertrag:				
IFAP 2004-2008	7.8	7.9	8.0	8.1
IFAP 2005-2009	7.2	7.3	7.4	7.5
Veränderung	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6

Begründung: - Durch die Anlagebuchhaltung nimmt der Aufwand 2005 gegenüber dem IFAP 2004-2008 um 2,3 Mio. Fr. zu.				
Investitionsrechnung				
- Ausgaben:				
IFAP 2004-2008	4.5	4.6	4.7	4.7
IFAP 2005-2009	4.4	4.1	4.2	4.3
Veränderung	0.1	0.5	0.5	0.4
- Einnahmen:				
IFAP 2004-2008	0.1	0.1	0.1	0.1
IFAP 2005-2009	0.4	0.1	0.1	0.1
Veränderung	0.3	-	-	-
Staatsbeiträge (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung)				
- Aufwand/Ausgaben				
IFAP 2004-2008	18.0	18.2	18.4	18.6
IFAP 2005-2009	17.9	18.0	18.2	18.4
Veränderung	0.1	0.2	0.2	0.2
- Ertrag/Einnahmen				
IFAP 2004-2008	1.0	1.0	1.0	1.0
IFAP 2005-2009	0.6	0.6	0.6	0.6
Veränderung	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4

Generelle Entwicklung

Im Bereich Kultur (Kulturförderung, Denkmalpflege/Archäologie, Museen) und ausser schulische Jugendförderung geht es um das Aufgabenteilungsprojekt Kultur im Rahmen der Gemeindereform 2000+ und die damit verbundenen Anpassungen der politischen und rechtlichen Grundlagen (v.a. Revisionen Denkmalgesetz und Kulturförderungsgesetz), um die Einführung eines flächendeckenden Bauinventars der Denkmalpflege sowie um die vollständige Neugestaltung der ständigen Ausstellung des Natur-Museums.

Mit den Kantonen Zürich, Zug und Schwyz wollen wir eine Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich der überregionalen Kultureinrichtungen abschliessen. Damit sollen die Zentrumslasten in diesem Bereich besser verteilt werden.

Vorhaben und Projekte

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben			
Keine			
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet; Berücksichtigung der Hochbauten gemäss Kapitel X.)			
3.2.1 Erstellung eines Bauinventars über die schutzwürdigen Bauobjekte	ab 2006	1,6	
3.2.2 Erstellung eines Fundstellenverzeichnisses Archäologie	ab 2006	0,8	
3.2.3 Naturmuseum Luzern; Aus- und Umbau	2006 - 2009		5,3
3.2.4 Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern; Sanierung und Erweiterung (Investitionskosten insgesamt 20 Mio. Fr.)	2005-2011	2	12
3.2.5 Investitionshilfe für Verkehrshaus an Sanierung und Neubau Autohalle	2008 - 2009		2
3.2.6 Höhere Beiträge zur Förderung von Kunst und Kultur	ab 2008	1	
Gesetzesänderungen			
3.3.1 Neues Bibliotheksgesetz	2005 - 2006		
3.3.2 SRL Nr. 595: Revision Denkmalpflegegesetz	2008		
3.3.3 SRL Nr. 402: Revision Kulturförderungsgesetz	2008		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Aufwand	40.7	43.9	46.4	46.8	47.4	47.9	48.5	4.4
Ertrag	7.8	7.7	7.2	7.3	7.4	7.5	7.6	4.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	32.9	36.1	39.2	39.5	39.9	40.4	40.9	
30 Kulturförderung								
Aufwand	30.8	35.0	35.1	35.4	35.8	36.3	36.7	
Ertrag	2.5	2.5	2.7	2.7	2.7	2.7	2.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	28.3	32.4	32.4	32.7	33.1	33.5	33.9	
31 Denkmalpflege und Heimatschutz								
Aufwand	5.0	3.4	6.4	6.4	6.5	6.5	6.6	
Ertrag	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	4.7	3.1	6.1	6.1	6.2	6.2	6.3	
34 Sport								
Aufwand	4.7	5.3	4.6	4.7	4.7	4.8	4.8	
Ertrag	5.0	4.9	4.3	4.3	4.4	4.5	4.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	
39 Kirche								
Aufwand	0.2	0.2	0.3	0.3	0.3	0.4	0.4	
Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.2	0.2	0.3	0.3	0.3	0.4	0.4	
Investitionsrechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Ausgaben	4.4	4.1	4.4	4.1	4.2	4.3	4.3	-1.8
Einnahmen	0.1	0.1	0.4	0.1	0.1	0.1	0.1	-65.3
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	4.3	4.0	4.0	4.0	4.1	4.2	4.2	
Staatsbeiträge	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	13.0	15.3	15.8	15.9	16.1	16.3	16.5	4.5
Ertrag	1.0	0.9	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5	4.5
Aufwand-/Ertragsüberschuss	12.0	14.5	15.3	15.4	15.6	15.8	15.9	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	2.2	2.1	2.1	2.1	2.1	2.1	2.1	0.0
Einnahmen	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	64.9
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	2.1	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0	

4. Gesundheit

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
40 Spitäler	Alle 12 Leistungsgruppen des Kantonsspitals Luzern (KSL)	Kantonsspital Luzern (KSL)	GSD
	Medizin	Kantonales Spital Sursee-Wolhusen (KSSW)	GSD
	Chirurgie		
	Gynäkologie und Geburtshilfe		
	Weitere ambulante und fallunabhängige Leistungen		
	Rehabilitation	Luzerner Höhenklinik Montana (LHM)	GSD
	Akutsomatische Versorgung		
	Fallunabhängige Leistungen		
42 Psychiatrische Kliniken	Ausserkantonale Hospitalisationen	Kantonsärztlicher Dienst	GSD
	Stationäre psychiatrische Versorgung	Psychiatriezentrum Luzern-Stadt (PLS)	GSD
	Ambulante psychiatrische Versorgung		
	Fallunabhängige Leistungen		
	Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst	Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst (KJPD)	GSD
	Jugendpsychiatrische Therapiestation		
	Fallunabhängige Leistungen		
	Stationäre psychiatrische Versorgung	Psychiatriezentrum Luzerner Landschaft (PLL, Klinik St. Urban)	GSD
45 Krankheitsbekämpfung	Ambulante psychiatrische Versorgung		
	Fallunabhängige Leistungen		
47 Lebensmittelkontrolle	Diverse Staatsbeiträge	Departementssekretariat GSD	GSD
47 Lebensmittelkontrolle	Lebensmittelkontrolle und Verbraucherschutz	Kantonales Laboratorium	GSD
49 Übriges Gesundheitswesen	Departementsführung und Dienstleistungen	Departementssekretariat GSD	GSD
	Gesundheitsschutz und -förderung (ohne ausserkantonale Hospitalisationen)	Kantonsärztlicher Dienst	GSD
	Gesundheitsvorsorge	Kantonssapotheker	GSD
	Sanitätsnotruf 144	Kantonsspital Luzern (KSL)	GSD

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2004-2008

a) Inhaltliche Veränderungen

Im Vergleich zum IFAP 2004-2008 haben sich folgende wesentliche inhaltliche Veränderungen ergeben:

Organisatorische Anpassungen	-
Mutationen der Vorhaben	<ul style="list-style-type: none"> - Erhöhung des Sachaufwands und der Investitionen neu im IFAP 2005-2009 eingerechnet. - Diverse zeitliche und betragliche Änderungen bei Hochbauprojekten. - Neu Erlösminderung aufgrund der Revision KVG enthalten.
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	-
Neue Gesetzesänderungen	- Neues Spitalgesetz (ursprünglich vorgesehen als Teil des Gesundheitsgesetzes).

b) Veränderungen der finanziellen Entwicklung der Jahre 2005-2008

(alle Beträge in Mio. Franken)	2005	2006	2007	2008
Laufende Rechnung				
- Aufwand:				
IFAP 2004-2008	623.9	629.8	636.8	646.1
IFAP 2005-2009	632.4	646.5	656.9	667.3
Veränderung	-8.5	-16.7	-20.1	-21.2
- Ertrag:				
IFAP 2004-2008	346.5	349.8	354.0	360.7
IFAP 2005-2009	366.1	360.4	364.7	369.1
Veränderung	19.6	10.6	10.7	8.4
Begründung: - Durch die Anlagebuchhaltung nimmt der Aufwand 2005 gegenüber dem IFAP 2004-2008 um 9,6 Mio. Fr. zu. - Wir haben beim medizinischen Bedarf eine stärkere Kostenentwicklung angenommen als im IFAP 2004-2008. - Durch höhere Tagespauschalen erhöht sich der Ertrag. Im Weiteren können wir einen Teil der Mehrkosten für den medizinischen Bedarf den Krankenkassen weiter verrechnen. Ab 2006 wird der Ertrag durch die Berücksichtigung der KVG-Revision als Erlösminderung reduziert.				
Investitionsrechnung				
- Ausgaben:				
IFAP 2004-2008	50.5	51.7	53.3	53.3
IFAP 2005-2009	54.6	54.2	55.3	57.6
Veränderung	-4.1	-2.5	-2.0	-4.3
- Einnahmen:				
IFAP 2004-2008	2.0	2.0	2.0	2.0
IFAP 2005-2009	6.5	2.3	2.3	2.3
Veränderung	4.5	0.3	0.3	0.3
Begründung: - Ab 2006 haben wir in den Spitälern höhere Investitionskredite für medizinische Einrichtungen und Informatik vorgesehen als im IFAP 2004-2008.				
Staatsbeiträge (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung)				
- Aufwand/Ausgaben				
IFAP 2004-2008	22.1	22.3	22.4	22.5
IFAP 2005-2009	16.7	16.8	17.0	17.2
Veränderung	-5.4	-5.5	-5.4	-5.3
- Ertrag/Einnahmen				
IFAP 2004-2008	6.9	7.0	7.1	7.1
IFAP 2005-2009	6.1	6.9	7.0	7.0
Veränderung	0.8	0.1	0.1	0.1
Begründung: - Das GSD hat verschiedene Staatsbeiträge vom Departementssekretariat auf das Kantonale Sozialamt übertragen. Dadurch reduzieren sich die Staatsbeiträge in der Hauptaufgabe „Gesundheit“ und erhöhen sich die Staatsbeiträge in der Hauptaufgabe „Soziale Wohlfahrt“. - Die Beiträge für ausserkantonale Hospitalisationen wurden gegenüber dem IFAP 2004-2008 um 1,1 Mio. Fr. gesenkt.				

Generelle Entwicklung

Wir haben auf kantonaler bzw. Departements-Ebene verschiedene Projekte geplant bzw. bereits gestartet. Namentlich zu erwähnen ist die neue Planung der Gesundheitsversorgung (Spitalplanung), die Totalrevision des Gesundheitsgesetzes und das neue Spitalgesetz. Für die Spitäler sollen neue Organisations- und Leitungsstrukturen mit klaren Verantwortlichkeiten eingeführt werden. Das Kantonsspital Luzern plant die Umsetzung auf operativer Ebene bereits im Jahr 2005. Geprüft wird zudem ein neues Abgeltungsmodell für die Ärztinnen und Ärzte der öffentlichen Spitäler des Kantons Luzern.

Weiter sind der Weiterausbau des medizinischen Controllings und ein neues Abgeltungsmodell in den Akutspitälern (Ablösung der Tagespauschale durch Fallpauschalensystem (DRG)) geplant. Mit der Weiterentwicklung der bestehenden Kostenstellenrechnung - hin zu einer Kostenträgerrechnung - und der flächendeckenden Leistungserfassung arbeiten wir weiter (gemäss den uns zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen) an der durch die Verordnung über die Kostenermittlung und Leistungserfassung (VKL) geforderten Transparenz. Wir erwarten dadurch eine Besserstellung in den Tarifverhandlungen mit den Krankenversicherern und bessere Führungs- und Entscheidungsgrundlagen auf Spital- bzw. Klinikebene. Die schrittweise Umsetzung erfolgt wo immer möglich im Einklang mit der nationalen Entwicklung.

Nach der gescheiterten KVG-Revision 2 stehen zur Zeit drei KVG-Revisionspakete zur Diskussion. Das erste Revisionspaket umfasst die Themen: Gesamtstrategie, Versichertenkarte, Rechnungslegung der Versicherer, Verlängerung dringliches Bundesgesetz zum Kantonsbeitrag Spitalfinanzierung (Sockelbeitrag), Verlängerung Risikoausgleich, Übergangslösung Pflegetarife, Vertragsfreiheit, Prämienverbilligung und Kostenbeteiligung der Patienten. Das zweite Revisionspaket beinhaltet: Die dual-fixe Spitalfinanzierung, Leistungsabhängige Pauschalen, Einbezug von Investitionen, Entschädigung aller Leistungsanbieter ohne Rücksicht auf die Rechtsform. Ergänzend beinhaltet das zweite Paket eine Regelung zur Weitergabe nominativer Einzeldaten, sowie eine Vorlage zu Managed Care und zur Medikamentenabgabe. Das dritte Paket umfasst die Pflegefinanzierung.

Mit dem nationalen Projekt "Swiss-DRG" (= gesamtschweizerisches Fallpauschalensystem) wird von verschiedenen Akteuren im Gesundheitswesen eine gesamtschweizerisch einheitliche Leistungs- bzw. Produktdefinition erarbeitet mit dem Ziel, die Finanzierung transparent und vergleichbar zu machen. Im Mai 2004 wurde der Verein "swiss-DRG" (GDK, H+, FMH, santésuisse, MTK) für die Bearbeitung des Projektes gegründet.

Auf schweizerischer Ebene wird unter Federführung von „H+ die Spitäler der Schweiz“ im Rahmen des Projektes REKOLE zudem an der Weiterentwicklung der Kostenrechnung (hin zur Kostenträgerrechnung) gearbeitet.

Vorhaben und Projekte

Vorhaben und Projekte	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken				
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben							
<i>Nicht einberechnet sind allfällige Änderungen des Personalaufwands aufgrund des Planungsberichts Spitalversorgung und der Neuregelung der Arbeitszeiten der Oberärzte (Projekt LAOLA).</i>							
4.1.1 KSL; Höhere Personalkosten durch							
- neue Leitungs- und Organisationsstruktur	06-09	3					
- Verbesserung der Transparenz im Rechnungswesen (Einführung Kostenträgerrechnung, Umsetzung VKL)	06-09	2					
4.1.2 KSL, Höherer Sachaufwand (alle Beträge in Mio. Fr.)							
	2005	2006	2007	2008	2009		
Unterhalts- + Wartungskosten	3,5	4,0	4,0	4,0	4,0	2	
Medikamente	20,0	21,5	22,7	24,0	25,5	13,7	
Verbrauchsmaterial/ Zentral-sterilisation	39,8	41,8	42,3	42,8	43,8	11,5	
Implantationsmaterial	12,1	13,1	13,6	14,1	14,6	7	
Haftpflichtversicherung	2,6	3,1	3,1	3,1	3,1	2	
4.1.3 KSSW; Veränderung des Personalaufwands durch							
- Einsparungen durch Wegfall Küche in Wolhusen	06-09	- 1,7					
- Umsetzung EKAS-Richtlinien	06-09	0,8					
- Verbesserung der Transparenz im Rechnungswesen (Einführung Kostenträgerrechnung, Umsetzung VKL)	06-09	0,8					
4.1.4 KSSW; Höherer Sachaufwand (unten stehende Tabelle zeigt die Mehrkosten):							
	2005	2006	2007	2008	2009		
Kosten Medizin und Pharmaz.	16,3	17,8	18,3	18,8	19,3	9	
Haftpflichtversicherung	1,5	2,0	2,1	2,2	2,3	2,6	
Betriebs- + Unterhaltskosten für Informatik + Medizinische Geräte	2,9	3,4	3,6	3,6	3,6	2,6	
Zentralsterilisation	-	0,5	0,7	0,7	0,7	2,6	
4.1.5 PLL; Umsetzung der Verordnung über Kosten- und Leistungsrechnung (VKL)	2006 - 2009	0,5					
4.1.6 KSL; Erhöhung des Investitionskredits Informatik zur Ablösung des Finanz- und Patientenwesens	2006 - 2009						2,4

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken
4.1.7 KSL; Erhöhung der Ersatzinvestitionen Medizintechnik und Mobiliar aufgrund des Nachholbedarfs gemäss Anlagebuchhaltung	2006 - 2009		9
4.1.8 KSL; Sanierung Operationssäle (Investitionen gesamt 12,5 Mio. Fr.)	2004 - 2007		9
4.1.9 KSSW Sursee; Sanierung und Erweiterung (Investitionen gesamt 27,9 Mio. Fr.)	2004 - 2007		19,5
4.1.10 KSSW; Erhöhung der Ersatzinvestitionen Medizintechnik und Mobiliar aufgrund des Nachholbedarfs gemäss Anlagebuchhaltung	2006 - 2009		4,2
4.1.11 KSL; Zunahme des Ertrags (Anteil, welcher die generelle Entwicklung der Entgelte übersteigt)	2006 - 2009	2	
4.1.12 Kosten des KVG (verbucht als Verschlechterung bei den Spitälern, vgl. Erläuterungen in Kapitel II, Ziffer 3)	ab 2006	40	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet; Berücksichtigung der Hochbauten gemäss Kapitel X.)			
4.2.1 KSSW; Neue Spitalträgerschaft und Leitungs- / Organisationsstrukturen	ab 2006	1	
4.2.2 KSSW; Einführung eines Radiologie-Informationssystems (RIS/PACS)	ab 2005		1,9
4.2.3 KSL:			
- Nordanbau (Investitionen insgesamt 35 Mio. Fr.)	09-14		1
- Sanierung Haustechnik (Investition insgesamt 23 Mio. Fr.)	06-14		8
- Neubau Mikrobiologie (Investition insgesamt 5,5 Mio. Fr.)	04-06		1
- Augenklinik, Ersatz Lüftungszentrale	2006		2,6
- Hirschpark, Einbau Rehabilitation	06-07		3
- Augenklinik, Innensanierung	07-09		4,2
- Personalwohnhaus, Innensanierung (Investition insgesamt 6 Mio. Fr.)	07-11		3

	Realisierungszeitraum (Jahre)	I Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken
4.2.4 KSSW Sursee: - Ersatz / Sanierung Energiezentrale - Sanierung Pflegestützpunkt	2006 05-09		2 2,5
4.2.5 KSSW Wolhusen: - Dach- und Fassadensanierung - Sanierung Patientenzimmer (Investition insgesamt 9.5 Mio. Fr.) - Sanierung Operationssäle - Innensanierung Personalwohnhaus C - Innensanierung Personalwohnhaus B	07-09 06-10 07-08 06-07 08-09		12,5 8,1 4,5 2,1 2,1
4.2.6 Psychiatrische Klinik St. Urban: - Ausbau / Sanierung Wirtschaftstrakt (Investition ins- gesamt 4 Mio. Fr.) - Ausbau / Sanierung Pavillon E (Investition insge- samt 3 Mio. Fr.)	06-10 06-10		2,8 2,1
Gesetzesänderungen			
4.3.1 Neues Spitalgesetz	2007		
4.3.2 SRL Nr. 800: Totalrevision des Gesundheitsgesetzes	2006 / 2007		

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Aufwand	557.3	607.3	632.4	646.5	656.9	667.3	678.5	7.3
Ertrag	353.8	344.8	366.1	360.4	364.7	369.1	373.5	2.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	203.5	262.5	266.4	286.1	292.2	298.2	305.1	
40 Spitäler								
Aufwand	453.5	505.4	534.3	547.5	556.7	565.8	575.6	
Ertrag	306.6	298.8	317.7	311.9	315.7	319.4	323.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	146.8	206.6	216.6	235.5	241.0	246.3	252.4	
42 Psychiatrische Kliniken								
Aufwand	74.4	84.6	83.7	84.5	85.5	86.7	87.8	
Ertrag	40.2	40.9	42.2	42.7	43.2	43.7	44.2	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	34.2	43.8	41.5	41.8	42.3	43.0	43.7	
45 Krankheitsbekämpfung								
Aufwand	3.7	4.9	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2	
Ertrag	3.4	1.8	2.2	1.8	1.8	1.8	1.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.3	3.1	-1.0	-0.6	-0.6	-0.6	-0.6	
47 Lebensmittelkontrolle								
Aufwand	3.6	3.2	3.5	3.5	3.5	3.6	3.6	
Ertrag	0.9	0.7	0.8	0.8	0.8	0.8	0.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.7	2.5	2.7	2.7	2.7	2.8	2.8	
49 Übriges Gesundheitswesen								
Aufwand	21.9	9.1	9.7	9.8	9.9	10.1	10.2	
Ertrag	2.6	2.6	3.2	3.2	3.3	3.4	3.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	19.3	6.5	6.6	6.6	6.7	6.7	6.8	
Investitionsrechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Ausgaben	51.4	48.3	54.6	54.2	55.3	57.6	57.0	4.3
Einnahmen	1.8	2.0	6.5	2.3	2.3	2.3	2.3	-65.3
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	49.6	46.3	48.1	52.0	53.1	55.4	54.7	
Staatsbeiträge	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	18.7	21.9	16.7	16.8	17.0	17.2	17.4	4.3
Ertrag	4.7	4.9	4.7	4.6	4.7	4.7	4.8	2.3
Aufwand-/Ertragsüberschuss	14.0	17.0	12.0	12.2	12.3	12.5	12.6	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	1.8	2.0	1.4	2.3	2.3	2.3	2.3	64.9
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-1.8	-2.0	-1.4	-2.3	-2.3	-2.3	-2.3	

5. Soziale Wohlfahrt

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe	Dienststelle(n)	Departement
50 Altersversicherung	Staatsbeitrag an die AHV	Amt für Finanzdienstleistungen	FD
51 Invalidenversicherung	Staatsbeitrag an die IV	Amt für Finanzdienstleistungen	FD
52 Krankenversicherung	Staatsbeitrag für Prämienverbilligungen	Departementssekretariat GSD	GSD
53 Sonstige Sozialversicherungen	Staatsbeitrag für Ergänzungsleistungen	Departementssekretariat GSD	GSD
54 Jugendschutz	Teil Jugendheime der „Sozialen Massnahmen“	Kantonales Sozialamt	GSD
55 Invalidität	Teil Behindertenheime der „Sozialen Massnahmen“	Kantonales Sozialamt	GSD
56 Sozialer Wohnungsbau	Sozialer Wohnungsbau	Amt für Hochbauten und Immobilien	FD
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe	AVIG-Vollzug Bund / Kanton	Wirtschaft und Arbeit (wira)	BUWD
	Soziale Massnahmen (mit Ausnahme der Heimfinanzierung)	Kantonales Sozialamt	GSD
	Abgeltung der Ausgleichskasse	Departementssekretariat GSD	GSD
59 Hilfsaktionen	Diverse Hilfsaktionen	Departementssekretariat GSD	GSD

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2004-2008

a) Inhaltliche Veränderungen

Im Vergleich zum IFAP 2004-2008 haben sich folgende wesentliche inhaltliche Veränderungen ergeben:

Organisatorische Anpassungen	-
Mutationen der Vorhaben	-
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	-
Neue Gesetzesänderungen	-

b) Veränderungen der finanziellen Entwicklung der Jahre 2005-2008

(alle Beträge in Mio. Franken)	2005	2006	2007	2008
Laufende Rechnung				
- Aufwand:				
IFAP 2004-2008	666.0	694.4	726.0	760.5
IFAP 2005-2009	684.4	706.0	724.9	744.8
Veränderung	-18.4	-11.6	1.1	15.7
- Ertrag:				
IFAP 2004-2008	573.3	598.5	626.1	656.5
IFAP 2005-2009	584.8	603.6	620.1	636.7
Veränderung	11.5	5.1	-6.0	-19.8

Begründung: - Die Auszahlungen 2005 für die Arbeitslosenkasse liegen 23,7 Mio. Fr. über dem IFAP 2004-2008. Die Mehrkosten werden vollständig vom Bund getragen. - Durch die Anlagebuchhaltung nimmt der Aufwand 2005 gegenüber dem IFAP 2004-2008 um 3,2 Mio. Fr. zu. - Die Aufwendungen für die Prämienverbilligung sind tiefer als im IFAP 2004-2008 vorgesehen (Kantonsbeitrag 2005 eingefroren und ab 2006 Wachstum von jährlich 6 Prozent angenommen. Im IFAP 2004-2009 hatten wir ein jährliches Wachstum von 10 Prozent berücksichtigt). - Beim Jugendschutz und der Invalidität sind Aufwand und Ertrag gegenüber dem IFAP 2004-2008 gestiegen (Mehrkosten der Heimfinanzierung). - Wir müssen mit höheren Staatsbeiträgen an die AHV und IV rechnen als im IFAP 2004-2008 angenommen.				
Investitionsrechnung				
- Ausgaben:				
IFAP 2004-2008	-	-	-	-
IFAP 2005-2009	-	-	-	-
Veränderung				
- Einnahmen:				
IFAP 2004-2008	-	-	-	-
IFAP 2005-2009	-	-	-	-
Veränderung				
Staatsbeiträge (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung)				
- Aufwand/Ausgaben				
IFAP 2004-2008	475.0	501.1	530.3	562.0
IFAP 2005-2009	473.2	492.2	508.4	525.6
Veränderung	1.8	8.9	21.9	36.4
- Ertrag/Einnahmen				
IFAP 2004-2008	351.7	374.2	398.9	426.0
IFAP 2005-2009	348.5	364.9	378.9	393.0
Veränderung	-3.2	-9.3	-20.0	-33.0
Begründung: vgl. Begründungen zur Laufenden Rechnung				

Generelle Entwicklung

Die Neugestaltung des Finanzausgleiches und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) wird grosse Auswirkungen auf die soziale Wohlfahrt haben. Beispielsweise soll die Heimunterbringung vollständig eine kantonale Aufgabe werden. Die konkreten Auswirkungen sind momentan noch nicht bekannt, weshalb wir diese für den IFAP 2005-2009 nicht berücksichtigen konnten.

Das Entlastungsprogramm 2003 des Bundes hat für die Kantone und Gemeinden zum Teil indirekte Auswirkungen bei den Ergänzungsleistungen, bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe, bei der Prämienverbilligung und bei den IV-Heimen. In einzelnen Bereichen können die Kürzungen des Bundes durch eine restriktive kantonale Ausgabenpolitik aufgefangen werden.

Mit dem Scheitern der KVG-Revision 2 resp. den Reformplänen des Bundes sind die Auswirkungen auf die Prämienverbilligung noch nicht absehbar. Wir haben mit einer jährlichen Zunahme von 6 Prozent eine grosszügige Annahme getroffen.

Die Kosten im Heimwesen sind in den letzten Jahren überproportional gestiegen. Dies aufgrund von Angebotserweiterungen in bestehenden Heimen, aufgrund von neu anerkannten Institutionen und durch die Anpassung der Besoldung der Angestellten der Institutionen an kantonale Konditionen. Wir sind daher dabei, ein Controlling aufzubauen um eine bessere Kostentransparenz zu bekommen. Wir prüfen ausserdem, ob ein Moratorium für neue Angebote und Investitionen die gewünschten Effekte bringen würde.

Vorhaben und Projekte

						Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben								
5.1.1 Höhere Beiträge an AHV (Details gemäss unten stehender Tabelle)						2006 - 2009	3,7	
	2005	2006	2007	2008	2009			
Kantonsbeitrag	39,3	41,1	42,0	42,9	44,3			
Anteil Gemeinden	28,5	29,8	30,4	31,1	32,1			
Nettobelastung	10,8	11,3	11,6	11,8	12,2			
Mehrkosten zu 2005		0,5	0,8	1,0	1,4			
5.1.2 Höhere Beiträge an IV (Details gemäss unten stehender Tabelle)						2006 - 2009	5,4	
	2005	2006	2007	2008	2009			
Kantonsbeitrag	52,7	55,3	56,8	58,2	60,3			
Anteil Gemeinden	38,2	40,1	41,2	42,2	43,7			
Nettobelastung	14,5	15,2	15,6	16,0	16,6			
Mehrkosten zu 2005		0,7	1,1	1,5	2,1			
5.1.3 Beiträge an die Prämienverbilligung der Krankenkasse (ab 2006 rechnen wir mit einem jährlichen Wachstum von 6 Prozent)						2006 - 2009	5,4	
	2005	2006	2007	2008	2009			
Gesamtaufwand	145,0	153,7	162,9	172,7	183,0			
Bundesbeitrag	113,1	119,9	127,1	134,7	142,7			
Gemeindebeitrag	23,1	24,5	26,0	27,6	29,2			
Kantonsanteil	8,8	9,3	9,8	10,4	11,1			
Mehrkosten zu 2005		0,5	1,0	1,6	2,3			

						Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken
5.1.4 Nettomehrbelastung aus Ergänzungsleistungen (gemäss den unten stehenden Berechnungen der kantonalen Ausgleichskasse)						2006 - 2009	9,4	
	2005	2006	2007	2008	2009			
Gesamtaufwand	160,5	167,3	171,2	175,4	180,6			
Bundesbeitrag	54,6	56,9	58,3	59,6	61,4			
Gemeindebeitrag	76,8	80,1	82,1	83,9	86,4			
Kantonsanteil	29,1	30,4	30,8	31,8	32,8			
Mehrkosten zu 2005		1,3	1,7	2,7	3,7			
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)								
Keine								
Gesetzesänderungen								
5.3.1 SRL Nr. 894: Revision des Heimfinanzierungsgesetzes						2006		

Laufende Rechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Aufwand	661.2	643.7	684.4	706.0	724.9	744.8	767.4	12.1
Ertrag	573.8	553.6	584.8	603.6	620.1	636.7	656.0	12.2
Aufwand-/Ertragsüberschuss	87.4	90.1	99.6	102.4	104.8	108.1	111.4	
50 Altersversicherung								
Aufwand	52.5	40.6	39.3	41.1	42.0	42.9	44.3	
Ertrag	28.1	29.8	28.5	29.8	30.4	31.1	32.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	24.4	10.8	10.8	11.3	11.5	11.8	12.2	
51 Invalidenversicherung								
Aufwand	35.8	53.7	52.7	55.3	56.8	58.2	60.3	
Ertrag	35.3	38.9	38.2	40.1	41.2	42.2	43.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.5	14.8	14.5	15.2	15.6	16.0	16.6	
52 Krankenversicherung								
Aufwand	142.1	136.5	145.4	154.1	163.3	173.1	183.5	
Ertrag	132.9	127.7	136.6	144.8	153.5	162.7	172.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	9.2	8.8	8.8	9.3	9.8	10.4	11.1	
53 Sonstige Sozialversicherungen								
Aufwand	143.6	153.0	160.5	167.3	171.2	175.4	180.6	
Ertrag	116.7	124.4	131.4	137.0	140.4	143.5	147.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	26.8	28.6	29.1	30.3	30.8	31.9	32.8	
54 Jugendschutz								
Aufwand	5.6	5.1	7.0	7.0	7.0	7.0	7.1	
Ertrag	2.6	2.7	3.4	3.3	3.3	3.3	3.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	3.0	2.4	3.6	3.7	3.7	3.7	3.7	
55 Invalidität								
Aufwand	15.7	14.4	21.0	19.7	19.7	20.0	20.2	
Ertrag	6.6	6.8	8.7	8.2	8.3	8.4	8.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	9.2	7.6	12.3	11.4	11.4	11.5	11.7	
56 Sozialer Wohnungsbau								
Aufwand	-	3.5	3.3	3.4	3.4	3.4	3.5	
Ertrag	3.3	3.5	3.3	3.4	3.4	3.4	3.5	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-3.3	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	
58 Wirtschaftliche Sozialhilfe								
Aufwand	265.8	236.7	255.3	258.3	261.5	264.7	267.9	
Ertrag	248.1	219.7	234.8	237.2	239.6	242.1	244.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	17.6	17.1	20.5	21.1	21.9	22.6	23.3	
59 Hilfsaktionen								
Aufwand	0.2	0.2	-	-	-	-	-	
Ertrag	0.2	0.2	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.0	0.0	-	-	-	-	-	

Investitionsrechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	0.2	-	-	-	-	-	-	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-0.2	-	-	-	-	-	-	
Staatsbeiträge	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	446.9	454.2	473.2	492.2	508.4	525.6	545.5	15.3
Ertrag	324.8	334.7	348.5	364.9	378.9	393.0	409.8	17.6
Aufwand-/Ertragsüberschuss	122.1	119.4	124.7	127.3	129.5	132.6	135.8	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-	-	-	-	-	-	-	

6. Verkehr

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe/prozentualer Anteil	Dienststelle(n)	Departement
60 Nationalstrassen	37 % des Gesamtaufwands/-ertrags der vif (ohne Strassenfinanzierung)	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD
	61 % des Saldoausgleichs aus der Strassenrechnung	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD
61 Kantonsstrassen	24 % des Gesamtaufwands/-ertrags der vif (ohne Strassenfinanzierung)	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD
	39 % des Saldoausgleichs aus der Strassenrechnung	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD
62 Gemeindestrassen	Steuern und Abgaben (10 % der Verkehrssteuern)	Strassenverkehrsamt	
65 Regionalverkehr	36 % des Gesamtaufwands der vif (ohne Strassenfinanzierung, entspricht im lang-jährigen Schnitt der Leistungsgruppe „Öffentlicher Verkehr“)	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD
69 Übriger Verkehr	Kantonsanteil Treibstoffzoll	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD
	Verkehrs- und Schiffssteuer	Strassenverkehrsamt	JSD

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2004-2008

a) Inhaltliche Veränderungen

Im Vergleich zum IFAP 2004-2008 haben sich folgende wesentliche inhaltliche Veränderungen ergeben:

Organisatorische Anpassungen	-
Mutationen der Vorhaben	- Fonds für die Finanzierung der ÖV-Investitionen wurde neu einberechnet (ab 2007). - Mutationen beim Bau und Unterhalten von National- und Kantonsstrassen gemäss Kapitel IX. Strassenwesen.
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	-
Neue Gesetzesänderungen	-

b) Veränderungen der finanziellen Entwicklung der Jahre 2005-2008

(alle Beträge in Mio. Franken)	2005	2006	2007	2008
Laufende Rechnung				
- Aufwand:				
IFAP 2004-2008	111.4	112.7	113.6	117.7
IFAP 2005-2009	112.6	113.0	112.4	109.4
Veränderung	-1.2	-0.3	1.2	8.3
- Ertrag:				
IFAP 2004-2008	167.0	171.4	174.8	177.5
IFAP 2005-2009	160.7	163.5	165.5	169.3
Veränderung	-6.3	-7.9	-9.3	-8.2

Begründung:

- Durch die Anlagebuchhaltung und die Verbuchung des Übertrags an Hauptgüterstrassen als Abschreibung nimmt der Aufwand 2005 gegenüber dem IFAP 2004-2008 um 8,4 Mio. Fr. zu.
- Die Erträge der LSVA sind neu unter „93 Einnahmeanteile“ verbucht. Dies führt gegenüber dem IFAP 2004-2008 zu einer Aufwandreduktion von 10,2 Mio. Fr. und einer Ertragsreduktion von 15 Mio. Fr.
- Mehrertrag durch die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern.
- Mit Einführung der NFA soll der Unterhalt der Nationalstrassen eine reine Bundesaufgabe werden. Ab 2008 ist deshalb neu eine Aufwandreduktion von 7 Mio. Fr. enthalten.

Investitionsrechnung

- Ausgaben:				
IFAP 2004-2008	154.4	164.8	166.2	137.3
IFAP 2005-2009	157.9	152.9	201.7	128.0
Veränderung	-3.5	11.9	-35.5	9.3
- Einnahmen:				
IFAP 2004-2008	100.7	109.1	112.0	83.4
IFAP 2005-2009	98.1	93.2	128.1	40.7
Veränderung	-2.6	-15.9	16.1	-42.7

Begründung:

- Durch die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern stehen mehr Mittel für den Neu- und Ausbau von Kantonsstrassen zur Verfügung.
- Der Bruttoaufwand für den Bau und Unterhalt von Nationalstrassen ist um 5,3 Mio. Fr. (2005) bzw. 17,6 Mio. Fr. (2006) tiefer als im IFAP 2004-2008 vorgesehen. Entsprechend reduzieren sich auch die Einnahmen.
- Für 2007 liegen die Aufwändungen für National- und Kantonsstrassen deutlich über dem IFAP 2004-2008. Eine weitere Zunahme ergibt sich ab 2007 aus dem Fonds für ÖV-Investitionen.
- Für 2008 reduzieren sich die Investitionen gegenüber dem IFAP 2004-2008, da durch die NFA die Investitionen in den Bau und Unterhalt der Nationalstrassen wegfallen.

Staatsbeiträge (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung)

- Aufwand/Ausgaben				
IFAP 2004-2008	53.2	53.3	53.4	54.8
IFAP 2005-2009	54.8	54.2	64.8	67.9
Veränderung	-1.6	-0.9	-11.4	-13.1
- Ertrag/Einnahmen				
IFAP 2004-2008	141.0	151.8	156.0	127.9
IFAP 2005-2009	142.2	138.0	172.7	87.0
Veränderung	1.2	-13.8	16.7	-40.9

Begründung:

- Der Bundesbeitrag an den Bau (84 %) bzw. Unterhalt (85 %) der Nationalstrassen wird als Einnahme von Staatsbeiträgen verbucht. Dies führt zu starken Abweichungen.
- Der Fonds für ÖV-Investitionen ab 2007 erhöht die Ausgaben und Einnahmen der Staatsbeiträge.

Generelle Entwicklung

Durch verschiedene Grossprojekte und den engen finanziellen Spielraum sind die Möglichkeiten für die Realisierung zusätzlicher Strassenprojekte eingeschränkt. Wir haben daher eine Priorisierung der Projekte vorgenommen, die wir in den nächsten Jahren umsetzen können.

Mit dem auf 2008 geplanten Neuen Finanzausgleich des Bundes (NFA) sollen die Nationalstrassen vollständig in die Verantwortung des Bundes übergehen.

Die Strassenbauschuld beträgt per 2003 rund 91 Millionen Franken. In den nächsten Jahren werden wir die Strassenbauschuld weiter abbauen. Die erwähnten Grossprojekte sowie der Zubringer des Autobahnabschlusses Rontal führen jedoch dazu, dass die Strassenbauschuld ab 2007 wieder leicht ansteigen wird. Der Anstieg der Schuld kann dank der voraussichtlich frei werdenden Mittel aus der NFA jedoch im Rahmen gehalten werden.

Mit der Realisierung der 1., 2. und 3. Etappe der S-Bahn Luzern wird das Angebot im Bereich öffentlicher Verkehr nachhaltig verbessert. Die 1. und 2. Etappe werden bis 2007 abgeschlossen sein. Sie beinhalten acht neue Haltstellen, Verbesserungen der Schieneninfrastruktur, moderne Nahverkehrszüge und die Verdichtung des Fahrplans auf einen 30-Minuten-Takt, wo dies machbar ist. Zudem wird das Angebot auf den Buszubringerlinien verbessert.

Projekte und Vorhaben

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben			
6.1.1 Beiträge an Angebotsausbau für S-Bahn Luzern gemäss Planungsbericht (brutto; Gemeindeanteil 50%)	2006 - 2009	7,6	
6.1.2 Einrichtung eines Fonds für die Finanzierung der Investitionen im öffentlichen Verkehr, v.a. 3. Etappe der S-Bahn Luzern (brutto; Gemeindeanteil 50 %)	2007 - 2009		60
6.1.3 Mehrertrag aus der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe; Anteil für Strassenrechnung (vgl. 9.1.5)	ab 2005	3,2	
6.1.4 Strassenvorhaben vgl. Übersichten Kapitel IX. Strassenwesen			
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Aufwand	109.5	104.3	112.6	113.0	112.4	109.4	110.2	-2.1
Ertrag	152.1	160.4	160.7	163.5	165.5	169.3	171.8	6.9
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-42.6	-56.0	-48.1	-50.5	-53.1	-59.9	-61.6	
60 Nationalstrassen								
Aufwand	38.0	39.5	44.8	45.0	44.8	43.7	44.0	
Ertrag	16.1	18.2	26.5	26.8	26.9	27.6	27.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	21.8	21.2	18.4	18.2	17.9	16.1	16.2	
61 Kantonsstrassen								
Aufwand	24.6	25.6	29.1	29.2	29.1	28.4	28.6	
Ertrag	10.5	11.8	17.2	17.4	17.4	17.9	18.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	14.2	13.8	11.9	11.8	11.6	10.4	10.5	
62 Gemeindestrassen								
Aufwand	7.7	7.9	9.2	9.2	9.3	9.4	9.6	
Ertrag	-	-	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	7.7	7.9	9.2	9.2	9.3	9.4	9.6	
65 Regionalverkehr								
Aufwand	39.2	23.9	29.5	29.5	29.2	27.9	28.0	
Ertrag	15.7	17.7	25.8	26.1	26.2	26.9	27.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	23.5	6.2	3.8	3.4	3.0	1.0	1.0	
69 Übriger Verkehr								
Aufwand	-	7.5	-	-	-	-	-	
Ertrag	109.8	112.6	91.3	93.1	95.0	96.9	98.8	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-109.8	-105.1	-91.3	-93.1	-95.0	-96.9	-98.8	
Investitionsrechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Ausgaben	145.2	150.4	157.9	152.9	201.7	128.0	130.0	-17.7
Einnahmen	88.4	95.2	98.1	93.2	128.1	40.7	41.8	-57.4
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	56.7	55.2	59.8	59.6	73.5	87.2	88.1	
Staatsbeiträge	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	36.6	39.8	45.3	45.2	44.8	47.9	48.1	6.1
Ertrag	35.6	39.5	44.1	44.8	44.6	46.3	46.4	5.3
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.9	0.2	1.2	0.4	0.3	1.7	1.6	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	8.8	6.9	9.5	9.0	20.0	20.0	20.0	110.5
Einnahmen	88.4	95.2	98.1	93.2	128.1	40.7	41.8	-57.4
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-79.7	-88.3	-88.6	-84.2	-108.1	-20.7	-21.8	

7. Umwelt und Raumordnung

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe / Einzelkonto	Dienststelle(n)	Departement
70 Wasserversorgung	Wasserzinsen	Umwelt und Energie (uwe)	BUWD
75 Gewässerverbauungen	3 % des Gesamtaufwands/-ertrags der vif (ohne Strassenfinanzierung)	Verkehr und Infrastruktur (vif)	BUWD
78 Übriger Umweltschutz	Umwelt und Energie	Umwelt und Energie (uwe)	BUWD
79 Raumordnung	Raumentwicklung	Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi)	BUWD

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2004-2008

a) Inhaltliche Veränderungen

Im Vergleich zum IFAP 2004-2008 haben sich folgende wesentliche inhaltliche Veränderungen ergeben:

Organisatorische Anpassungen	-
Mutationen der Vorhaben	- Mehrkosten für den Ausbau von Gewässern teilweise eingerechnet.
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	-
Neue Gesetzesänderungen	-

b) Veränderungen der finanziellen Entwicklung der Jahre 2005-2008

(alle Beträge in Mio. Franken)	2005	2006	2007	2008
Laufende Rechnung				
- Aufwand:				
IFAP 2004-2008	23.7	23.7	23.9	24.3
IFAP 2005-2009	26.5	26.1	26.3	26.5
Veränderung	-2.8	-2.4	-2.4	-2.2
- Ertrag:				
IFAP 2004-2008	11.2	11.2	11.3	11.4
IFAP 2005-2009	11.7	11.8	11.9	12.1
Veränderung	0.5	0.6	0.6	0.7
Begründung:				
- Die ganzen Aufwändungen der neuen Dienststelle „Umwelt und Energie“ sind in der Funktion „78 Übriger Umweltschutz“ enthalten. Dies führt gegenüber dem IFAP 2004-2008 zu einer Entlastung der Funktionen „77 Naturschutz“ und „86 Energie“.				
Investitionsrechnung				
- Ausgaben:				
IFAP 2004-2008	31.1	29.6	28.6	27.5
IFAP 2005-2009	29.7	30.5	28.4	28.6
Veränderung	1.4	-0.9	0.2	-1.1

- Einnahmen:				
IFAP 2004-2008	17.3	17.3	17.3	17.3
IFAP 2005-2009	20.0	20.3	21.7	21.9
Veränderung	2.7	3.0	4.4	4.6
Begründung:				
<ul style="list-style-type: none"> - Im IFAP 2004-2008 waren für die Subventionsbereinigung von Abwasseranlagen 3 Mio. Fr. (2007) und 2 Mio. Fr. (2008) eingestellt. Diese Beiträge sollen nun erst ab 2010 ausbezahlt werden. - Im Wasserbau wurden gegenüber dem IFAP 2004-2008 sowohl die Ausgaben wie auch die Einnahmen erhöht. - Investitionen für die amtliche Vermessung von jährlich 3 Mio. Fr. sind neu unter „Sicherheit“ verbucht (im IFAP 2004-2008 in der Hauptaufgabe „Umwelt und Raumordnung“). 				
Staatsbeiträge (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung)				
- Aufwand/Ausgaben				
IFAP 2004-2008	10.9	10.8	8.9	7.9
IFAP 2005-2009	11.2	10.2	6.3	6.4
Veränderung	-0.3	0.6	2.6	1.5
- Ertrag/Einnahmen				
IFAP 2004-2008	6.1	6.1	6.1	6.1
IFAP 2005-2009	12.1	12.4	13.8	14.1
Veränderung	6.0	6.3	7.7	8.0
Begründung:				
<ul style="list-style-type: none"> - Der Wegfall der Staatsbeiträge an die Subventionsbereinigung von Abwasseranlagen führt ab 2007 zu einer Ausgabenreduktion gegenüber dem IFAP 2004-2008. - Neu werden Rückerstattungen im Bereich Umweltschutz als Staatsbeiträge und nicht mehr als Rückerstattungen von Gemeinwesen verbucht. Dadurch nimmt der Ertrag gegenüber 2004-2008 zu. 				

Generelle Entwicklung

Der Kanton hat weiterhin seinen bereits eingegangenen Verpflichtungen für Abfallentsorgungs- und Gewässerschutzanlagen der Gemeinden nachzukommen (Subventionsbereinigung).

Bei den Gewässerverbauungen sind verschiedene Hochwasserschutzprojekte an der Wigger, der Sure und der Kleinen Emme und deren Zuflüsse sowie an den Zuflüssen zum Hallwiler- und Baldeggersee auszuführen. Ferner sind die grossen Projekte Laui Sörenberg (Schutz des Siedlungsgebiets vor Murgängen), der Ausbau der Enziwigger in Willisau, das Hochwasserrückhaltebecken Allmend, Luzern und die Regulierung des Vierwaldstättersees (Reusswehr) zu nennen.

Vorhaben und Projekte

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben			
7.1.1 Kantonsbeiträge an Gemeinden im Bereich Abfall- und Abwasseranlagen (Subventionsbereinigung)	2006		4
7.1.2 Ausbau von Gewässern; Erhöhung der Nettoinvestitionen von jährlich 2,2 auf 3 (2006) bzw. 3,5 Mio. Fr. (ab 2007). Damit sollen unter anderem folgende Projekte realisiert werden:	2006 - 2009		4,7
- Kleine Emme, Zuflüsse/Durchlässe H10	5,6 Mio.		
- Integralprojekt Laui-Sörenberg	15 Mio.		
- Enziwigger Willisau	18 Mio.		
- Regulierung Vierwaldstättersee	20 Mio.		
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Aufwand	33.3	23.6	26.5	26.1	26.3	26.5	26.9	1.3
Ertrag	12.3	11.1	11.7	11.8	11.9	12.1	12.2	4.4
Aufwand-/Ertragsüberschuss	21.0	12.5	14.8	14.3	14.4	14.4	14.6	
70 Wasserversorgung								
Aufwand	-	-	-	-	-	-	-	
Ertrag	0.4	0.6	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.4	-0.6	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	-0.7	
75 Gewässerverbauungen								
Aufwand	8.8	2.0	2.5	2.5	2.4	2.3	2.3	
Ertrag	1.3	1.5	2.1	2.2	2.2	2.2	2.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	7.5	0.5	0.3	0.3	0.3	0.1	0.1	
77 Naturschutz								
Aufwand	7.5	5.4	-	-	-	-	-	
Ertrag	4.9	4.2	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.6	1.2	-	-	-	-	-	
78 Übriger Umweltschutz								
Aufwand	12.4	12.0	19.8	19.3	19.5	19.8	20.0	
Ertrag	3.2	2.9	7.6	7.6	7.7	7.8	7.9	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	9.2	9.0	12.2	11.7	11.8	12.0	12.1	
79 Raumordnung								
Aufwand	4.6	4.3	4.3	4.3	4.4	4.4	4.5	
Ertrag	2.5	1.9	1.3	1.3	1.3	1.3	1.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	2.1	2.4	3.0	3.0	3.1	3.1	3.1	
Investitionsrechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Ausgaben	33.5	31.1	29.7	30.5	28.4	28.6	28.3	-4.7
Einnahmen	21.8	17.3	20.0	20.3	21.7	21.9	21.6	7.7
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	11.6	13.8	9.7	10.3	6.8	6.8	6.8	
Staatsbeiträge	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	7.0	5.9	6.4	6.2	6.3	6.4	6.5	1.2
Ertrag	0.6	0.9	5.4	5.5	5.5	5.6	5.7	4.5
Aufwand-/Ertragsüberschuss	6.4	4.9	0.9	0.8	0.8	0.8	0.8	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	6.5	6.3	4.8	4.0	-	-	-	-100.0
Einnahmen	5.9	5.2	6.7	6.9	8.3	8.5	8.2	23.3
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	0.7	1.1	-1.9	-2.9	-8.3	-8.5	-8.2	

8. Volkswirtschaft

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe / Einzelkonto	Dienststelle(n)	Departement
80 Landwirtschaft	Landwirtschaft	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD
		Landwirtschaftliche Kreditkasse	BUWD
	Veterinärdienste	Veterinäramt	GSD
	Landwirtschaftliche Familienzulagen	Amt für Finanzdienstleistungen	FD
81 Forstwirtschaft	Wald	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD
82 Jagd und Fischerei	Fischerei und Jagd	Landwirtschaft und Wald (lawa)	BUWD
84 Industrie, Gewerbe und Handel	Wirtschaftsförderung	Raumentwicklung, Wirtschaftsförderung und Geoinformation (rawi)	BUWD
	ArG-Vollzug	Wirtschaft und Arbeit (wira)	BUWD
87 Sonstige gewerbliche Betriebe	Salzregal	Amt für Finanzdienstleistungen	FD

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2004-2008

a) Inhaltliche Veränderungen

Im Vergleich zum IFAP 2004-2008 haben sich folgende wesentliche inhaltliche Veränderungen ergeben:

Organisatorische Anpassungen	-
Mutationen der Vorhaben	- Neu enthalten sind die Kosten des Vollzugs des vorgesehenen Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	-
Neue Gesetzesänderungen	-

b) Veränderungen der finanziellen Entwicklung der Jahre 2005-2008

(alle Beträge in Mio. Franken)	2005	2006	2007	2008
Laufende Rechnung				
- Aufwand:				
IFAP 2004-2008	233.8	236.6	239.4	243.1
IFAP 2005-2009	238.7	241.3	244.0	246.1
Veränderung	-4.9	-4.7	-4.6	-3.0
- Ertrag:				
IFAP 2004-2008	206.9	209.4	211.8	215.0
IFAP 2005-2009	209.8	212.3	214.7	217.1
Veränderung	2.9	2.9	2.9	2.1
Begründung:				
- Die Direktzahlungen an Landwirte haben sich gegenüber dem IFAP 2004-2008 erhöht. Dies führt zu einer Erhöhung des Aufwands und des Ertrags.				
- Durch die Anlagebuchhaltung nimmt der Aufwand 2005 gegenüber dem IFAP 2004-2008 um 3,7 Mio. Fr. zu.				

Investitionsrechnung				
- Ausgaben:				
IFAP 2004-2008	15.1	15.1	15.1	15.1
IFAP 2005-2009	15.2	15.2	15.2	15.2
Veränderung	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
- Einnahmen:				
IFAP 2004-2008	8.4	8.4	8.4	8.4
IFAP 2005-2009	13.8	13.8	13.8	13.8
Veränderung	5.4	5.4	5.4	5.4
Begründung:				
- Übernahme der Abschreibungen für Meliorationsbeiträge werden neu als Einnahmen in der Investitionsrechnung verbucht (2005: 4,7 Mio. Fr.).				
Staatsbeiträge (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung)				
- Aufwand/Ausgaben				
IFAP 2004-2008	23.3	23.5	23.8	24.1
IFAP 2005-2009	19.7	20.0	20.0	19.7
Veränderung	3.6	3.5	3.8	4.4
- Ertrag/Einnahmen				
IFAP 2004-2008	4.9	5.0	5.0	5.1
IFAP 2005-2009	4.3	4.3	4.3	4.3
Veränderung	-0.6	-0.7	-0.7	-0.8
Begründung:				
- Im Sparpaket 2005 wurden diverse Staatsbeiträge in der Landwirtschaft, in der Forstwirtschaft und im Bereich Energie gekürzt oder gestrichen.				
- Staatsbeiträge von 1,4 Mio. Fr. sind nicht mehr in der Funktion „83 Tourismus“ enthalten, sondern in der Funktion „11 Polizei“ (durch Fusion des Amts für Gastgewerbe mit der Kantonspolizei).				

Generelle Entwicklung

Momentan wird ein Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in den eidgenössischen Räten beraten. Die Einführung ist auf den 1. Januar 2006 vorgesehen. Der Kanton hat die für den Vollzug notwendige Infrastruktur aufzubauen (Administration, Inspektoren) und eine kantonale Kontrollkommission (paritätische Zusammensetzung) zusammenzustellen.

Es zeichnet sich eine schlechtere Ertragslage beim Tierseuchenfonds ab. Die Aufgaben und Begehrlichkeiten nehmen stetig zu. Die Gebühren und Abgaben sowie die Zinserträge andererseits sind abnehmend.

Vorhaben und Projekte

	Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben			
8.1.1 Vollzug des vorgesehenen Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	2006 - 2009	1,3	
8.1.2 Höhere Finanzbeiträge an die Wirtschaftsförderung	2006 - 2009	0,6	
8.1.3 Phosphorprojekt Luzerner Mittellandseen; Aufstockung der Mittel für seeexterne Massnahmen	2006 - 2009	1,1	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)			
Keine			
Gesetzesänderungen			
Keine			

(in Mio. Franken)

Laufende Rechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Aufwand	251.0	231.9	238.7	241.3	244.0	246.1	249.0	4.3
Ertrag	223.7	206.3	209.8	212.3	214.7	217.1	219.6	4.7
Aufwand-/Ertragsüberschuss	27.3	25.6	28.9	29.0	29.3	29.0	29.4	
80 Landwirtschaft								
Aufwand	224.5	210.0	214.8	217.3	219.8	222.1	224.7	
Ertrag	207.6	193.9	199.2	201.5	203.8	206.2	208.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	16.9	16.1	15.6	15.8	16.0	15.9	16.1	
81 Forstwirtschaft								
Aufwand	19.1	14.5	16.3	16.1	16.2	16.4	16.6	
Ertrag	11.2	7.9	7.3	7.4	7.4	7.5	7.6	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	7.9	6.6	9.0	8.7	8.8	8.9	9.0	

82 Jagd und Fischerei								
Aufwand	1.0	1.0	0.9	0.9	0.9	1.0	1.0	
Ertrag	1.3	1.0	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.4	-0.0	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	
83 Tourismus								
Aufwand	1.3	1.4	-	-	-	-	-	
Ertrag	0.5	0.5	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.9	0.9	-	-	-	-	-	
84 Industrie, Gewerbe und Handel								
Aufwand	3.0	3.0	6.7	6.9	7.0	6.7	6.7	
Ertrag	2.2	2.2	2.0	2.0	2.1	2.1	2.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	0.8	0.9	4.7	4.9	5.0	4.6	4.6	
86 Energie								
Aufwand	2.1	2.0	-	-	-	-	-	
Ertrag	0.5	0.6	-	-	-	-	-	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	1.6	1.5	-	-	-	-	-	
87 Sonstige gewerbliche Betriebe								
Aufwand	-	-	-	-	-	-	-	
Ertrag	0.4	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-0.4	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	
Investitionsrechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Ausgaben	16.0	14.9	15.2	15.2	15.2	15.2	15.2	-0.5
Einnahmen	8.4	8.4	13.8	13.8	13.8	13.8	13.8	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	7.6	6.5	1.4	1.3	1.3	1.3	1.3	
Staatsbeiträge	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
<i>Laufende Rechnung</i>								
Aufwand	16.4	14.9	12.0	12.3	12.3	12.0	12.1	1.1
Ertrag	4.6	4.4	4.0	4.0	4.0	4.0	4.0	-1.7
Aufwand-/Ertragsüberschuss	11.8	10.4	7.9	8.2	8.3	8.0	8.1	
<i>Investitionsrechnung</i>								
Ausgaben	7.6	8.1	7.7	7.7	7.7	7.7	7.7	0.0
Einnahmen	-	0.5	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	7.6	7.6	7.4	7.4	7.4	7.4	7.4	

9. Finanzen und Steuern

Zuteilung der Leistungsgruppen und Dienststellen zu den Aufgabenbereichen

Aufgabe (Nr. und Bezeichnung)	Leistungsgruppe / Einzelkonto	Dienststelle(n)	Departement
90 Steuern	Steuererlöse	Steuerverwaltung	FD
92 Finanzausgleich	Gemeindeentwicklung, Teil Finanzausgleich	Amt für Gemeinden	JSD
93 Einnahmeanteile	Kantonsanteil an direkter Bundessteuer. Verrechnungssteuer und LSVA	Steuerverwaltung	FD JSD
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung	Zinsen und Disagio	Amt für Finanzdienstleistungen	FD
	Gewinnausschüttung Nationalbank, Ertrag von Wertschriften und von Banken	Amt für Finanzdienstleistungen	FD
	Vergütungszinsen	Steuerverwaltung	FD
	Interne Zinsverrechnung	Verkehr und Infrastruktur	BUWD
99 Nicht aufgeteilte Positionen	Abschreibungen	Diverse Dienststellen	Diverse Departemente

Veränderungen gegenüber dem IFAP 2004-2008

a) Inhaltliche Veränderungen

Im Vergleich zum IFAP 2004-2008 haben sich folgende wesentliche inhaltliche Veränderungen ergeben:

Organisatorische Anpassungen	-
Mutationen der Vorhaben	- 2. Teilrevision Steuergesetz von 2007 auf 2008 verschoben.
Abgeschlossene Gesetzesänderungen	- 1. Teilrevision Steuergesetz.
Neue Gesetzesänderungen	-

b) Veränderungen der finanziellen Entwicklung der Jahre 2005-2008

(alle Beträge in Mio. Franken)	2005	2006	2007	2008
Laufende Rechnung				
- Aufwand:				
IFAP 2004-2008	465.5	358.5	362.2	411.6
IFAP 2005-2009	347.4	343.5	355.6	369.8
Veränderung	118.1	15.0	6.6	41.8
- Ertrag:				
IFAP 2004-2008	1'493.8	1'410.4	1'481.6	1'530.2
IFAP 2005-2009	1'362.4	1'392.6	1'419.9	1'475.0
Veränderung	-131.4	-17.8	-61.7	-55.2

Begründung:

- Im IFAP 2004-2008 war für 2005 der Verkauf eines Aktienpakets LUKB mit einem Buchgewinn von 100 Mio. Fr. enthalten. Der Verzicht auf diese Verbuchung reduziert den Aufwand (Abschreibungen) und den Ertrag (Buchgewinn) 2005 um je diesen Betrag.
- Die Abschreibungen 2005 reduzieren sich gegenüber dem IFAP 2004-2008 um 35,8 Mio. Fr. Auf die im IFAP für 2008 vorgesehenen zusätzlichen Abschreibungen von 50 Mio. Fr. wird verzichtet.
- Die Steuererträge sind neu um 48,5 Mio. Fr. (2005), 50,3 Mio. Fr. (2006), 6,8 Mio. Fr. (2007) bzw. 66,6 Mio. Fr. (2008) tiefer als im IFAP 2004-2008.
- Ertrag aus kalkulatorischen Zinsen sind neu in der Hauptaufgabe „Allgemeine Verwaltung“ enthalten.
- Die LSVA ist neu vollständig in der Funktion „93 Einnahmeanteile“ enthalten.
- Die Kantonsanteile an der direkten Bundessteuer inkl. Finanzausgleich sind gemäss Schätzungen des Bundes besser als im IFAP 2004-2008 angenommen. Dies liegt nebst der Wirtschaftsentwicklung vor allem an der Ablehnung des Steuerpakets 2001 durch das Stimmvolk.
- Im IFAP 2004-2008 war aus der NFA ein Mehrertrag von 70 Mio. Fr. ab 2007 eingestellt. Im IFAP 2005-2009 ist ab 2008 ein Mehrertrag von 60 Mio. Fr. vorgesehen.
- Aus der Bundesfinanzpolitik haben wir einen Minderertrag von 5 Mio. Fr. für 2006 und von 26 Mio. Fr. ab 2007 bei den Einnahmeanteilen vorgesehen (Entlastungsprogramm 2004 und Erträge Nationalbank).

Investitionsrechnung				
- Ausgaben:				
IFAP 2004-2008	-	-	-	-
IFAP 2005-2009	-	-	-	-
Veränderung	-	-	-	-
- Einnahmen:				
IFAP 2004-2008	262.1	156.5	157.8	205.3
IFAP 2005-2009	-	-	-	-
Veränderung	-262.1	-156.5	-157.8	-205.3

Begründung:

- Seit der Einführung von SAP werden die Abschreibungen direkt von der Laufende Rechnung in die Bilanz übertragen. Deshalb fallen die im alten System verbuchten Einnahmen in der Investitionsrechnung (Kostenart 68) weg.

Staatsbeiträge (Laufende Rechnung und Investitionsrechnung)

- Aufwand/Ausgaben				
IFAP 2004-2008	164.8	166.2	167.8	170.3
IFAP 2005-2009	165.8	167.1	168.5	170.0
Veränderung	-1.0	-0.9	-0.7	0.3
- Ertrag/Einnahmen				
IFAP 2004-2008	26.2	26.4	26.7	27.1
IFAP 2005-2009	26.2	26.3	26.4	26.5
Veränderung	0.0	-0.1	-0.3	-0.6

Generelle Entwicklung

Am 28. November 2004 findet die Volksabstimmung zur NFA statt. Die Einführung ist auf 2008 vorgesehen. Der Kanton Luzern wird nach der neu berechneten Globalbilanz mit rund 60 Millionen Franken netto von der NFA profitieren.

Wir planen per 1. Januar 2008 eine weitere Teilrevision unseres Steuergesetzes. Diese soll mit den zusätzlichen Mitteln aus der NFA finanziert werden und beinhaltet nach heutigem Wissensstand folgende Punkte:

- Unternehmenssteuerreform II
- Revision Ehe- und Familienbesteuerung
- Ausgleich der kalten Progression

Gleichzeitig werden wir die Abschaffung der nachträglichen Vermögenssteuer für landwirtschaftliche Grundstücke prüfen. Für diese Teilrevision haben wir ab 2008 50 Millionen Franken reserviert.

Wir planen in den nächsten Jahren einen weiteren Verkauf von Aktien der Luzerner Kantonalbank. Zeitpunkt und Umfang sind noch offen. Gemäss § 3 Ziffer 3 des Umwandlungsgesetzes (SRL Nr. 690) sind die entsprechenden Buchgewinne für zusätzliche Abschreibungen, also den Schuldenabbau, zu verwenden.

Vorhaben und Projekte

						Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken
Beschlossene / Eingerechnete Vorhaben								
9.1.1 Mehrkosten Zinsaufwand durch höheres Zinsniveau (11,6 Mio. Fr.) und durch die höhere Verschuldung (11,4 Mio. Fr.)						2006 - 2009	23	
	2005	2006	2007	2008	2009			
Zinsen Schulscheine bisher	32,5	34,0	34,5	35,0	35,5			
Zinsen Anleihen bisher	22,0	22,3	22,5	22,8	23,0			
Übriger Zinsaufwand bisher	10,2	10,2	10,2	10,2	10,2			
Durch höhere Verschuldung	-	0,1	1,9	4,0	5,4			
Total Zinsaufwand	64,7	66,6	69,1	72,0	74,1			
9.1.2 2. Teilrevision Steuergesetz mit Realisierung der NFA (Ehe- und Familienbesteuerung, Unternehmenssteuerreform II, Ausgleich der kalten Progression)						ab 2008	100	
9.1.3 Entlastungsprogramm 2004 des Bundes (vgl. Erläuterungen in Kapitel II, Ziffer 4).						ab 2006	35	

						Realisierungszeitraum (Jahre)	Gesamte Projektkosten / Veränderung Betriebskosten 2006-2009 in Mio. Franken	Investitionskosten 2006-2009 in Mio. Franken
9.1.4 Entwicklung der Zahlungsströme des innerkantonalen Finanzausgleichs								
a) der Ausgaben								
	2005	2006	2007	2008	2009			
Ressourcenausgleich	78,5	78,9	79,2	79,6	80,0		3,7	
Lastenausgleich	67,3	68,1	69,0	69,8	70,7		8,4	
Entschuldung	11,7	11,7	11,7	11,7	0		- 11,7	
Ausbezahlte Sonderbeiträge	6,6	7,0	7,0	7,0	0		- 5,4	
Einlage in Fonds Sonderbeiträge	7,0	7,0	7,0	7,0	0		- 7	
Auszahlung Mittelverlust	8,1	5,8	3,7	1,8	0		- 21,1	
b) der Einnahmen								
	2005	2006	2007	2008	2009			
Horizontaler Finanzausgleich	26,2	26,3	26,4	26,5	26,7		1,1	
Entnahme aus Fonds Sonderbeiträge	7,0	7,0	7,0	7,0	0		- 7	
Ausgleich Mittelverlust	8,1	5,8	3,7	1,8	0		- 21,1	
9.1.5 Mehrertrag an der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA)								
	2005	2006	2007	2008	2009			
Kantonsanteil LSVA	17,3	17,3	18,0	19,2	19,2		4,5 (brutto)	
Davon 70% in Strassenrechnung	12,1	12,1	12,6	13,5	13,5			
Davon 10% an Gemeinden	1,7	1,7	1,7	1,9	1,9			
Davon 20% in allg. Staatskasse	3,5	3,5	3,6	3,8	3,8		0,9 (netto)	
9.1.6 Minderertrag beim Kantonsanteil an den Erträgen der Nationalbank (vgl. Erläuterungen in Kapitel II, Ziffer 4).						ab 2007	48	
Geplante Vorhaben (nicht eingerechnet)								
Keine								
Gesetzesänderungen								
9.3.1 SRL Nr. 620: 2. Teilrevision des Steuergesetzes						2008	100	

Laufende Rechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Aufwand	305.3	385.8	347.4	343.5	355.6	369.8	370.5	6.6
Ertrag	1266.1	1402.0	1362.4	1392.6	1419.9	1475.0	1500.7	10.2
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-960.8	-1016.2	-1015.0	-1049.1	-1064.4	-1105.2	-1130.3	
90 Steuern								
Aufwand	10.3	13.5	14.5	14.5	14.5	14.5	14.5	
Ertrag	923.7	984.2	943.5	969.8	997.0	975.0	1002.4	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-913.4	-970.7	-929.0	-955.3	-982.5	-960.5	-987.8	
92 Finanzausgleich								
Aufwand	157.9	174.0	172.2	171.2	170.4	169.9	162.4	
Ertrag	-	36.2	40.9	39.1	37.1	35.3	33.7	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	157.9	137.8	131.3	132.1	133.3	134.5	128.8	
93 Einnahmenanteile								
Aufwand	0.5	0.7	14.8	14.8	15.4	16.4	16.4	
Ertrag	192.8	192.1	220.5	222.3	240.4	319.3	319.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-192.3	-191.4	-205.7	-207.5	-224.9	-302.9	-302.8	
94 Vermögens- und Schuldenverwaltung								
Aufwand	84.7	72.4	68.6	70.5	73.1	76.0	78.1	
Ertrag	148.9	188.9	157.5	161.3	145.3	145.3	145.3	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	-64.2	-116.4	-88.9	-90.8	-72.2	-69.3	-67.2	
99 Nicht aufgeteilte Positionen								
Aufwand	51.9	125.2	77.4	72.6	82.1	93.1	98.9	
Ertrag	0.7	0.7	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	
Aufwand-/Ertragsüberschuss	51.2	124.5	77.3	72.5	82.0	93.0	98.8	
Investitionsrechnung	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	177.4	183.2	-	-	-	-	-	0.0
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-177.4	-183.2	-	-	-	-	-	
Staatsbeiträge	R2003	B2004	B2005	2006	2007	2008	2009	%
Laufende Rechnung								
Aufwand	158.0	164.0	165.8	167.1	168.5	170.0	164.4	-0.9
Ertrag	-	26.1	26.2	26.3	26.4	26.5	26.7	2.0
Aufwand-/Ertragsüberschuss	158.0	138.0	139.6	140.8	142.1	143.4	137.7	
Investitionsrechnung								
Ausgaben	-	-	-	-	-	-	-	
Einnahmen	-	-	-	-	-	-	-	
Ausgaben-/Einnahmenüberschuss	-	-	-	-	-	-	-	

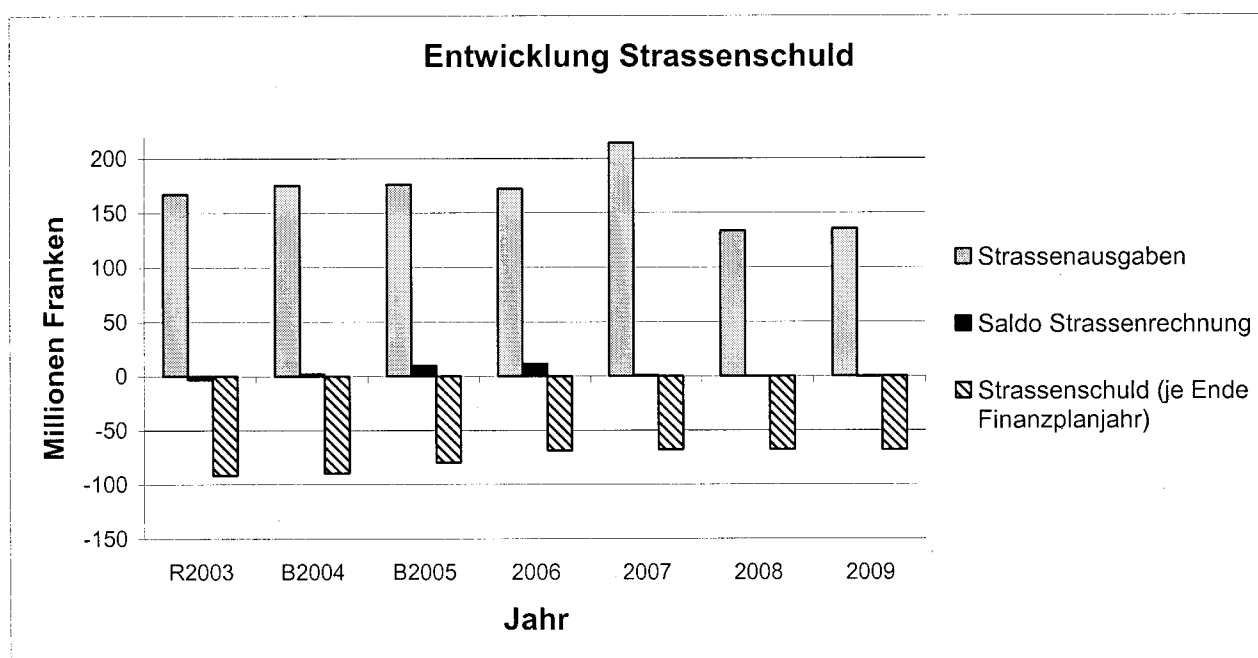
IX. Strassenwesen

(in Mio. Franken)

	R 2003	B 2004	B 2005	2006	2007	2008	2009
Strassenausgaben	167.2	175.4	176.0	172.2	214.3	133.7	136.0
Beiträge Bund / Dritte	81.1	92.9	86.7	83.5	114.1	30.7	31.8
Finanzierungsquellen	82.9	84.5	99.0	100.0	101.2	102.9	104.0
Saldo Strassenrechnung	3.2	-2.0	-9.7	-11.3	-1.0	0.1	0.2
Strassenschuld	91.6	89,6*	79.9	68.6	67.6	67.7	67.9

* Im IFAP 2004-2008 haben wir eine Strassenschuld per Ende 2004 von 91,4 Mio. Fr. ausgewiesen. Die Strassenschuld 2003 hat anstelle der budgetierten 5 Mio. Fr. nur um 3,2 Mio. Fr. zugenommen. Deshalb weisen wir für Ende 2004 einen korrigierten Budgetwert von 89,6 Mio. Fr. aus.

Wir wollen in den Jahren 2004–2007 die Strassenschuld kontinuierlich senken. Wir gehen bei der mittelfristigen Planung der Strassenrechnung davon aus, dass die NFA per 2008 eingeführt wird. Damit wird der Bau und Unterhalt der Nationalstrassen eine reine Bundesaufgabe wird, reduzieren sich die Strassenausgaben und die Beiträge des Bundes. Für den Zubringer Rontal haben wir im IFAP 2005-2009 64 Millionen Franken eingestellt (5 Mio. 2007, 29 Mio. 2008 und 30 Mio. 2009). Die hohen Zusatzaufwendungen für den Zubringer Rontal führen dazu, dass ein weiterer Schuldenabbau ab 2008 nicht mehr möglich ist.



Wir haben für den Strassenbau folgende Mittel eingestellt:

(in Mio. Franken)

	B 2005	2006	2007	2008	2009
Nationalstrassen Bau	48.9	40.4	61.0	12.5	12.5
Anteil Bund (84%)	40.3	33.1	50.4	10.5	10.5
Nationalstrassen Unterhalt	47.8	51.2	65.5	13.3	13.3
Anteil Bund (85%)	40.6	43.5	55.7	11.3	11.3
Neu- und Ausbau von Kantonsstrassen	30.0	30.0	36.0	62.0	63.0
Belagerneuerungen Kantonsstrassen	13.0	14.0	16.0	17.0	18.0
Kunstabauten Kantonsstrassen	2.0	1.8	1.8	1.8	1.8
Beiträge Bund für schweizerische Hauptstrassen und Lärmschutzmassnahmen	5.8	6.9	8.0	8.9	10.0

Im Bau und im baulichen Unterhalt der **Nationalstrassen** sind für die nächsten Jahre folgende grösseren Projekte vorgesehen (wir gehen davon aus, dass die NFA eingeführt wird. Deshalb sind unten nur die Projekte aufgeführt, die bis Ende 2007 voraussichtlich beschlossen sein werden. An spätere beschlossene Projekte sind keine Kantonsbeiträge mehr zu leisten) :

Bau:

- Anschluss Emmen-Süd 7,5 Mio. Franken
- Anschluss Rothenburg 22,0 Mio. Franken
- Ausbau A2/6 33,0 Mio. Franken
- Lärmschutz Emmen 37,5 Mio. Franken
- Umbau Anschluss Sempach 3,0 Mio. Franken
- Umbau Zubringer A2 Sursee 1,9 Mio. Franken
- Erhöhung Tunnelsicherheit, Elektromechanische Anlagen 3,0 Mio. Franken
- A2 Werkleitungstollen 30,0 Mio. Franken

Baulicher Unterhalt:

- Emmen, Instandsetzung mit Lärmsanierung 81,0 Mio. Franken
- Instandsetzung Zubringer A2 - Anschluss Sursee (mit Kreisel) 1,0 Mio. Franken
- Zubringer A2 - Anschluss Sempach 3,5 Mio. Franken
- Übergeordneter Umbau EM-Anlagen Luzern-Nord 5,0 Mio. Franken

Im **Kantonsstrassenbau** sind für die nächsten Jahre folgende grösseren Projekte vorgesehen: (Details siehe Bauprogramm)

- Entlebuch / Werthenstein, Schwanderholzstutz, Strassenausbau 38,0 Mio. Franken
- Ruswil, Langnauerbrücke - Dorf Werthenstein, Rad-/Gehweg, Teilsan. Strasse 5,2 Mio. Franken
- Werthenstein, Sandmättli - Rossei (exkl.), Rad-/Gehweg, Teilsanierung Strasse 4,0 Mio. Franken
- Emmen, Littau, Seetalplatz, Bereichsrechner 1,4 Mio. Franken
- Emmen, Seetalplatz - Emmen Nord (div. Projekte), Förderung ÖV 11,3 Mio. Franken
- Littau, Grenze Luzern - Schiff, Sanierung Brücke und Förderung ÖV 14,1 Mio. Franken
- Luzern, Kreuzstutz - Grenze Littau, Förderung ÖV 1,7 Mio. Franken
- Beromünster, Challern - Grenze Aargau, RVA 1,6 Mio. Franken

• Rothenburg-Station, Massnahmen für Autobahzubringer	3,2 Mio. Franken
• Gelfingen, Dorfkreuzung, Umbau der Kreuzung in einen Kreisel	1,7 Mio. Franken
• Meggen, Einmündung Adligenswilerstrasse (exkl.) - Grenze Schwyz, RVA, Bushaltestelle, Teilsanierung Strasse	5,2 Mio. Franken
• Adligenswil, Stadtgrenze - Talrain, Strassenausbau, Rad-/Gehweg inkl. SSP	7,2 Mio. Franken
• Luzern, Einmündung Schösslihalde - Adligenswil, Radstreifen	1,1 Mio. Franken
• Horw, Wegscheiden (inkl.) - Merkur (exkl.), Verkehrsberuhigungsmassnahmen	2,5 Mio. Franken
• Marbach, Einmündung Schärliigstrasse - Steiglenbrücke, Rad-/Gehweg, Teilsanierung Strasse, Brücke	2,6 Mio. Franken
• Luzern, Grosshof - Eichhof, Busspur, Sanierung Knoten, LSA	3,5 Mio. Franken
• Willisau-Stadt, Löwen - Schlüssel, Verlegung Kantonsstrasse	6,1 Mio. Franken
• Inwil, Oberhofen (exkl.) - Kirche (exkl.), Strassenausbau, Oberbausanierung	3,5 Mio. Franken
• Buchrain, Dierikon, Autobahzubringer Rontal	110,0 Mio. Franken

X. Investitionen kantonale Hochbauten

Die Angaben zu den wichtigen Hochbauprojekten finden Sie im Kapitel VIII. Aufgaben und Finanzen unter der jeweiligen Hauptaufgabe. Im Zahlenteil der einzelnen Hauptaufgaben haben wir keine konkreten Hochbauprojekte eingerechnet. Vielmehr haben wir das jeweilige Globalbudget nach einem Verteilschlüssel, der auf Erfahrungswerten beruht, auf die einzelnen Hauptaufgaben verteilt.

Im Total der Investitionsprojekte gemäss unten stehender Tabelle sind nebst diesen beschlossenen und geplanten Projekten auch weitere kleine Projekte enthalten. Das Total der Investitionskredite übersteigt das Globalbudget. Um die Globalbudgetvorgaben zu erreichen, werden wir im Rahmen der Budget- und Finanzplanung Prioritäten setzen und weitere Projekte zurückstellen:

alle Beträge in Mio. Franken

Betreff / Jahr	R 2003	B 2004	B 2005	2006	2007	2008	2009
Globalbudget	71	66	65	68	71	74	74
Total Investitionsprojekte		79,5	72	88	91	103	121
Differenz (Überhang)	-	13,5	7	20	20	29	47

Für den baulichen Unterhalt der staatlichen Liegenschaften, die einen Anlagewert von rund 2,5 Milliarden Franken aufweisen, ist mit einem jährlichen Aufwand von rund 30 bis 36 Millionen Franken zu rechnen.

Wir mussten im Rahmen der Budgetplanung 2005 und des IFAP 2005-2009 folgende grössere Projekte zeitlich verschieben:

- Kantonspolizei, Sprengi Emmenbrücke / Erweiterung Bürotrakt und Einstellhalle
- Strassenverkehrsamt / Erweiterung Verwaltungstrakt
- Kantonsschule Luzern / Neubau Bibliothek
- Kantonsschule Reussbühl / Korridorsanierung
- Kantonsschule Reissbühl / Anpassung Chemie- und Biologiezimmer
- Kantonsschule Sursee / Erweiterung 2. Etappe
- HGKL Rössligasse Luzern / Innen- und Aussensanierung
- Kantonsspital Luzern / Nordanbau (zentraler Notfall; interdisziplinäre Intensivstation)
- Kantonsspital Luzern / Sanierung und Erweiterung Restaurant
- Kantonsspital Luzern / Patientenzimmersanierung
- Kantonsspital Luzern / Sanierung Augenklinik
- Kantonsspital Luzern / Sanierung Personalhäuser
- KSSW Wolhusen / Dach- und Fassadensanierung
- KSSW Wolhusen / Patientenzimmersanierung
- KSSW Wolhusen / Sanierung Personalhäuser

Grossratsbeschluss

über den Integrierten Finanz- und Aufgabenplan 2005 - 2009

vom

Der Grosse Rat des Kantons Luzern,

nach Einsicht in den Bericht des Regierungsrates vom 24. August 2004,

beschliesst:

1. Der Integrierte Finanz- und Aufgabenplan 2005 - 2009 vom 24. August 2004 wird genehmigt.
2. Der Grossratsbeschluss ist zu veröffentlichen.

Luzern,

Im Namen des Grossen Rates

Der Präsident:

Der Staatsschreiber: